

REGIERUNGSRAT

Regierungsgebäude, 5001 Aarau
Telefon 062 835 12 40, Fax 062 835 12 50
regierungsrat@ag.ch
www.ag.ch/regierungsrat

A-Post Plus

Staatssekretariat für Bildung,
Forschung und Innovation
Einsteinstrasse 2
3003 Bern

27. März 2019

Entwurf zum Bundesgesetz über die Eidgenössische Hochschule für Berufsbildung (EHB-Gesetz); Vernehmlassung

Sehr geehrte Damen und Herren

Die Kantone wurden am 7. Dezember 2018 zur Stellungnahme zum Entwurf des Bundesgesetzes über die Eidgenössische Hochschule für Berufsbildung (EHB-Gesetz) eingeladen. Der Regierungsrat des Kantons Aargau bedankt sich dafür und nimmt wie folgt Stellung.

Mit vorliegendem Gesetzesentwurf sollen die Organisationsbestimmungen der Eidgenössischen Hochschule für Berufsbildung mit den Anforderungen des Legalitätsprinzips der Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft (BV) sowie jenen der Corporate-Governance-Politik des Bundesrats in Einklang gebracht werden. Weiter werden mit der Vorlage notwendige Anpassungen im Hinblick auf die Positionierung der EHB in der schweizerischen Hochschullandschaft vorgenommen. Der Regierungsrat des Kantons Aargau begrüsst die mit dem EHB-Gesetz formulierte Stossrichtung des Bundesrats, die EHB als Kompetenzzentrum der Berufsbildung weiter auszubauen und zu diesem Zweck das heutige Hochschulinstitut in eine Hochschule umzuwandeln. Wir versprechen uns davon, dass die aus dem vierfachen Leistungsauftrag hervorgehenden Tätigkeiten der EHB noch stärker in den Kantonen wahrgenommen werden. Auch wünschen wir uns, dass die EHB grundsätzlich Kooperationen auch mit denjenigen pädagogischen Hochschulen anstrebt, bei welchen keine Konkurrenzsituationen vorhanden sind. Die heutige Ausbildungsstrategie in der Deutschschweiz mit mehreren Ausbildungsstandorten sowie Kooperationen mit Berufsbildungsstudiengängen an den kantonalen pädagogischen Hochschulen erachten wir als konform mit Art. 48 des Bundesgesetzes über die Berufsbildung (Berufsbildungsgesetz, BBG).

Mit Blick auf die angestrebte Akkreditierung als Hochschule ist es uns ein Anliegen, dass die EHB die forschungsgestützte Aus- und Weiterbildung von Lehrkräften für Berufsfachschulen, Berufsmaturität und höhere Fachschulen sowie von Berufsbildnerinnen und Berufsbildnern für überbetriebliche Kurse weiterhin als ihr Kerngeschäft erachtet. Verpflichtungen, die sich aus der angestrebten Akkreditierung ergeben werden, dürfen nicht zu einer Akademisierung der Aus- und Weiterbildung der Berufsbildungsverantwortlichen führen. In diesem Sinne sehen wir auch den Bachelor- und Masterstudiengang als komplementäres Angebot zu den heutigen EHB-Diplomstudiengängen, deren Anforderungen wir als ausreichend erachten.

Den Entwurf des neuen EHB-Gesetzes, das viele Bestimmungen der im März 2016 revidierten EHB-Verordnung übernimmt, unterstützen wir. Eine grundsätzliche Ausnahme betrifft die Finanzierung der EHB durch den Bund; angesichts der klaren Bundesabsicht, das heutige EHB fortan als Eidgenössische *Hochschule* für Berufsbildung zu positionieren, erachten wir eine Finanzierung gestützt auf

Art. 63 BV nicht mehr als gerechtfertigt. Gestützt auf Art. 63a BV und in Übereinstimmung mit dem ETH-Bereich hat unseres Erachtens die Bundesfinanzierung über den Hochschulkredit zu erfolgen.

Zusätzlich erlauben wir uns einen Hinweis zu Art. 13 Abs. 3 EHB-Gesetz, gemäss welchem das Arbeitsverhältnis für Angestellte in Lehr- und Forschungsprojekten und Personen in Projekten, die mit Drittmitteln finanziert werden, während längstens neun Jahren wiederholt befristet abgeschlossen werden kann. Solange mit diesen Arbeitsverträgen beispielsweise die Rahmenbedingungen einer Nationalfondsförderung besser berücksichtigt werden, kann diese Regelung für alle Beteiligten vorteilhaft sein. Sollten aber, gestützt auf diese Bestimmungen, nur noch einjährige Anstellungsverträge abgeschlossen werden, so ist sie abzulehnen, da sie sich für die betroffenen Personen nachteilig auswirkt.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Vernehmlassung.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrats

Dr. Urs Hofmann
Landammann

Vincenza Trivigno
Staatsschreiberin

Kopie

- christina.baumann@sbfi.admin.ch

Landammann und Standeskommission

Sekretariat Ratskanzlei
Marktgasse 2
9050 Appenzell
Telefon +41 71 788 93 11
info@rk.ai.ch
www.ai.ch

Ratskanzlei, Marktgasse 2, 9050 Appenzell

Staatssekretariat für Bildung,
Forschung und Innovation
3003 Bern

Appenzell, 20. März 2019

Entwurf zum Bundesgesetz über die Eidgenössische Hochschule für Berufsbildung (EHB-Gesetz)

Stellungnahme Kanton Appenzell I.Rh.

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 7. Dezember 2018 haben Sie uns die Vernehmlassungsunterlagen zum Entwurf für ein neues Bundesgesetz über die Eidgenössische Hochschule für Berufsbildung (EHB-Gesetz) zukommen lassen.

Die Standeskommission hat die Unterlagen geprüft. Der Kanton Appenzell I.Rh. ist mit wesentlichen Teilen des neuen EHB-Gesetzes einverstanden. Ausnahmen bilden die in Art. 8 Abs. 1 formulierte Unabhängigkeit des EHB-Rats und die Zuordnung der Finanzierung der neuen Hochschule für Berufsbildung über den Berufsbildungskredit der BFI-Botschaft.

In Anbetracht ihrer Zuständigkeiten in der Berufsbildung ist es für die Kantone wichtig, in der EHB weiterhin einen Partner zu haben, der in der Berufsbildung verankert ist und der auf ihre Anliegen eingeht. Ob dies mit der Bestimmung in Art. 8 Abs. 1, wonach die Mitglieder des Hochschulrats «unabhängig» sein müssen, gewährleistet ist, erscheint fraglich. Die heutige Bestimmung, welche die Ratsmitglieder als Expertinnen und Experten definiert, erlaubt eher die nötige Nähe des Instituts zu den wichtigsten Kunden und Partnern, zu denen die Kantone gehören. In diesem Sinne unterstützt der Kanton Appenzell I.Rh. die Haltung des EDK-Vorstands.

Das heutige Eidg. Hochschulinstitut für Berufsbildung EHB strebt die Akkreditierung als Pädagogische Hochschule (PH) und damit eine Positionierung im Hochschulraum an. Entsprechend soll das bisherige «Hochschulinstitut», gemäss der Positionierung als Pädagogische Hochschule, in «Hochschule» umbenannt werden. In seiner Stellungnahme vom 24. Januar 2019 hält der EDK-Vorstand fest, dass mit der auf Art. 63a BV basierenden Errichtung des neuen EHB die Finanzierung in der BFI-Botschaft nicht mehr dem Berufsbildungsbereich, sondern dem Hochschulbereich zuzuordnen sei. Der Kanton Appenzell I.Rh. schliesst sich dieser Haltung an. Eine Finanzierung über den Berufsbildungsbereich erscheint nicht konsequent. Aus diesem Grund spricht sich der Kanton Appenzell I.Rh. ebenfalls dafür aus, dass die Finanzierung des neuen EHB künftig im Hochschulbereich der BFI-Botschaft abgebildet wird und unterstützt daher die Forderung des EDK-Vorstands nach Streichung von Art. 48 Abs. 2 gemäss Entwurf zum EHB-Gesetz.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und grüssen Sie freundlich.

Im Auftrage von Landammann und Standeskommission

Der Ratschreiber:

Markus Dörig

Zur Kenntnis an:

- christina.baumann@sbfi.admin.ch
- Erziehungsdepartement Appenzell I.Rh., Hauptgasse 51, 9050 Appenzell
- Ständerat Ivo Bischofberger, Ackerweg 4, 9413 Oberegg
- Nationalrat Daniel Fässler, Weissbadstrasse 3a, 9050 Appenzell



Regierungsrat, 9102 Herisau

Eidg. Departement für Wirtschaft,
Bildung und Forschung
3003 Bern

Dr. iur. Roger Nobs
Ratschreiber
Tel. +41 71 353 63 51
roger.nobs@ar.ch

Herisau, 15. März 2019

Eidg. Vernehmlassung; Entwurf zum Bundesgesetz über die Eidgenössische Hochschule für Berufsbildung (EHB-Gesetz); Stellungnahme des Regierungsrates von Appenzell Ausserrhoden

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 7. Dezember 2018 unterbreitete das Eidg. Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF einen Entwurf eines Bundesgesetzes über die Eidgenössische Hochschule für Berufsbildung (EHB-Gesetz) zur Vernehmlassung.

Der Regierungsrat von Appenzell Ausserrhoden nimmt dazu wie folgt Stellung:

Der Regierungsrat des Kantons Appenzell Ausserrhoden erachtet die Schaffung einer formellen Rechtsgrundlage für eine Eidgenössische Hochschule für Berufsbildung (EHB) und damit die Schaffung einer nationalen pädagogischen Hochschule als sinnvoll und steht dem Gesetzesentwurf im Grundsatz positiv gegenüber.

Die Finanzierung der zukünftigen EHB muss jedoch angepasst werden. Mit der Anerkennung der EHB als akkreditierte pädagogische Hochschule muss auch die Finanzierung aus den der Berufsbildung zustehenden Mitteln abgelöst werden. Entsprechend schliesst sich der Kanton Appenzell Ausserrhoden der Stellungnahme der Schweizerischen Konferenz der Erziehungsdirektoren vom 24. Januar 2019 an. Soll die Finanzierung der EHB im Rahmen des Bundesanteils gemäss Art. 59 Abs. 2 des Berufsbildungsgesetzes (BBG; SR 412.10) beibehalten werden, so muss zumindest der Richtwert der Bundesbeteiligung zwingend erhöht werden.



Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

Im Auftrag des Regierungsrates

Dr. iur. Roger Nobs, Ratschreiber

Postgasse 68
Postfach
3000 Bern 8
www.rr.be.ch
info.regierungsrat@sta.be.ch

Eidgenössisches Departement für
Wirtschaft, Bildung und Forschung
Herr Bundesrat Guy Parmelin
Bundeshaus Ost
3003 Bern

20. März 2019

RRB-Nr.: 274/2019
Direktion Erziehungsdirektion
Unser Zeichen SKN
Ihr Zeichen
Klassifizierung Nicht klassifiziert



**Vernehmlassung des Bundes: Entwurf zum Bundesgesetz über die Eidgenössische Hochschule für Berufsbildung (EHB-Gesetz).
Stellungnahme des Kantons Bern**

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Brief vom 7. Dezember 2018 wurde der Kanton Bern eingeladen, zum Entwurf des Bundesgesetzes über die Eidgenössische Hochschule für Berufsbildung (EHB-Gesetz) im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens Stellung zu nehmen.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit, uns zum Entwurf zu äussern.

Grundsätzliches

Für den Kanton Bern ist es unbestritten, dass die EHB das Kompetenzzentrum des Bundes für die Aus- und Weiterbildung von Berufsbildungsverantwortlichen, für die Berufsentwicklung, die Berufsbildungsforschung sowie die internationale Berufsbildungszusammenarbeit darstellt. Wir schätzen denn auch die gute Zusammenarbeit mit der EHB in verschiedenen den Kanton Bern betreffenden Bereichen (u. a. Zusammenarbeit zwischen der Pädagogischen Hochschule Bern und der EHB im Bereich der Ausbildung für Lehrpersonen der Sekundarstufe II mit integrierter Bildung für den Unterricht an Berufsmaturitätsschulen). Wichtig ist uns im Weiteren die Verbindung der EHB zum Berufsfeld (u. a. Unterstützung von Organisationen der Arbeitswelt bei der Weiterentwicklung von beruflichen Grundbildungen sowie von Bildungsgängen der höheren Berufsbildung).

Neue Rechtsgrundlage

Die Beweggründe für den Erlass des vorliegenden Bundesgesetzes (v. a. Schaffung einer genügenden gesetzlichen Grundlage unter den bestehenden Rahmenbedingungen des HFKG) sind nachvollziehbar. Der Gesetzesentwurf enthält alle aus unserer Sicht zu regelnden Inhalte.

Positionierung als nationale Hochschule

Wir begrüssen es, dass die EHB ein nationales Institut auf Hochschulstufe *ohne Monopolstellung* darstellen soll. Aus Sicht des Kantons Bern ist es von grosser Wichtigkeit, dass weiterhin die Möglichkeit für andere pädagogische Hochschulen (mit kantonaler Trägerschaft) besteht, Angebote im Bereich der Aus- und Weiterbildung von Berufsbildungsverantwortlichen zu führen, sofern die Nachfrage gegeben und die Finanzierung gesichert ist. Die kantonalen pädagogischen Hochschulen sind Expertinnen auf dem Gebiet der Lehreraus- und -weiterbildung, weshalb es folgerichtig ist, dass auch die Aus- und Weiterbildung von Berufsbildungsverantwortlichen an jenen Institutionen erfolgen kann. Insofern ist Ihre Aussage in den Erläuterungen richtig, wonach die Vorgabe in der Bundesverfassung, dass die Berufsbildung national gesteuert wird, dazu führen *kann*, dass eine nationale pädagogische Hochschule für die Berufsbildung existiert.

Wie in den Erläuterungen zum Gesetzesentwurf beschrieben wird, bestehen zwischen der EHB und den heute bereits in jenem Bereich tätigen kantonalen pädagogischen Hochschulen bilaterale Vereinbarungen. Wir verstehen denn auch die Aussage, wonach die Weiterentwicklung der Zusammenarbeit zwischen der EHB und jenen pädagogischen Hochschulen einen Mehrwert für die Aus- und Weiterbildung von Berufsbildungsverantwortlichen schaffen, die Qualität und Effizienz der Leistungserbringung in Lehre, Forschung und Dienstleistungen erhöhen und das Berufsbildungssystem Schweiz insgesamt stärken soll. Allerdings möchten wir darauf aufmerksam machen, dass eine Konkurrenzsituation durchaus zu einer Erhöhung der Ausbildungsqualität führen und das Gesamtangebot stärken kann. Es ist aus unserer Sicht deshalb nicht zwingend, zwischen allen Anbieterinnen und Anbietern Vereinbarungen abzuschliessen.

Positionierung als pädagogische Hochschule mit institutioneller Akkreditierung gemäss HFKG

Die in den Erläuterungen zum Gesetzesentwurf aufgeführten Gründe, welche Sie für eine Positionierung sowie Akkreditierung als pädagogische Hochschule (und nicht als Fachhochschule) aufführen, sowie die neue Bezeichnung der EHB (Hochschule anstatt Hochschulinstitut) sind aus unserer Sicht vollumfänglich nachvollziehbar. Dies insbesondere, weil das Lehrangebot pädagogisch-didaktisch ausgerichtet ist.

Finanzierung

In den Erläuterungen zum Gesetzesentwurf ist festgehalten, dass für den Bund als Eigner der EHB aus deren Akkreditierung als pädagogische Hochschule keine *dauerhaften* Mehrkosten entstehen. Dies begrüssen wir. Wir vertreten die Ansicht, dass periodische Mehrkosten, die sich aus der Akkreditierung der EHB ergeben, durch den Bund zusätzlich getragen werden

müssten und nicht zulasten der Aus- und Weiterbildungsangebote für Berufsbildungsverantwortliche gehen dürften. Sollte entgegen den heutigen Annahmen des Bundes der Betrieb der EHB als akkreditierte pädagogische Hochschule zu dauerhaft höheren Kosten führen, wären diese durch eine Erhöhung der Mittel für den Betrieb von Hochschulen des Bundes nach Art. 63a BV zu finanzieren und nicht zulasten des Berufsbildungskredits der BFI-Botschaft.

Besten Dank für Ihre Kenntnisnahme.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrates

Der Präsident

Der Staatsschreiber

Christoph Neuhaus

Christoph Auer

Verteiler

- Erziehungsdirektion
- Christina Baumann, christina.baumann@sbfi.admin.ch

Regierungsrat, Rathausstrasse 2, 4410 Liestal

Herr Bundesrat
Guy Parmelin
Bundeshaus Ost
3003 Bern

Liestal, 26. März 2019

Entwurf zum Bundesgesetz über die Eidgenössische Hochschule für Berufsbildung (EHB-Gesetz); Vernehmlassungsantwort

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Für die Einladung zur Stellungnahme im Rahmen der Vernehmlassung betreffend das Gesetz über die Eidgenössische Hochschule für Berufsbildung (EHB-Gesetz) möchten wir Ihnen danken. Der Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft lehnt das geplante EHB-Gesetz aus folgenden Gründen ab:

Aus Sicht des Regierungsrats wird aus den Darlegungen nicht klar, inwiefern die neuen Bachelor- und Masterstudiengänge zu einer Stärkung der Berufsbildung führen sollen. Bildungssystematisch wäre es nicht stimmig, Weiterbildungen, die das Kerngeschäft der EHB darstellen, der Bachelor- oder gar Masterstufe zuzuordnen. Die Ausbildungen für Berufsbildungsverantwortliche – wie sie bisher geführt werden – sind auf konkrete berufspädagogische Kompetenzen ausgerichtet. Eine Akademisierung der Aus- und Weiterbildung von Berufsbildungsverantwortlichen würde diese Stärken der aktuellen Bildungsangebote für Lehrpersonen von Berufsfachschulen, Berufsmaturität und höheren Fachschulen sowie für Berufsbildnerinnen und Berufsbildnern für überbetriebliche Kurse schwächen, weshalb sie nicht als akademische, sondern weiterhin als Diplomstudiengänge zu betrachten sind.

Im Übrigen stimmen wir der dargelegten Finanzierungssituation nicht zu. So müsste mit Rücksicht auf die Positionierung der EHB auf dem Schweizerischen Hochschulmarkt die Finanzierung dem Hochschulbereich zugeordnet und nicht über den Berufsbildungskredit abgewickelt werden. Wir stellen diesbezüglich fest, dass im letzteren Fall negative Auswirkungen auf die Kantone möglich wären, die sich in einer Schmälerung der Bundesbeiträge für die Berufsbildung manifestieren könnten.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Hochachtungsvoll

Monica Gschwind
Regierungspräsidentin

Elisabeth Heer Dietrich
Landschreiberin



Rathaus, Marktplatz 9
CH-4001 Basel

Tel: +41 61 267 85 62
Fax: +41 61 267 85 72
E-Mail: staatskanzlei@bs.ch
www.regierungsrat.bs.ch

Herrn
Bundesrat Guy Parmelin
Vorsteher des Eidgenössischen Departements für Wirtschaft, Bildung und Forschung
Bundeshaus Ost
3003 Bern

Basel, 20. März 2019

Vernehmlassung zum Entwurf des Bundesgesetzes über die Eidgenössische Hochschule für Berufsbildung (EHB-Gesetz): Stellungnahme des Kantons Basel-Stadt

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Mit Schreiben vom 7. Dezember 2018 haben Sie uns die Vernehmlassungsunterlagen zum Entwurf des Bundesgesetzes über die Eidgenössische Hochschule für Berufsbildung (EHB-Gesetz) zukommen lassen. Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und lassen Ihnen nachstehend unseren Antrag und unsere Bemerkungen zukommen.

Der Regierungsrat begrüsst es, die bestehenden Verordnungsbestimmungen der Eidgenössischen Hochschule für Berufsbildung neu auf Gesetzesstufe anzusiedeln.

Zum neuen EHB-Trägergesetz bestehen mit einer Ausnahme keine grundsätzlichen Einwände. Es ist uns lediglich ein Anliegen, in Übereinstimmung mit der Stellungnahme des EDK-Vorstandes vom 24. Januar 2019 und in Absprache mit den Partnerkantonen des Bildungsraumes Nordwestschweiz folgenden Sachverhalt kritisch hervorzuheben:

Mit der auf Art. 63a der Bundesverfassung BV basierenden Errichtung einer neuen Hochschule für Berufsbildung ist eine entsprechende hochschuladäquate Finanzierung verbunden. Das bedeutet, dass – notabene in Analogie zur ETH – die Finanzierung in der BFI-Botschaft neu dem Hochschulbereich zuzuordnen ist. Der in Art. 48 Abs. 2 des geltenden Gesetzes über die Berufsbildung BBG enthaltene Verweis auf das EHB-Gesetz (siehe Änderung bisherigen Rechts im Rahmen von Art. 35 des Entwurfs zum EHB-Gesetz) ist systemfremd in Anbetracht der Tatsache, dass nicht Art. 63 BV, sondern Art. 63a BV die rechtliche Grundlage für die neue Hochschule darstellt. Zudem steht er in Widerspruch zur sachgerechten Finanzierung im Rahmen des Hochschulbereichs. Die erwünschte Partnerschaft mit dem EHB als Hochschule darf nicht dazu führen, dass bei der Finanzierung die oben dargestellte Zuordnung zum Hochschulbereich innerhalb des BFI-Rahmens missachtet wird.

Antrag:

Aus diesem Grund beantragt der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt die Streichung von Art. 48 Abs. 2 des BBG gemäss Entwurf zum EHB-Gesetz und die ausschliessliche Abstützung auf Art. 63a BV.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unseres Anliegens. Für Rückfragen steht Ihnen gerne Frau Dr. Ariane Bürgin, ariane.buergin@bs.ch, Tel. 061 267 40 10, zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüssen
Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Elisabeth Ackermann
Präsidentin



Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin

Kopie an: christine.baumann@sbfi.admin.ch



ETAT DE FRIBOURG
STAAT FREIBURG

Conseil d'Etat CE
Staatsrat SR

Rue des Chanoines 17, 1701 Fribourg

T +41 26 305 10 40, F +41 26 305 10 48
www.fr.ch/ce

Conseil d'Etat
Rue des Chanoines 17, 1701 Fribourg

Secrétariat d'Etat à la formation, à la recherche
et à l'innovation
Einsteinstrasse 2
3003 Berne

Document PDF et Word à :
christina.baumann@sbf.admin.ch

Fribourg, le 19 mars 2019

2019-265

Projet de loi sur la Haute école fédérale en formation professionnelle (loi sur la HEFP) : réponse à la procédure de consultation

Madame,

Par courrier du 7 décembre 2018, le Département fédéral de l'économie, de la formation et de la recherche (DEFR) a consulté les gouvernements cantonaux sur le projet de loi sur la Haute école fédérale en formation professionnelle. Nous avons l'honneur de vous faire part de la détermination du gouvernement fribourgeois qui est fondée sur les différentes prises de position des Directions et services concernés par cette question.

Considérations générales

Globalement, le Gouvernement fribourgeois salue la révision législative proposée, le but visé, avec la Haute école fédérale en formation professionnelle (HEFP), constituant un ancrage encore plus fort de cette offre de formation de niveau tertiaire dans l'espace suisse de formation. Il est cependant important que cette HEFP reste à l'écoute des préoccupations et particularités des cantons et des régions linguistiques.

Dans l'ensemble, la prise de position du Gouvernement fribourgeois suit les déterminations émises par la Conférence suisse des directeurs de l'instruction publique (CDIP), tout particulièrement en ce qui concerne le financement de cette haute école. Nous relevons toutefois qu'au sein de la Conférence spécialisée des hautes écoles, il y a une opposition très marquée à l'idée de faire de l'IFFP une HEP fédérale. Il est craint en effet, qu'en tant qu'école fédérale, cette dernière aura des moyens financiers supérieurs aux HEP cantonales. Nous vous renvoyons également sur ce point à la position émise par Swissuniversities, à laquelle se rallie la HES-SO//FR, qui appelle à une définition plus précise de la mission exacte de la HEFP, afin qu'une distinction claire entre les tâches relevant des HEP cantonales et celles relevant de la HEFP puisse être faite.

Les formations des responsables de la formation professionnelle, notamment celle des enseignants chargés de la formation professionnelle supérieure, des enseignants des branches professionnelles, des formateurs actifs dans les cours interentreprises ou des experts aux examens doivent rester la priorité pour la HEFP, ce particulièrement en Suisse romande, où il n'existe pas d'offre alternative pour ces formations.

Celles-ci doivent continuer à être dispensées par des personnes issues des filières du tertiaire B et l'admission doit être ouverte aux personnes qui ne sont pas titulaires d'une maturité gymnasiale, mais également d'une maturité professionnelle ou spécialisée. La formation visant un Bachelor constitue un élargissement des prestations actuelles, mais ne doit pas devenir prioritaire au détriment des prestations pour la formation professionnelle prévues dans la Loi fédérale sur la formation professionnelle (LFPr). Il est important que la HEFP conserve la proximité nécessaire avec ses principaux clients et partenaires et offre des formations continues en phase avec les pratiques du terrain.

Commentaires et propositions par article

> Art. 2 Buts

Ce paragraphe définit la HEFP, mais ne mentionne pas les buts, tels qu'ils sont contenus dans les art. 48 et 48a de la LFPr. Aussi, cet article devrait être complété de la manière suivante :

² (nouveau) *La HEFP poursuit les buts suivants :*

- a) *assurer la formation et la formation continue des responsables de la formation professionnelle selon le chapitre 6 de la LFPr, notamment des enseignants, lorsque la compétence n'en appartient pas aux cantons ;*
- b) *faire de la recherche, mener des études et des projets pilotes et fournir des prestations de services dans le domaine de la formation professionnelle et de la formation continue à des fins professionnelles ;*
- c) *fournir des prestations à des tiers en lien avec la formation professionnelle.*

> Art. 2a Prise en compte des régions linguistiques

L'ancrage régional de la HEFP doit apparaître dans la loi, et non dans sa future ordonnance d'application, tel que :

¹ *la HEFP dispose d'antennes régionales, de manière à tenir compte des besoins des cantons et des régions linguistiques ;*

² *les offres de formation sont, dans la mesure du possible, dispensées dans les trois principales langues nationales.*

> Art. 4 Collaboration

Le texte de l'ordonnance actuelle demande notamment une collaboration avec les autres autorités et institutions actives dans la formation professionnelle, notamment les écoles professionnelles et les cantons. Le projet de loi, quant à lui, ne prévoit qu'une collaboration avec les HEP cantonales et les OrTras. Aussi, cet article devrait être complété de la manière suivante :

¹ *la HEFP collabore avec les hautes écoles pédagogiques cantonales, les organisations du monde du travail ainsi que les autorités et institutions actives dans la formation professionnelle.*

> Art. 5 Diplômes, certificats et autres titres

Les termes *Lehrdiplome* et *Zeugnisse* sont les deux traduits par « certificats », ce qui crée un non-sens entre les al. 1 et 2. Aussi, le texte de l'al. 2 doit être modifié de la manière suivante :

² *elle peut délivrer d'autres titres ou attestations.*

> Art. 6 Admission

L'al. 2 renvoie à l'art. 24 de la Loi fédérale sur l'encouragement et la coordination des hautes écoles (LEHE) qui définit que l'admission au premier cycle d'études dans une haute école pédagogique requiert une maturité gymnasiale. Les seules exceptions pour les titulaires de maturités professionnelles concernent les niveaux préscolaire ou primaire. Cette maturité professionnelle devrait également donner accès aux formations de premier cycle dispensées à la HEFP. En effet le public cible de cette école est le milieu de la formation professionnelle et ses prestations devraient donc lui être largement ouvertes.

L'art 6 al. 2 devrait par conséquent être modifié de la manière suivante :

² l'admission au premier cycle (Bachelor) des filières d'études requiert une maturité gymnasiale, spécialisée ou professionnelle.

S'agissant du financement de la HEFP, il importe que celui-ci soit imputé, dans le message Formation, Recherche et Innovation (FRI), au domaine des hautes écoles, comme pour les Ecoles Polytechniques Fédérales. En effet, la base légale de la nouvelle haute école est bien l'art. 63a de la Constitution fédérale (hautes écoles) et non pas l'art. 63 (formation professionnelle). Comme la CDIP, le canton de Fribourg est d'avis que, de manière générale, la part du financement de la formation professionnelle à charge de Confédération, soit 25 %, est actuellement trop faible, étant donné que le domaine de la formation professionnelle est entièrement réglementé par la Confédération. Dans ce contexte, il est particulièrement indiqué de prévoir, pour la nouvelle haute école, un financement propre et séparé de celui de la formation professionnelle.

Nous tenons par ailleurs pour très optimiste l'affirmation du rapport explicatif selon laquelle la transformation de l'IFFP en haute école n'occasionnera aucun coût supplémentaire.

Les autres articles du projet d'ordonnance n'appellent pas de commentaire de notre part.

En vous remerciant par avance pour la prise en compte de ses considérations, le Gouvernement fribourgeois vous prie de croire, Madame, à l'assurance de ses sentiments les meilleurs.

Au nom du Conseil d'Etat :

Jean-Pierre Siggen
Président

Danielle Gagnaux-Morel
Chancelière d'Etat

Communication :

- a) à la Direction de l'instruction publique, de la culture et du sport, pour le Service de l'enseignement secondaire du deuxième degré et le Service des affaires universitaires ;
- b) à la Direction de l'économie et de l'emploi, pour le Service de la formation professionnelle ;
- c) à la Chancellerie d'Etat.

Danielle Gagnaux-Morel
Chancelière d'Etat



Genève, le 27 mars 2019

Le Conseil d'Etat

1245-2019

GESCANNT
29. März 2019

Département fédéral de l'économie, de
la formation et de la recherche
Monsieur Guy Parmelin
Conseiller fédéral
3003 Berne

**Concerne : réponse à la consultation concernant la loi fédérale sur la Haute école
fédérale en formation professionnelle (loi sur la HEFP)**

Monsieur le Conseiller fédéral,

Notre Conseil salue la transformation de l'Institut fédéral des hautes études en formation professionnelle (IFFP) en Haute école fédérale en formation professionnelle, donnant ainsi à cette dernière un ancrage dans le paysage des hautes écoles suisses.

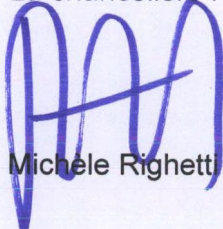
Sa nouvelle forme au sens de la loi sur l'encouragement et la coordination des hautes écoles (LEHE) du 30 septembre 2011 et l'exigence d'accréditation s'inscrivent dans la cohérence de l'ensemble du domaine des hautes écoles. Nous souhaitons néanmoins souligner la spécificité des prestations fournies par l'actuel IFFP et l'importance qu'elles revêtent pour les cantons comme le nôtre qui ne disposent pas d'offres alternatives à ce type de formation. La coopération étroite entre la future institution, les organisations du monde du travail, les institutions actives dans la formation professionnelle ainsi que les autres hautes écoles nous paraît donc essentielle, afin d'assurer la complémentarité dans le domaine de la formation des enseignants.

D'autre part, notre Conseil estime qu'une mention explicite de l'implantation des antennes régionales de la future haute école est nécessaire au regard de sa présence en Suisse romande notamment, et afin de répondre à des besoins culturels régionaux.

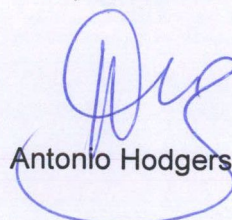
En vous remerciant de nous avoir consultés, nous vous prions d'agréer, Monsieur le Conseiller fédéral, l'expression de notre parfaite considération.

AU NOM DU CONSEIL D'ÉTAT

La chancelière :


Michèle Righetti

Le président :


Antonio Hodgers

Regierungsrat
Rathaus
8750 Glarus

Eidg. Departement für Wirtschaft,
Bildung und Forschung WBF
3003 Bern

Glarus, 19. März 2019

**Vernehmlassung i. S. Bundesgesetz über die Eidgenössische Hochschule für
Berufsbildung (EHB-Gesetz)**

Hochgeachteter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Das Eidgenössische Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung, WBF, gab uns in eingangs genannter Angelegenheit die Möglichkeit zur Stellungnahme. Dafür danken wir und lassen uns gerne wie folgt vernehmen:

Der Kanton Glarus ist mit der Vorlage grundsätzlich einverstanden. Einen Vorbehalt haben wir bezüglich der Zuordnung der Finanzierung der neuen Hochschule für Berufsbildung über den Berufsbildungskredit der BFI-Botschaft. Das heutige Eidgenössische Hochschulinstitut für Berufsbildung, EHB, strebt die Akkreditierung als Pädagogische Hochschule und damit eine Positionierung im Hochschulraum an. Dementsprechend soll das bisherige "Hochschulinstitut" in "Hochschule" umbenannt werden. In seiner Stellungnahme vom 24. Januar 2019 hält der EDK-Vorstand fest, dass mit der auf Artikel 63a der Bundesverfassung basierenden Errichtung des neuen EHB die Finanzierung in der BFI-Botschaft nicht mehr dem Berufsbildungsbereich, sondern dem Hochschulbereich zuzuordnen sei. Der Kanton Glarus schliesst sich dieser Haltung an. Eine Finanzierung über den Berufsbildungsbereich erscheint wenig plausibel. Stattdessen sollte die Finanzierung des neuen EHB künftig im Hochschulbereich der BFI-Botschaft abgebildet werden. Wir unterstützen daher auch die Forderung des EDK-Vorstandes nach Streichung von Artikel 48 Absatz 2 gemäss Entwurf zum EHB-Gesetz.

Im Rahmen ihrer Stellungnahme hat der EDK-Vorstand des Weiteren darauf hingewiesen, dass er es als wichtig erachtet, dass im EHB-Rat Personen mit fundierten Kenntnissen der Berufsbildung im allgemeinen Kontext, insbesondere aber auch mit entsprechendem Wissen über die Bedürfnisse der Kantone vertreten sind. Das EHB ist für die Verbundpartner der Berufsbildung und damit auch für die Kantone eine wichtige Institution. Es ist von grosser Bedeutung, dass im EHB-Rat die nötige Nähe zu den wichtigsten Kunden der künftigen Hochschule sichergestellt wird. Die Bestimmungen in Artikel 8 Absatz 1 sollten diese notwendige Nähe noch deutlicher beschreiben. Der Kanton Glarus unterstützt auch diesbezüglich die Haltung des EDK-Vorstandes ausdrücklich.

Genehmigen Sie, hochgeachteter Herr Bundesrat, sehr geehrte Damen und Herren, den Ausdruck unserer vorzüglichen Hochachtung.

Freundliche Grüsse

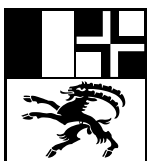
Für den Regierungsrat

Dr. Andrea Bettiga
Landammann

Hansjörg Dürst
Ratsschreiber

E-Mail an: christina.baumann@sbfi.admin.ch

versandt am:



Sitzung vom
26. März 2019

Mitgeteilt den
27. März 2019

Protokoll Nr.
218

Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation SBFI

Per E-Mail an: christina.baumann@sbfi.admin.ch (PDF- und Word-Version)

Entwurf zum Bundesgesetz über die Eidgenössische Hochschule für Berufsbildung (EHB-Gesetz)

Vernehmlassung

Sehr geehrte Frau Baumann

Sehr geehrte Damen und Herren

Für die uns eingeräumte Möglichkeit zur Stellungnahme in vorbezeichneter Angelegenheit danken wir Ihnen und nehmen hierzu wie folgt Stellung:

Mit dem vorgeschlagenen Gesetzesentwurf sollen die rechtlichen Grundlagen der Eidgenössischen Hochschule für Berufsbildung (EHB) mit den Anforderungen der Bundesverfassung an das Legalitätsprinzip und den Corporate-Governance-Standards des Bundes in Einklang gebracht und die notwendigen Anpassungen zur Positionierung der EHB in der Hochschullandschaft erreicht werden.

Diese wichtigen Zielsetzungen werden im EHB-Gesetz auf der organisatorischen Ebene erreicht. Die Finanzierung der EHB soll weiterhin an den Bundesanteil der Berufsbildung der öffentlichen Hand angerechnet werden, für den nach dem geltenden Art. 59 Abs. 2 des Gesetzes über die Berufsbildung vom 13. Dezember 2002 (Berufsbildungsgesetz, (BBG; SR 412.10) ein Richtwert von einem Viertel gilt.

Wie die Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) vertritt auch die Regierung des Kantons Graubünden die Auffassung, dass der im Rahmen von Art. 35 des Gesetzesentwurfes geänderte Art. 48 Abs. 2 BBG mit Verweis auf das EHB-Gesetz systemfremd ist. Dies in Anbetracht der Tatsache, dass Art. 63a BV – und nicht Art. 63 BV – die rechtliche Grundlage für die neue Hochschule bildet. Zudem steht genannte Bestimmung im Widerspruch zur sachgerechten Finanzierung im Rahmen des Hochschulbereichs. Aus diesen Gründen ist die beabsichtigte Änderung des bisherigen Art. 48 Abs. 2 BBG – unter ausschliesslicher Abstützung auf Art. 63a BV – zu streichen.

Im Weiteren schliessen wir uns der Stellungnahme der EDK vom 24. Januar 2019 an.

Für die Berücksichtigung unserer Anliegen danken wir Ihnen bestens.



Namens der Regierung

Der Präsident:

Der Kanzleidirektor:

Dr. Jon Domenic Parolini

i.V. lic. iur. W. Frizzoni

Hôtel du Gouvernement – 2, rue de l'Hôpital, 2800 Delémont

Département fédéral de l'économie,
de la formation et de la recherche DEFR
Monsieur Guy Parmelin
Conseiller fédéral
Palais fédéral est
3003 Berne

Hôtel du Gouvernement
2, rue de l'Hôpital
CH-2800 Delémont

t +41 32 420 51 11
f +41 32 420 72 01
chancellerie@jura.ch

Delémont, le 12 mars 2019

Consultation fédérale concernant le projet de loi sur la Haute école fédérale en formation professionnelle (loi sur la HEFP)

Monsieur le Conseiller fédéral,

Le Gouvernement jurassien vous remercie de le consulter sur l'objet cité en titre. Ses services ont examiné attentivement la question et le Gouvernement vous est reconnaissant de la qualité du travail effectué et des informations transmises. Voici les remarques générales, suivies de quelques commentaires par articles.

1. Financement

Le Gouvernement jurassien est solidaire avec la position de la Conférence des directeurs de l'instruction publique (CDIP) en ce qui concerne le financement de la HEFP. En l'occurrence, il considère que celui-ci doit être imputé au domaine des hautes écoles, comme pour les EPF et s'oppose à un financement via le crédit affecté à la formation professionnelle dans le message FRI. Les cantons ne sauraient en aucun cas supporter une diminution du forfait fédéral pour la formation professionnelle, même temporaire, au vu de l'actuelle augmentation des charges dans ce domaine (intégration, transition, etc.).

En conséquence, le Gouvernement jurassien demande que la modification de l'art 48 al. 2 de la Loi fédérale sur la formation professionnelle prévue à l'art. 35 de la loi sur la HEFP tienne compte d'un financement via le domaine des hautes écoles (art. 63a CST).

2. Positionnement

Le Gouvernement jurassien souhaite que la future HEFP reste prioritairement axée sur les besoins des structures de formation professionnelle. Les relations entre l'actuel Institut fédéral des hautes

études en formation professionnelle (IFFP) et les HEP reposent sur le principe de la complémentarité. L'accession de l'IFFP au statut de HEP fédérale ne doit pas l'inciter à enfreindre les limites de sa mission circonscrite à la pédagogie et l'andragogie professionnelles. Si les HEP forment des enseignant-e-s à tous les niveaux du système de formation, la HEFP devra se concentrer sur la formation des enseignant-e-s des écoles professionnelles.

De même, les formations visant un bachelor ou un master constituent un élargissement des prestations actuelles mais ne doivent pas devenir prioritaires au détriment des prestations pour la formation professionnelle prévues dans la LFPr.

Le Gouvernement attend en ce sens :

- que les cantons et les écoles professionnelles restent des partenaires privilégiés de la HEFP et que cela soit inscrit dans la loi (art. 4 LHEFP).
- que l'admission ne soit pas réservée aux titulaires d'une maturité gymnasiale, mais soit ouverte aux personnes issues du tertiaire B ou titulaires d'une maturité professionnelle, respectivement spécialisée.

3. Commentaires article par article

Art. 4 Collaboration

Le projet de loi ne prévoit qu'une collaboration avec les HEP cantonales et les OrTras. Le Gouvernement jurassien demande que cet article soit complété en citant la collaboration avec les « autorités et institutions actives dans la formation professionnelle ».

Art. 6 Admission

Le public cible de la HEFP est constitué de personnes issues de la formation professionnelle et ses prestations devraient donc leur être largement ouvertes. Le Gouvernement demande que l'alinéa 2 de l'art. 6 soit complété de manière à inclure les détenteur-trice-s de maturités professionnelles ou spécialisées ainsi que les titulaires de titres du tertiaire B dans le cercle des personnes admises au premier cycle d'étude.

Le Gouvernement vous remercie de l'attention que vous porterez à sa prise de position et vous prie de croire, Monsieur le Conseiller fédéral, à l'expression de sa parfaite considération.

AU NOM DU GOUVERNEMENT DE LA
RÉPUBLIQUE ET CANTON DU JURA

Jacques Gerber
Président

Gladys Winkler Docourt
Chancelière d'État



Bildungs- und Kulturdepartement

Bahnhofstrasse 18
6002 Luzern
www.bkd.lu.ch

Per E-Mail (PDF- und Word-Version)
christina.baumann@sbfi.admin.ch

Luzern, 22. März 2019

Protokoll-Nr.: 320

**Entwurf zum Bundesgesetz über die Eidgenössische Hochschule für
Berufsbildung (EHB-Gesetz): Stellungnahme**

Sehr geehrte Frau Baumann

Mit Schreiben vom 7. Dezember 2018 wurde der Kanton Luzern eingeladen, zur oben genannten Vernehmlassung Stellung nehmen zu können.

Die Berufsbildung ist im Kanton Luzern und in der Luzerner Wirtschaft fest verankert. Der Kanton Luzern engagiert sich stark in der Berufsbildung. Im Namen und Auftrag des Regierungsrates teile ich Ihnen mit, dass ich mich deshalb wie folgt äussere:

Zur Finanzierung der EHB als Pädagogische Hochschule

Die rechtliche Grundlage für die Errichtung der Eidgenössischen Hochschule für Berufsbildung (EHB) wäre Art. 63a Abs. 1 und 2 Bundesverfassung (BV), die dem Bund die Möglichkeit geben, weitere "Hochschulen und Institutionen des Hochschulbereichs" zu betreiben und zu finanzieren. Andererseits soll die EHB als "Eidg. Pädagogische Hochschule" akkreditiert werden, also in Analogie zur ETH. Dazu soll sie als "Institution des Hochschulbereichs" nicht nur Beiträge für den Betrieb bekommen, sondern auch zur Erfüllung des Leistungsauftrags. Pädagogische Hochschulen erhalten gemäss Art. 47 Abs. 2 des Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetzes (HFKG) aber nur projektbezogene Beiträge. Um diese Inkonsistenzen zu lösen, müsste wohl Art. 4 HFKG um eine EHB ergänzt werden.

Mit der auf Art. 63a BV basierenden Errichtung einer neuen Hochschule für Berufsbildung ist auch eine entsprechende hochschuladäquate Finanzierung verbunden. Das bedeutet, dass – notabene in Analogie zur ETH – deren Finanzierung in der BFI-Botschaft neu dem Hochschulbereich zuzuordnen ist. In Art. 35 Entwurf EHB-Gesetz wird eine Änderung von Art. 48 Abs. 2 BBG vorgeschlagen. Der in dieser Bestimmung enthaltene Verweis auf das EHB-Gesetz ist systemfremd in Anbetracht der Tatsache, dass nicht Art. 63 BV sondern Art. 63a BV die rechtliche Grundlage für die neue Hochschule darstellt. Zudem steht er im Widerspruch zur sachgerechten Finanzierung im Rahmen des Hochschulbereichs. Wird die EHB weiterhin über den Berufsbildungskredit der BFI-Botschaft finanziert, würden allfällige Mehrkosten, welche die Transformation des heutigen Hochschulinstituts in eine Hochschule verursacht,

zulasten der Beiträge an die Kantone im Berufsbildungsbereich gehen. Im Zusammenhang mit der BFI-Botschaft 2021–2024 haben der Kanton Luzern, die anderen Kantone und auch die Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) bereits klar kommuniziert, dass sie die Richtgrösse von 25% der Kosten der öffentlichen Hand für die Berufsbildung als nicht angemessen erachten, dies angesichts der Tatsache, dass der Bund die Berufsbildung vollständig reglementiert. Bereits anlässlich der letzten Revision des Berufsbildungsgesetzes haben sich die Kantone und die EDK für eine Erhöhung des Richtwerts ausgesprochen, als der Bund neue Aufgaben im Bereich der Höheren Berufsbildung übernahm.

Wir beantragen deshalb, dass die Finanzierung der EHB nochmals durch den Bund geprüft wird und nicht zu Lasten der Kantone geht.

Zu Art. 8 Abs. 1 Entwurf EHB-Gesetz

In Anbetracht ihrer Zuständigkeiten in der Berufsbildung ist es für die Kantone wichtig, in der EHB weiterhin einen Partner zu haben, der in der Berufsbildung verankert ist und der auf ihre Anliegen eingeht. Ob dies mit der Bestimmung in Art. 8 Abs. 1 Entwurf EHB-Gesetz, wonach die Mitglieder des Hochschulrats "unabhängig" sein müssen, gewährleistet ist, erscheint fraglich. Die heutige Bestimmung, welche die Ratsmitglieder als Expertinnen und Experten definiert, erlaubt eher die nötige Nähe des Instituts zu den wichtigsten Kunden und Partnern, zu denen die Kantone gehören. Vor allem ist der besonderen Situation Rechnung zu tragen, dass die Studierenden der EHB ihre Ausbildung häufig im Rahmen einer Anstellung an einer kantonalen Berufsschule absolvieren. Da die kantonale Schule die berufsbegleitende Ausbildung ermöglicht, muss sie angemessen informiert sein.

Zu Art. 35 Entwurf EHB-Gesetz betreffend Änderung Art. 48 Abs. 2 Berufsbildungsgesetz (BBG)

Art. 48 Abs. 2 lit. a BBG führt als Aufgabe der EHB die "Bildung und Weiterbildung von Berufsbildungsverantwortlichen, insbesondere von Lehrkräften, soweit nicht die Kantone zuständig sind", auf. Mit der vorgeschlagenen Änderung von Art. 48 Abs. 2 Entwurf BBG wird das im Berufsbildungsgesetz verankerte Subsidiaritätsprinzip in der Lehrerinnen- und Lehrerbildung der Berufsbildung aufgehoben. Die Ergänzung "soweit nicht die Kantone zuständig sind" ist eine zentrale Bestimmung, die sowohl das Subsidiaritätsprinzip der Lehrerinnen- und Lehrerbildung wie auch die Verbundpartnerschaft in der Berufsbildung stärkt. Aus diesen Gründen lehnt der Kanton Luzern die Änderung von Art. 48 Abs. 2 BBG in der vorliegenden Fassung ab.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und die Berücksichtigung unserer Anträge und Anliegen.

Freundliche Grüsse

Reto Wyss
Regierungsrat

<mailto:christina.baumann@sbf.admin.ch>

Envoi par courrier électronique

Département fédéral de l'économie, de la
formation et de la recherche (DEFR)
Palais fédéral est
3003 Berne

Projet de loi sur la HEFP – Prise de position

Monsieur le conseiller fédéral,

Nous remercions le Département fédéral de l'économie, de la formation et de la recherche d'avoir consulté le canton de Neuchâtel sur le projet de modification de la loi sur la Haute école fédérale en formation professionnelle (HEFP).

Les documents qui nous ont été remis à cette occasion ont été soigneusement examinés et nous permettent de vous faire part de nos observations.

Tout en renvoyant au document annexé à la présente réponse pour quelques remarques techniques, nous relevons les trois éléments suivants.

En premier lieu, cette nouvelle réglementation doit assurer que les formations des responsables de la formation professionnelle, notamment celle des enseignant-e-s chargé-e-s de la formation professionnelle supérieure, des enseignant-e-s des branches professionnelles, de culture générale et de maturité professionnelle, des formatrices et formateurs actifs dans les cours interentreprises ou des expert-e-s aux examens restent la priorité pour la HEFP. Certaines formations à la HEFP doivent continuer à pouvoir être dispensées par des personnes issues de la filière tertiaire B malgré le changement de réglementation.

En deuxième lieu, les formations visant un *bachelor* ou un *master* constituent un élargissement des prestations actuelles mais ne doivent pas devenir prioritaires au détriment des prestations pour la formation professionnelle prévues dans la loi sur la formation professionnelle (LFPr). Comme les buts et missions actuellement contenus dans les articles 48 et 48a de la LFPr sont supprimés, il s'agirait peut-être de renforcer en ce sens l'article 2 du projet en consultation.

Enfin, en troisième lieu, le canton de Neuchâtel soutient pleinement la position de la Conférence suisse des directeurs cantonaux de l'instruction publique concernant les mises en garde au niveau du financement de cette structure. Si le financement de la haute école

continue à s'effectuer via le crédit alloué à la formation professionnelle dans le message FRI, les éventuels coûts supplémentaires pouvant être engendrés par la transformation de l'actuel institut en une haute école viendront grever les subventions versées aux cantons dans le domaine de la formation professionnelle. Il convient donc que son financement dans le cadre du message FRI soit imputé au domaine des hautes écoles.

En vous remerciant d'avoir sollicité notre avis, nous vous prions de croire, Monsieur le conseiller fédéral, à l'expression de notre haute considération.

Neuchâtel, le 25 mars 2019

Au nom du Conseil d'État :

Le président,
L. KURTH

La chancelière,
S. DESPLAND

Annexe mentionnée.

DÉPARTEMENT DE L'ÉDUCATION
ET DE LA FAMILLE
SECRETARIAT GÉNÉRAL

Projet de loi sur le HEFP : annexe à la prise de position du canton de Neuchâtel

1. Buts (Section 1, art. 2)

En reprenant à l'article 3 la formulation actuelle de l'ordonnance sur l'Institut fédéral des hautes études en formation professionnelle (IFFP) « *L'institut est le centre de compétences de la Confédération (...)* », il apparaît que le projet de loi présenté ne rend pas suffisamment compte de la transformation d'un institut en une haute école pédagogique. Logiquement, cette formulation devrait être adaptée à la typologie de sa nouvelle appellation. Ainsi, nous suggérons de clarifier la mission « formation » en explicitant que la HEFP est une institution du degré tertiaire chargée de la formation des enseignant-e-s, des expert-e-s, des responsables ainsi que des spécialistes dans le domaine de la formation professionnelle. Ce public cible est d'ailleurs spécifié à l'article 3, alinéa 1, lettres a et b.

2. Offre de formation, autres tâches et collaboration (Section 2, art. 3)

Cette section a pour but de positionner la HEFP dans le paysage suisse des hautes écoles par ses offres de formation dans un domaine spécifique, d'une part, et par son public cible, d'autre part. Si la future HEFP circonscrit la formation des enseignant-e-s au niveau des écoles professionnelles, il appert que le projet de loi emploie différents termes en ce qui concerne l'offre de formation (art. 3, art. 6 ou art. 19), qui se chevauchent parfois. À cet égard, le projet de loi gagnerait en clarté s'il explicitait les termes « filières d'études », « filières de formation » et « filières de formation continue » et également la typologie des titres délivrés. Ces précisions permettraient ainsi de conjurer un risque de confusion entre les formations destinées aux enseignant-e-s ou formatrices et formateurs et les filières d'études destinées aux spécialistes de la formation professionnelle.

3. Collaboration (Section 2, art. 4)

En ce qui concerne la collaboration définie à l'article 4, nous rappelons que les HEP en Suisse romande ne sont pas en charge de la formation à l'enseignement professionnel. Les collaborations avec la future HEFP sont donc essentielles pour le système de formation en Romandie. Afin de mettre plus en avant la nature de ces collaborations (art.4, al.1), nous suggérons de préciser qu'elles « *se font dans un esprit de partenariat* ». En effet, la formation professionnelle est la tâche commune de la Confédération, des cantons et des organisations du monde du travail. Les cantons assurent la surveillance de la formation professionnelle initiale et dans le cadre de cette surveillance, l'implication des cantons est primordiale.

4. Diplômes, certificats et autres titres (Section 3, art. 5)

Selon les directives de Bologne, qui seront probablement remplacées au cours de cette année par l'Ordonnance du Conseil des hautes écoles relative à la coordination de l'enseignement

dans les hautes écoles suisses, les hautes écoles pédagogiques peuvent délivrer les titres de *bachelor* et de *master of Arts* ou of Science. Au vu de ce qui précède, l'article 5 mérite des précisions.

Si la demande faite au point 3 est respectée concernant l'intensification des collaborations entre l'HEFP et les cantons, la multiplication de diplômes et certificats trop spécialisés rendant le système de formation parfois peu lisible sera évitée.

5. Admission (Section 3, art. 6)

L'alinéa 2 renvoie à l'art. 24 de la loi sur l'encouragement et la coordination des hautes écoles (LEHE) qui stipule que l'admission au premier cycle d'études dans une haute école pédagogique (HEP) requiert une maturité gymnasiale. Les seules exceptions concernent l'accès aux HEP pour les filières permettant de se former à un enseignement pour les niveaux préscolaire ou primaire. Il nous paraîtrait judicieux de donner la possibilité aux titulaires de la maturité professionnelle d'accéder aux formations de premier cycle dispensées à la HEFP. En effet le public cible de cette école est le milieu de la formation professionnelle et ses prestations devraient donc leur être largement ouvertes.

6. Émoluments (Section 6, art. 19)

Dans la mesure où la loi sur la formation continue mentionne à son article 2 alinéa 2 que « *La mise en œuvre, dans le domaine des hautes écoles, des principes fixés par la présente loi relève de la compétence des organes communs chargés de la coordination de la politique des hautes écoles au sens de la loi du 30 septembre 2011 sur l'encouragement et la coordination des hautes écoles* », nous doutons de la pertinence de ce renvoi.

Neuchâtel, le 12.03.2019



KANTON
NIDWALDEN

LANDAMMANN UND
REGIERUNGSRAT

Dorfplatz 2, Postfach 1246, 6371 Stans
Telefon 041 618 79 02, www.nw.ch

CH-6371 Stans, Dorfplatz 2, Postfach 1246, STK

PER E-MAIL

Eidg. Departement für Wirtschaft,
Bildung und Forschung WBF
Herr Bundesrat Guy Parmelin
Bundeshaus Ost
3003 Bern

Telefon 041 618 79 02
staatskanzlei@nw.ch
Stans, 12. März 2019

Vernehmlassung zum Entwurf des Bundesgesetzes über die Eidgenössische Hochschule für Berufsbildung (EHB-Gesetz). Stellungnahme

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Wir bedanken uns für die Möglichkeit, im Rahmen der Vernehmlassung zum Entwurf des Bundesgesetzes über die Eidgenössische Hochschule für Berufsbildung (EHB) Stellung zu nehmen.

In Anbetracht der Zuständigkeiten in der Berufsbildung ist es für die Kantone wichtig, in der EHB auf eidgenössischer Ebene weiterhin einen Partner zu haben, der in der Berufsbildung verankert ist und der auf ihre Anliegen eingeht. Inwiefern dies mit der Bestimmung in Art. 8 Abs. 1, wonach die Mitglieder des Hochschulrats «unabhängig» sein müssen, gewährleistet ist, erscheint fraglich. Die heutige Bestimmung, welche die Ratsmitglieder als Expertinnen und Experten definiert, erlaubt eher die nötige Nähe des Instituts zu den wichtigsten Kunden und Partnern, zu denen die Kantone gehören. Vor allem ist der besonderen Situation Rechnung zu tragen, dass die Studierenden der EHB ihre Ausbildung häufig im Rahmen einer Anstellung bei einer kantonalen Berufsfachschule absolvieren. Die kantonalen Schulen, welche die berufsbegleitende Ausbildung ermöglichen, müssen angemessen informiert sein.

Mit einer Ausnahme bestehen zum Entwurf des EHB-Gesetzes keine grundsätzlichen Einwände. Allerdings ist mit der auf Art. 63a BV basierenden Errichtung einer neuen Hochschule für Berufsbildung auch eine hochschul-adäquate Finanzierung verbunden. Mit anderen Worten ist deren Finanzierung in der BFI-Botschaft analog zur ETH dem Hochschulbereich zuzuordnen. Die in Art. 35 vorgeschlagene Änderung von Art. 48 BBG mit einem Verweis auf das EHB-Gesetz ist in Anbetracht der Tatsache, dass nicht Art. 63 BV, sondern Art. 63a BV die rechtliche Grundlage für die neue Hochschule bildet, systemfremd und steht im Widerspruch zu einer sachgerechten Finanzierung im Rahmen des Hochschulbereichs. Deshalb beantragen wir die Streichung von Art. 48 Abs. 2 BBG sowie die ausschliessliche Abstützung des EHB-Gesetzes im Ingress auf Art. 63a Abs. 1 zweiter Satz BV.

Aus unserer Sicht ist die Partnerschaft mit der EHB als Hochschule zwar erwünscht, darf aber nicht dazu führen, dass bei der Finanzierung die Zuordnung zum Hochschulbereich innerhalb des BFI-Rahmens missachtet wird.

Darüber hinaus legen wir Wert darauf, dass die EHB in Kantonen, die selber über Ausbildungen für Berufsbildungsverantwortliche im Bereich der beruflichen Grundbildung verfügen, nicht als Anbieterin auftritt. Dies scheint auch mit Blick auf den im HFKG verankerten Koordinationsanspruch im Hochschulbereich angezeigt.

Wir bitten Sie, unsere Bemerkungen bei der weiteren Bearbeitung der Vorlage zu berücksichtigen.

Freundliche Grüsse
NAMENS DES REGIERUNGSRATES

Res Schmid
Landammann

lic. iur. Hugo Murer
Landschreiber

Geht an:
- christina.baumann@sbfi.admin.ch



CH-6061 Sarnen, Postfach 1262, BKD

A-Post

Eidgenössisches Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF
Schwanengasse 2
3003 Bern

Sarnen, 4. April 2019

**Entwurf Bundesgesetz über die Eidgenössische Hochschule für Berufsbildung (EHB-Gesetz):
Stellungnahme**

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit, im Rahmen der Anhörung zum Entwurf des Gesetzes über die Eidgenössische Hochschule für Berufsbildung Stellung nehmen zu dürfen.

In Anbetracht ihrer Zuständigkeiten in der Berufsbildung ist es für den Kanton Obwalden wichtig, in der EHB weiterhin einen Partner zu haben, der in der Berufsbildung verankert ist und der auf seine Anliegen eingeht. Ob dies mit der Bestimmung in Artikel 8 Absatz 1, wonach die Mitglieder des Hochschulrats «unabhängig» sein müssen, gewährleistet ist, erscheint fraglich; die bisherige Bestimmung, welche die Ratsmitglieder als Expertinnen und Experten definiert, erlaubt eher die nötige Nähe des Instituts zu den wichtigsten Kunden und Partnern, zu denen die Kantone gehören. Vor allem ist der besonderen Situation Rechnung zu tragen, dass die Studierenden der EHB ihre Ausbildung häufig im Rahmen einer Anstellung in einer kantonalen Berufsschule absolvieren; da die kantonale Schule die berufsbegleitende Ausbildung ermöglicht, muss sie angemessen informiert sein. In diesem Zusammenhang sei erwähnt, dass die Funktion des neuen Bachelor-Angebots der EHB nicht evident ist und dass dessen Bezug zum Master in Berufsbildung unklar bleibt.

Zum neuen EHB-Trägergesetz bestehen mit einer Ausnahme keine grundsätzlichen Einwände: Aus Sicht des Kantons Obwalden ist mit der auf Art. 63a BV basierenden Errichtung einer neuen Hochschule für Berufsbildung auch eine entsprechende hochschuladäquate Finanzierung verbunden. Das bedeutet, dass – notabene in Analogie zur ETH – die Finanzierung in der BFI-Botschaft neu dem Hochschulbereich zuzuordnen ist. Der in Art. 48 Abs. 2 des geltenden BBG enthaltene Verweis auf das EHB-Gesetz (siehe Änderung bisherigen Rechts im Rahmen von Art. 35 des Entwurfs zum EHB-Gesetz) ist systemfremd in Anbetracht der Tatsache, dass nicht Art. 63 BV (Berufsbildung), sondern Art. 63a BV (Hochschulen) die rechtli-

Bildungs- und Kulturdepartement BKD
Brünigstrasse 178, 6060 Sarnen
Postadresse: Postfach 1262, 6061 Sarnen
Tel. 041 666 62 41
christian.schaeli@ow.ch
www.ow.ch



che Grundlage für die neue Hochschule darstellt. Zudem steht er im Widerspruch zur sachgerechten Finanzierung im Rahmen des Hochschulbereichs. Aus diesem Grund beantragt der Kanton Obwalden die Streichung von Art. 48 Abs. 2 des BBG gemäss Entwurf zum EHB-Gesetz und die ausschliessliche Abstützung auf Art. 63a BV.

Wird die Hochschule weiterhin über den Berufsbildungskredit der BFI-Botschaft finanziert, würden allfällige Mehrkosten, welche die Transformation des heutigen Hochschulinstituts in eine Hochschule verursacht, zulasten der Beiträge an die Kantone im Berufsbildungsbereich gehen (in Ziffer 1.5 der Erläuterungen, Finanzielle und personelle Auswirkungen, wird zwar zugesichert, dass keine Mehrkosten anfallen werden).

Im Zusammenhang mit der BFI-Botschaft 2021–2024 hat die EDK bereits kommuniziert, dass sie die Richtgrösse von 25% der Kosten der öffentlichen Hand für die Berufsbildung als nicht angemessen erachtet, dies angesichts der Tatsache, dass der Bund die Berufsbildung vollständig reglementiert. Die EDK hat sich bereits anlässlich der letzten Revision des Berufsbildungsgesetzes (BBG) für eine Erhöhung des Richtwerts ausgesprochen, als der Bund neue Aufgaben im Bereich der Höheren Berufsbildung übernahm.

Die erwünschte Partnerschaft mit dem EHB als Hochschule darf nicht dazu führen, dass bei der Finanzierung die oben dargestellte Zuordnung zum Hochschulbereich innerhalb des BFI-Rahmens missachtet wird.

Der Kanton Obwalden legt darüber hinaus Wert darauf, dass die EHB in Kantonen, die selber über Ausbildungen für Berufsbildungsverantwortliche im Bereich der beruflichen Grundbildung verfügen, nicht als Anbieterin auftritt. Dies scheint auch mit Blick auf den im HFKG verankerten Koordinationsanspruch im Hochschulbereich angezeigt.

Wir bedanken uns für die Aufmerksamkeit, die Sie, sehr geehrter Herr Bundesrat, unserer Stellungnahme entgegenbringen.

Freundliche Grüsse

Der Vorsteher des Bildungs- und Kulturdepartements BKD

Christian Schäli
Regierungsrat

Kopie an:

- Amt für Berufsbildung
- Staatskanzlei (Abschreibung des Geschäfts 2018-0731)



Regierung des Kantons St.Gallen, Regierungsgebäude, 9001 St.Gallen

Eidgenössisches Departement für Wirtschaft,
Bildung und Forschung
Bundeshaus Ost
3003 Bern

Regierung des Kantons St.Gallen
Regierungsgebäude
9001 St.Gallen
T +41 58 229 32 60
F +41 58 229 38 96

St.Gallen, 27. März 2019

Bundesgesetz über die Eidgenössische Hochschule für Berufsbildung (EHB-Gesetz); Vernehmlassungsantwort

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Mit Schreiben vom 7. Dezember 2018 laden Sie die Regierung des Kantons St.Gallen ein, zum Entwurf des EHB-Gesetzes Stellung zu nehmen. Gerne äussern wir uns dazu wie folgt:

Der Kanton St.Gallen begrüsst zwar, dass die gesetzliche Abstützung des Kompetenzzentrums für Berufsbildung überprüft und angepasst wird. Er lehnt jedoch eine Umwandlung des Zentrums in eine Eidgenössische Pädagogische Hochschule (EHB) entschieden ab. Die damit verbundene Finanzierung, die Zulassung und das monopolistische Angebot stehen im Widerspruch zum Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetz (SR 414.20; abgekürzt HFKG).

Die geplante Finanzierungsform der EHB widerspricht Art. 17 HFKG. Demgemäss können Pädagogische Hochschulen nicht über Grundbeiträge finanziert werden, sondern lediglich projektgebundene Beiträge erhalten. Der Entwurf des EHB-Gesetzes sieht jedoch vor, dass der Bund der neu gegründeten EHB jährliche Beiträge zur Abgeltung der Aufgabenerfüllung gewähren wird. In der Konsequenz müsste das HFKG entsprechend angepasst und den Pädagogischen Hochschulen eine direkte Bundesfinanzierung zugestanden werden. Wird die EHB zudem wie bis anhin über den Berufsbildungskredit der BFI-Botschaft finanziert, würden allfällige Mehrkosten, welche die Transformation des heutigen Hochschulinstituts in eine Hochschule verursacht, zulasten der Beiträge an die Kantone im Berufsbildungsbereich gehen. Dies lehnen wir entschieden ab. Die Partnerschaft mit der EHB als Hochschule darf nicht dazu führen, dass bei der Finanzierung die Zuordnung zum Hochschulbereich innerhalb des BFI-Rahmens missachtet wird.

Zum neuen Bachelor-Studiengang sollen auch Personen mit Berufsmaturität zugelassen werden, was wir ablehnen. Würde sich das Kompetenzzentrum für Berufsbildung als Pädagogische Hochschule positionieren, stünde dies im Widerspruch zu Art. 24 HFKG. Das Gesetz definiert den Regelzugang zur ersten Studienstufe einer Pädagogischen Hochschule, der grundsätzlich über eine gymnasiale Maturität erfolgt. Prinzipiell erscheint uns



die prüfungsfreie Zulassung von Inhaberinnen und Inhabern einer Berufsmaturität aus Gründen der Qualitätssicherung problematisch. Die Berufsmaturität bietet keine ausreichende Allgemeinbildung für den Lehrberuf. Augenfällig wird dies insbesondere im Bereich der Sprachen (Deutsch und Fremdsprachen), da Studierende immer wieder Schwierigkeiten haben, die nötigen Sprachniveaus bis zum Studienabschluss zu erlangen. Es betrifft aber auch weitere Fächer, namentlich den MINT-Bereich, wo Defizite nicht derart augenfällig sind, sich aber im Studium anhand mangelnder Leistungsnachweise eröffnen. Die Öffnung des Zugangs für Inhaberinnen und Inhaber einer Berufsmaturität ohne Prüfung würde die Qualität negativ beeinflussen und eine Abwertung der Ausbildung bedeuten. Darüber hinaus erscheinen die Funktion des neuen Bachelorstudiengangs und sein Bezug zum Master unklar. Ist der Bachelor als «Unterbau» zum Master gedacht? Wird er angeboten, weil für die Akkreditierung ein Bachelorstudiengang vorhanden sein muss?

Mit der Streichung des Subsidiaritätsprinzips im Berufsbildungsgesetz (SR 412.10; abgekürzt BBG) würde zudem ein Monopol proklamiert, das Leistungen wie das Anbieten von Bildungsgängen, Berufsentwicklung, Berufsbildungsforschung und weitere Aufgaben im Berufsbildungsbereich von gesamtschweizerischem Interesse umfasst. Aus Sicht des Kantons St. Gallen ist es abzulehnen, Aufgaben wie das Anbieten von Berufsbildungsstudiengängen oder die Erforschung der Berufsbildung zu Monopolaufgaben der künftigen EHB zu erklären. Viele Pädagogische Hochschulen haben sich längst als Bildungsinstitutionen etabliert. Auch in der Berufsbildungsforschung sind sowohl die Universitäten als auch die Pädagogischen Hochschulen und die Fachhochschulen erfolgreich tätig.

Die Positionierung der EHB als Pädagogische Hochschule würde eine explizite Verankerung der für eine Hochschule notwendigen Lehr-, Lern- und Forschungsfreiheit im EHB-Gesetz voraussetzen, was im Entwurf jedoch fehlt.

Schliesslich ist die vorgesehene Möglichkeit, Anstellungsverhältnisse während neun Jahren wiederholt befristet abzuschliessen, als zu lang abzulehnen.

Aufgrund dieser Argumente lehnen wir die Positionierung der EHB als Pädagogische Hochschule klar ab. Es ist zu prüfen, die EHB an eine bestehende Institution anzuschliessen.

Wir bedanken uns für die Gelegenheit zur Stellungnahme und die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Im Namen der Regierung

Stefan Kölliker
Präsident

Canisius Braun
Staatssekretär



Zustellung auch per E-Mail (pdf- und Word-Version) an:
christina.baumann@sbfi.admin.ch

**\$Kanton Schaffhausen
Regierungsrat**

Beckenstube 7
CH-8200 Schaffhausen
www.sh.ch

T +41 52 632 71 11
F +41 52 632 72 00
staatskanzlei@ktsh.ch

Regierungsrat

Eidg. Departement für Wirtschaft,
Bildung und Forschung WBF
3003 Bern

per E-Mail an:
christina.baumann@sbfi.admin.ch

Schaffhausen, 19. März 2019

**Stellungnahme zum Gesetz über die Eidgenössische Hochschule für Berufsbildung
(EHB-Gesetz)**

Sehr geehrter Herr Bundesrat Parmelin

Mit Schreiben vom 7. Dezember 2018 haben Sie das Vernehmlassungsverfahren zum Entwurf des Bundesgesetzes über die Eidgenössische Hochschule für Berufsbildung (EHB-Gesetz) eröffnet und die Kantone zu einer Stellungnahme eingeladen. Dafür danken wir Ihnen bestens.

Sie halten in Ihrem Schreiben fest, dass die beantragten Neuregelungen nötig werden, da die heutige gesetzliche Abstützung der EHB den geltenden Anforderungen nicht mehr entspricht und dass deshalb verschiedene bestehende Bestimmungen, welche heute auf Verordnungsebene festgehalten sind, ohne wesentliche inhaltliche Korrekturen neu auf Gesetzesstufe angesiedelt werden. Neu hingegen sind die Anpassungen zur Positionierung des EHB in der Hochschullandschaft.

Der Kanton Schaffhausen ist mit wesentlichen Teilen des neuen EHB-Gesetzes einverstanden. Eine Ausnahme bildet die Zuordnung der Finanzierung der neuen Hochschule für Berufsbildung über den Berufsbildungskredit der BFI-Botschaft.

Das heutige Eidgenössische Hochschulinstitut für Berufsbildung EHB strebt die Akkreditierung als Pädagogische Hochschule (PH) und damit eine Positionierung im Hochschulraum an. Entsprechend soll das bisherige «Hochschulinstitut», entsprechend der Positionierung als PH, in «Hochschule» umbenannt werden. In seiner Stellungnahme vom 24. Januar 2019 hält der EDK-Vorstand fest, dass mit der auf Art. 63a BV basierenden Errichtung der neuen EHB die Finan-

zierung in der BFI-Botschaft nicht mehr dem Berufsbildungsbereich, sondern dem Hochschulbereich zuzuordnen sei. Der Kanton Schaffhausen schliesst sich dieser Haltung an. Eine Finanzierung über den Berufsbildungsbereich erscheint nicht konsequent. Aus diesem Grund spricht sich der Kanton Schaffhausen ebenfalls dafür aus, dass die Finanzierung der neuen EHB künftig im Hochschulbereich der BFI-Botschaft abgebildet wird und unterstützt daher die Forderung des EDK-Vorstandes nach Streichung von Art. 48 Abs. 2 gemäss Entwurf zum EHB-Gesetz.

Im Rahmen seiner Stellungnahme hat der EDK-Vorstand des Weiteren darauf hingewiesen, dass er es als wichtig erachtet, dass im EHB-Rat Personen mit fundierten Kenntnissen der Berufsbildung im allgemeinen Kontext, insbesondere aber auch mit entsprechendem Wissen über die Bedürfnisse der Kantone vertreten sind. Die Eidgenössische Hochschule für Berufsbildung ist für die Verbundpartner der Berufsbildung eine wichtige Institution, und damit auch für die Kantone, welche in der Berufsbildung umfangreiche Zuständigkeiten haben. Der EDK-Vorstand weist auf die Wichtigkeit hin, dass im EHB-Rat die nötige Nähe zu den wichtigsten Kunden der künftigen Hochschule sichergestellt wird und die Bestimmungen in Art. 8 Abs. 1 diese notwendige Nähe nicht klar genug beschreiben. Der Kanton Schaffhausen unterstützt auch diese Haltung des EDK-Vorstandes und schliesst sich dessen Stellungnahme an.

Wir danken für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Im Namen des Regierungsrates:

Der Präsident:

Ernst Landolt

Der Staatsschreiber:

Dr. Stefan Bilger

Regierungsrat

Rathaus / Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
www.so.ch

GESCANNT

20. März 2019

Herr Bundesrat
Guy Parmelin
Vorsteher WBF
Schwanengasse 2
3003 Bern

18. März 2019

Vernehmlassung zum Entwurf des Bundesgesetzes über die Eidgenössische Hochschule für Berufsbildung (EHB-Gesetz)

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme zum Entwurf zum Bundesgesetz über die Eidgenössische Hochschule für Berufsbildung (EHB-Gesetz).

In Anbetracht ihrer Zuständigkeiten in der Berufsbildung ist es für die Kantone wichtig, in der EHB weiterhin einen Partner zu haben, der in der Berufsbildung verankert ist und der auf ihre Anliegen eingeht. Ob dies mit der Bestimmung in Artikel 8 Absatz 1, wonach die Mitglieder des Hochschulrats 'unabhängig' sein müssen, gewährleistet ist, erscheint fraglich; die heutige Bestimmung, welche die Ratsmitglieder als Expertinnen und Experten definiert, erlaubt eher die nötige Nähe des Instituts zu den wichtigsten Kunden und Partnern, zu denen die Kantone gehören. Vor allem ist der besonderen Situation Rechnung zu tragen, dass die Studierenden der EHB ihre Ausbildung häufig im Rahmen einer Anstellung in einer kantonalen Berufsschule absolvieren; da die kantonale Schule die berufsbegleitende Ausbildung ermöglicht, muss die kantonale Schule angemessen informiert sein. In diesem Zusammenhang sei erwähnt, dass die Funktion des neuen Bachelor-Angebots der EHB nicht evident ist und dass dessen Bezug zum Master in Berufsbildung unklar bleibt.

Zum neuen EHB-Gesetz bestehen mit einer Ausnahme keine grundsätzlichen Einwände: Aus Sicht des Kantons Solothurn ist mit der auf Artikel 63a der Bundesverfassung (BV) vom 18. April 1999¹ basierenden Errichtung einer neuen Hochschule für Berufsbildung auch eine entsprechende hochschul-adäquate Finanzierung verbunden. Das bedeutet, dass – notabene in Analogie zur ETH – die Finanzierung in der BFI-Botschaft neu dem Hochschulbereich zuzuordnen ist. Der künftig in Artikel 48 Absatz 2 des Bundesgesetzes über die Berufsbildung (BBG) vom 13. Dezember 2002² enthaltene Verweis auf das EHB-Gesetz (siehe Änderung eines bisherigen Erlasses im Rahmen von Art. 35 EHB-Gesetz) ist systemfremd in Anbetracht der Tatsache, dass nicht Artikel 63 BV, sondern Artikel 63a BV die rechtliche Grundlage für die neue Hochschule darstellt. Zudem steht er im Widerspruch zur sachgerechten Finanzierung im Rahmen des Hochschulbereichs. Aus diesem Grund beantragen wir die Streichung von Artikel 48 Absatz 2 des BBG gemäss EHB-Gesetz und die ausschliessliche Abstützung auf Artikel 63a BV.

Wird die Hochschule weiterhin über den Berufsbildungskredit der BFI-Botschaft finanziert,

¹ SR 101.

² SR 412.10.

würden allfällige Mehrkosten, welche die Transformation des heutigen Hochschulinstituts in eine Hochschule verursacht, zulasten der Beiträge an die Kantone im Berufsbildungsbereich gehen (in Ziffer 1.5 der Erläuterungen, Finanzielle und personelle Auswirkungen, wird zwar zugesichert, dass keine Mehrkosten anfallen werden).

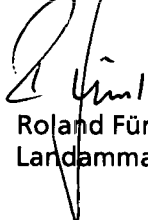
Im Zusammenhang mit der BFI-Botschaft 2021–2024 hat die Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) kommuniziert, dass sie die Richtgrösse von 25 % der Kosten der öffentlichen Hand für die Berufsbildung als nicht angemessen erachtet, dies angesichts der Tatsache, dass der Bund die Berufsbildung vollständig reglementiert. Die EDK hat sich anlässlich der letzten Revision des Berufsbildungsgesetzes für eine Erhöhung des Richtwerts ausgesprochen, als der Bund neue Aufgaben im Bereich der Höheren Berufsbildung übernahm – der Kanton Solothurn teilt die Einschätzung der EDK.

Die erwünschte Partnerschaft mit der EHB als Hochschule darf nicht dazu führen, dass bei der Finanzierung die oben dargestellte Zuordnung zum Hochschulbereich innerhalb des BFI-Rahmens missachtet wird.

Von zentraler Bedeutung ist, dass die EHB auch als Hochschule das duale Bildungssystem weiter profiliert und eine Akademisierung der beruflichen Bildung vermeidet.

Der Kanton Solothurn legt darüber hinaus Wert darauf, dass die EHB in Kantonen, die selber über Ausbildungen für Berufsbildungsverantwortliche im Bereich der beruflichen Grundbildung verfügen, nicht als Anbieterin auftritt. Dies scheint auch mit Blick auf den im Hochschulförderungs- und –koordinationsgesetz (HFKG) vom 30. September 2011³ verankerten Koordinationsanspruch im Hochschulbereich angezeigt.

IM NAMEN DES REGIERUNGSRATES



Roland Fürst
Landammann



Andreas Eng
Staatsschreiber

³ SR 414.20.

6431 Schwyz, Postfach 1260

Eidgenössisches Departement für
Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF)

Per Mail an: christina.baumann@sbfi.admin.ch

Schwyz, 12. März 2019

Vernehmlassung: Entwurf zum Bundesgesetz über die Eidgenössische Hochschule für Berufsbildung (EHB-Gesetz)
Vernehmlassung

Sehr geehrter Herr Bundesrat Parmelin

Mit Schreiben vom 7. Dezember 2018 hat der damalige Bundesrat Schneider-Ammann über den Entwurf zum EHB-Gesetz die Vernehmlassung eröffnet und den Kanton Schwyz zu einer Stellungnahme eingeladen.

Der Grund für das neue EHB-Gesetz liegt darin, dass die heutigen gesetzlichen Grundlagen der EHB den Anforderungen des Legalitätsprinzips der Bundesverfassung und jenen der Corporate Governance-Politik des Bundesrates nicht genügen.

Der vorliegende Entwurf des EHB-Gesetzes enthält inhaltlich keine wesentlichen Änderungen zu den bisherigen Bestimmungen; daher haben wir keine Einwände anzubringen.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und versichern Ihnen, sehr geehrter Herr Bundesrat, unsere vorzügliche Hochachtung.

Im Namen des Regierungsrates:

Kaspar Michel



Dr. Mathias E. Brun, Landammann
Staatsschreiber

Kopie z.K. an:

- Schwyzer Mitglieder der Bundesversammlung.

Staatskanzlei, Regierungsgebäude, 8510 Frauenfeld

Eidgenössisches
Departement für Wirtschaft, Bildung und
Forschung (WBF)
Herr Guy Parmelin
Bundesrat
3003 Bern

Frauenfeld, 19. März 2019

Entwurf des Bundesgesetzes über die Eidgenössische Hochschule für Berufsbildung (EHB-Gesetz)

Vernehmlassung

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit, zum Entwurf des Bundesgesetzes über die Eidgenössische Hochschule für Berufsbildung (EHB-Gesetz) Stellung nehmen zu können. Aus unserer Sicht sind folgende Bemerkungen anzubringen:

I. Allgemeine Bemerkungen

Das vorgeschlagene Gesetz wird grundsätzlich begrüsst. Insbesondere im Hinblick auf das Legalitätsprinzip und die Corporate-Governance-Politik des Bundesrates ist der Erlass einer kohärenten Rechtsgrundlage auf Gesetzesstufe für die Eidgenössische Hochschule für Berufsbildung (EHB) angezeigt.

II. Bemerkungen zu einzelnen Artikeln

Artikel 5

Art. 5 Abs. 1 hält fest, dass die EHB Lehrdiplome, Zertifikate sowie Bachelor- und Mastertitel verleiht. Welche Studiengänge die EHB anbietet und welche Abschlüsse sie für welche Ausbildung verleiht, wird nicht weiter ausgeführt. Die Festlegung von Studiengängen und -abschlussstufen wird deshalb noch zu treffen sein. Vor dem Hintergrund, dass auch kantonale Pädagogische Hochschulen Lehrpersonen für den Berufsfachschulbereich ausbilden und sich die Lehrdiplome im Berufsbildungsbereich ausserhalb des EDK-Diplomanerkennungsrechts bewegen, regen wir an, zu prüfen, ob – in be-

wusster Abweichung von der Regelung für die ETH gemäss Art. 19 Bundesgesetz über die Eidgenössischen Technischen Hochschulen (ETH-Gesetz; SR 414.110) – die Grundzüge des Bildungsangebotes auf Gesetzesstufe geregelt werden sollten. Namentlich die Funktion des neuen Bachelor-Angebots der EHB ist nicht evident und dessen Bezug zum Master in Berufsbildung bleibt unklar.

Das EHB-Gesetz bezeichnet kein Organ, das für die Einrichtung von Studiengängen zuständig ist. Aus Art. 5 Abs. 3 kann abgeleitet werden, dass der EHB-Rat hierzu die alleinige Kompetenz hat. Die Kompetenz, über die Einführung oder Abschaffung eines Studienganges zu befinden, wäre nach unserer Einschätzung indes dem Träger der Hochschule zuzuordnen.

Artikel 6

Gemäss Art. 6 Abs. 1 richten sich die Zulassungsbedingungen für Diplom-, Zertifikats- und für Weiterbildungslehrgänge nach den Bestimmungen des 6. Kapitels des Bundesgesetzes über die Berufsbildung (BBG; SR 412.10) und den dazugehörigen Verordnungsbestimmungen. Diese Rechtsgrundlagen regeln aber nicht den Zugang zu einem Studium, sondern halten lediglich die Mindestanforderungen für die praktische und schulische Lehrtätigkeit fest. Sie sind als Referenz für die Regelung der Zulassung zu einer Hochschulausbildung untauglich. Wir empfehlen deshalb, die Regelung der Zulassungsbedingungen zu überdenken und die entsprechenden Voraussetzungen im EHB-Gesetz explizit zu nennen (vgl. Art. 16 Abs. 1 ETH-Gesetz).

Art. 6 Abs. 2 verweist hinsichtlich der strengeren Zugangsbestimmungen für Bachelor-Studiengänge auf Art. 24 Bundesgesetz über die Förderung der Hochschulen und die Koordination im schweizerischen Hochschulbereich (HFKG; SR 414.20). Diese Bestimmung regelt die Zulassung zu den Pädagogischen Hochschulen und sieht hierfür grundsätzlich eine gymnasiale Maturität vor (Art. 24 Abs. 1 HFKG). Eine Zulassung ist aber auch aufgrund einer gleichwertigen Vorbildung zu gewähren, wofür der Schweizerische Hochschulrat Richtlinien erlässt (Art. 24 Abs. 3 HFKG). Diese Bestimmung dürfte gerade für die EHB von Bedeutung sein. Der Hochschulrat hat solche Richtlinien unseres Wissens nicht verabschiedet, sondern verweist auf das Diplomanerkennungsrecht der EDK, das jedoch den Zugang zu Studiengängen für die Lehrbefähigung im Berufsfachschulbereich nicht regelt. Wir empfehlen deshalb, den Gesetzesentwurf in diesem Punkt zu konkretisieren.

Angesichts dieser Feststellungen drängt sich parallel zur Schaffung des EHB-Gesetzes eine generelle Überprüfung der Regelungen zur Lehrerbildung im Berufsbildungsbereich auf.

3/3

Mit freundlichen Grüßen

Die Präsidentin des Regierungsrates

Der Staatsschreiber

Dipartimento federale
dell'economia, della formazione
e della ricerca DFER
3003 Berna

*Trasmessa per e-mail a:
christina.baumann@sbfi.admin.ch*

Consultazione sull'avamprogetto della legge federale sulla Scuola universitaria federale per la formazione professionale (Legge SUFFP)

Gentili signore,
egregi signori,

vi ringraziamo per averci dato l'opportunità di esprimere la nostra opinione in merito alla summenzionata procedura di consultazione.

Prendiamo atto che la normativa proposta ha lo scopo di armonizzare le disposizioni sull'organizzazione dell'Istituto universitario federale per la formazione professionale (IUFFP) con i requisiti posti per quanto riguarda il principio costituzionale di legalità e gli standard della Confederazione in materia di governo d'impresa. Sono inoltre proposte alcune modifiche necessarie per consentire il posizionamento dell'istituto nel panorama universitario.

Prima di entrare nel merito della consultazione, teniamo a sottolineare come lo IUFFP, la cui denominazione diventerà verosimilmente Scuola universitaria federale per la formazione professionale (SUFFP), sia un partner importante e fondamentale per il nostro Cantone per quanto attiene lo sviluppo qualitativo della formazione professionale.

Qui di seguito formuliamo le nostre osservazioni.

In generale salutiamo positivamente la nuova normativa che conferisce allo IUFFP una legge dedicata che ne legittimi maggiormente l'esistenza e ne specifichi il mandato, articolando e dettagliando quanto indicato allo stato attuale nell'art. 48 della Legge federale sulla formazione professionale (LFPr).

Inoltre, la nuova base legale costituisce un passo decisivo in direzione dell'accREDITAMENTO universitario dello IUFFP, che consentirà all'istituto di collocarsi adeguatamente all'interno del panorama universitario svizzero. Ciò permetterà alla futura SUFFP di fondare su una

base normativa più solida la propria offerta formativa, che dall'autunno 2019 comprenderà oltre all'esistente ciclo di studi master anche un ciclo di studi bachelor.

Il Cantone Ticino ritiene tuttavia importante evidenziare alcuni aspetti che, dal nostro punto di vista, andrebbero maggiormente approfonditi o esplicitati:

- è indispensabile assicurare che l'accreditamento universitario dello IUFP non distanzi l'istituto dalla filiera professionale, ma che lo avvicini e lo renda sempre più ricettivo e reattivo nei confronti delle esigenze del mondo del lavoro;
- è fondamentale garantire l'accessibilità ai cicli di studi bachelor alle persone in possesso di un master professionale;
- auspichiamo un riferimento esplicito all'organizzazione dello IUFP secondo le esigenze dei Cantoni e delle regioni linguistiche, attualmente assente nella nuova base normativa a dispetto di quanto esplicitato nella LFPr art. 48, cpv 4.

Vogliate gradire, Signor Consigliere federale, l'espressione della nostra stima.

PER IL CONSIGLIO DI STATO

Il Presidente:

Il Cancelliere:

Claudio Zali

Arnoldo Coduri

Copia:

- Dipartimento dell'educazione, della cultura e dello sport (decs-dir@ti.ch);
- Divisione della formazione professionale (decs-dfp@ti.ch);
- Deputazione ticinese alle camere federali (can-relazioniesterne@ti.ch);
- Pubblicazione in internet.

Eidgenössisches Departement für
Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF)
Staatssekretariat für Bildung, Forschung
und Innovation (SBFI)
Abteilung Hochschulen
Einsteinstrasse 2
3003 Bern

Bundesgesetz über die Eidgenössische Hochschule für Berufsbildung (EHB-Gesetz); Vernehmlassung

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 7. Dezember 2018 laden Sie den Regierungsrat des Kantons Uri ein, zum Entwurf des Bundesgesetzes über die Eidgenössische Hochschule für Berufsbildung (EHB-Gesetz) Stellung zu nehmen. Gerne nehmen wir dazu wie folgt Stellung:

Die Eidgenössische Hochschule für Berufsbildung (EHB) ist das Kompetenzzentrum des Bundes für die Aus- und Weiterbildung von Berufsbildungsverantwortlichen, für die Berufsentwicklung, die Berufsbildungsforschung sowie die internationale Berufsbildungszusammenarbeit.

In Anbetracht ihrer Zuständigkeiten in der Berufsbildung ist es für die Kantone wichtig, in der EHB einen Partner zu haben, der in der Berufsbildung verankert ist und auf ihre Anliegen eingeht. Ob dies mit der Bestimmung in Artikel 8 Absatz 1 wonach die Mitglieder des Hochschulrats «unabhängig» sein müssen, gewährleistet ist, erscheint fraglich. Die heutige Bestimmung, welche die Ratsmitglieder als Expertinnen und Experten definiert, erlaubt eher die nötige Nähe des Instituts zu den wichtigsten Kunden und Partnern, zu denen die Kantone gehören. Vor allem ist der besonderen Situation Rechnung zu tragen, dass die Studierenden der EHB ihre Ausbildung häufig im Rahmen einer Anstellung an einer kantonalen Berufsfachschule absolvieren. Die kantonalen Schulen, welche die berufsbegleitende Ausbildung ermöglichen, müssen angemessen informiert sein.

Zum neuen EHB-Gesetz bestehen - mit einer Ausnahme - keine grundsätzlichen Einwände: Aus Sicht des Kantons Uri ist mit der auf Artikel 63a der Bundesverfassung (BV; SR 101) basierenden Errichtung einer neuen Hochschule für Berufsbildung auch eine entsprechende hochschuladäquate Finanzierung verbunden. Das bedeutet, dass - notabene in Analogie zur Eidgenössischen Technischen Hochschule (ETH) - die Finanzierung in der Botschaft zur Förderung von Bildung, Forschung und Innovation (BFI-Botschaft) neu dem Hochschulbereich zuzuordnen ist. Der in Artikel 48 Absatz 2 des geltenden Bundesgesetzes über die Berufsbildung (BBG; SR 412.10) enthaltene Verweis auf das EHB-Gesetz (siehe die vorgesehene Änderung des bisherigen Rechts im Rahmen von Art. 35 des Entwurfs zum EHB-Gesetz) ist systemfremd in Anbetracht der Tatsache, dass nicht Artikel 63 BV, sondern Artikel 63a BV die rechtliche Grundlage für die neue Hochschule darstellt. Zudem steht er im Widerspruch zur sachgerechten Finanzierung im Rahmen des Hochschulbereichs. Aus diesem Grund beantragt der Kanton Uri die Streichung von Artikel 48 Absatz 2 des BBG sowie die ausschliessliche Abstützung auf Artikel

63a Absatz 1 2. Satz BV.

Die Partnerschaft mit der EHB als Hochschule ist aus Sicht des Kantons Uri erwünscht. Sie darf aber nicht dazu führen, dass bei der Finanzierung die Zuordnung zum Hochschulbereich innerhalb des BFI-Rahmens missachtet wird. Der Kanton Uri legt darüber hinaus Wert darauf, dass die EHB in Kantonen, die selber über Ausbildungen für Berufsbildungsverantwortliche im Bereich der beruflichen Grundbildung verfügen, nicht als Anbieterin auftritt. Dies scheint auch mit Blick auf den im Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetz (HFKG; SR 414.20) verankerten Koordinationsanspruch im Hochschulbereich angezeigt.

Für die Möglichkeit, Stellung nehmen zu dürfen, bedanken wir uns.

Altdorf, 15. März 2019

Im Namen des Regierungsrats
Der Landammann: Roger Nager
Der Kanzleidirektor: Roman Balli

Secrétariat d'Etat à la formation, à la
recherche et à l'innovation SEFRI
Madame Martina Hirayama
Secrétaire d'Etat
Einsteinstrasse 2
3003 Berne

Réf. : CS/15025006

Lausanne, le 20 mars 2019

**Consultation sur le projet de loi sur la Haute école fédérale en formation
professionnelle (loi sur la HEFP)**

Madame,

Le Conseil d'Etat se réfère au courrier du Chef du Département fédéral de l'économie, de la formation et de la recherche (DEFR) du 7 décembre 2018 concernant l'ouverture de la procédure de consultation sur le projet de loi sur la Haute école fédérale en formation professionnelle (loi sur la HEFP).

Le Gouvernement vaudois vous remercie de l'avoir consulté dans ce cadre et, par la présente, vous fait part de sa position et de ses remarques, d'abord au moyen de considérations générales puis sous forme de commentaires article par article.

Sur le principe, la création d'une nouvelle loi est certes saluée du fait qu'elle ancre l'actuel Institut fédéral des hautes études en formation professionnelle (IFFP, future HEFP) dans l'espace suisse de hautes écoles, conformément à la loi fédérale sur l'encouragement des hautes écoles et la coordination dans le domaine suisse des hautes écoles (LEHE). Elle permet également une mise en conformité des bases légales de l'IFFP avec le principe constitutionnel de la légalité et les règles de gouvernement d'entreprise. L'introduction d'un statut d'auditeur et la protection améliorée des titres délivrés sont des orientations particulièrement positives.

Le Conseil d'Etat est cependant d'avis que le projet de loi comporte des lacunes majeures qui le rendent en l'état globalement irrecevable, car la question du positionnement de la HEFP soulève des problèmes de fond auxquels aucune solution n'est apportée. Ces problèmes ainsi que d'autres considérations générales tendant à la révision du projet de loi sont explicités ci-après :

Le positionnement de la HEFP

Le positionnement de la HEFP comme haute école pédagogique (HEP) est problématique et n'est pas acceptable en l'état, et ce, pour les motifs suivants :

- L'actuel IFFP, en tant que centre de compétences de la Confédération pour la formation professionnelle, dispose depuis 2007 d'un master of science en formation professionnelle. Dès l'automne 2019, il proposera également un bachelor of science en formation professionnelle. Ces deux formations, conditions de base pour une accréditation en tant que haute école, ne conduisent toutefois pas à un diplôme d'enseignement ; elles ne répondent dès lors pas aux critères actuels d'accréditation en tant que haute école pédagogique (HEP).
- Les HEP relèvent du domaine de compétences des cantons et sont soumises aux réglementations cantonales et intercantionales. En matière de financement, la LEHE tient compte de cet état de fait en ce qu'elle ne prévoit pas de contributions de base par la Confédération pour les HEP.
- L'admission au premier cycle d'études dans une HEP requiert une maturité gymnasiale (art. 24 LEHE). Les seules exceptions pour les titulaires de maturité professionnelle concernent les niveaux préscolaire et primaire. Le Conseil d'Etat constate que ces critères sont trop restrictifs dans le domaine de la formation professionnelle. La maturité professionnelle ou spécialisée devrait également donner accès aux formations de premier cycle d'études de la future HEFP ; en effet, le public cible de cette haute école est le milieu de la formation professionnelle et ses prestations devraient donc lui être largement ouvertes.
- Enfin, l'actuel IFFP propose nombre de formations courtes ou certifiantes qui sont fondamentales pour la formation des enseignant.es dans le domaine de la formation professionnelle. Il est primordial que ces formations courtes ou certifiantes des responsables de la formation professionnelle, notamment celle des enseignant.e.s chargé.e.s de la formation professionnelle supérieure, des enseignant.e.s des branches professionnelles, des formateur.trice.s actif.ve.s dans les cours interentreprises ou des expert.e.s aux examens restent prioritaires à la HEFP, surtout en Suisse romande où il n'y a pas d'offre alternative. Ces formations doivent continuer à pouvoir être dispensées par des personnes issues de la filière tertiaire B et l'admission doit être ouverte aux personnes qui ne sont pas titulaires d'une maturité gymnasiale.

La relation entre l'IFFP, les hautes écoles cantonales, les autres autorités et institutions actives dans la formation professionnelle

L'art. 48 al 2, let. a de la loi fédérale sur la formation professionnelle (LFPr) stipule que la Confédération entretient un institut de niveau haute école chargé d'assurer la formation et la formation continue des responsables de la formation professionnelle, notamment des enseignant.e.s, lorsque la compétence n'en appartient pas aux cantons. Le Conseil d'Etat constate cependant que ce principe de subsidiarité ancré dans les bases légales actuelles n'a pas été repris dans le projet de loi, ni dans la teneur du nouvel art. 48 de la LFPr. La mention de « *lorsque la compétence n'en appartient pas aux cantons* » doit être intégrée dans le projet de loi pour assurer une coordination optimale des offres avec les hautes écoles pédagogiques (HEP) cantonales notamment,

éviter toute redondance dans les offres et garantir un élargissement des prestations actuelles de l'IPFP uniquement là où des lacunes existent.

De surcroît, le Conseil d'Etat remarque que le texte de l'ordonnance actuellement en vigueur sur l'IFFP est plus large que le projet de loi. Il demande une collaboration avec les autres autorités et institutions actives dans la formation professionnelle, notamment les écoles professionnelles et les cantons. La loi soumise à consultation ne prévoit qu'une collaboration avec les HEP cantonales et les organisations du monde du travail (OrTras), ce qui n'est pas acceptable en l'état. Le Conseil d'Etat demande que l'article 4 sur la collaboration soit complété de la manière suivante : « ¹ La HEFP collabore avec les hautes écoles pédagogiques cantonales, les organisations du monde du travail ainsi que les autorités et institutions actives dans la formation professionnelle ».

Le Conseil d'Etat relève en outre le fait que les formations de base et les formations continues ainsi que la recherche dans le domaine de la formation professionnelle ne peuvent être des prestations à caractère monopolistique de la HEFP. Les hautes écoles cantonales, notamment les HEP cantonales, peuvent proposer de telles formations et mener des recherches dans ces domaines. Il est essentiel de s'assurer que les offres de la HEFP n'altèrent pas le principe de concurrence tel que prévu dans la LEHE. Toutefois, les prestations à caractère monopolistique mentionnées en faveur des OrTras, des cantons et des hautes écoles pourraient être renforcées par la HEFP, dans certaines conditions. Un monopole se justifie uniquement lorsque une offre suffisante ne peut être proposée par des privés ou des hautes écoles accréditées a) avec la qualité nécessaire, b) à des prix couvrant les coûts totaux.

Le financement de la HEFP

La création d'une haute école pour la formation professionnelle implique que son financement soit dorénavant imputé au domaine des hautes écoles dans le message FRI. Le Conseil d'Etat est d'avis que ce transfert doit cependant remplir une condition essentielle, à savoir que les moyens financiers correspondants, aujourd'hui alloués à l'IFFP dans le domaine de la formation professionnelle du message FRI, soient à l'avenir transférés au domaine des hautes écoles. La création de cette haute école par la Confédération ne doit pas se faire au détriment des moyens alloués aux autres universités et hautes écoles spécialisées.

L'ancrage régional

La référence aux antennes régionales et aux besoins des cantons et des régions linguistiques de l'art. 48 al. 4 de la LFPr disparaît et n'est pas mentionnée dans le projet de loi soumis à consultation. Le Conseil d'Etat demande que cette référence soit introduite dans la loi par le biais d'un nouvel article 2b dont la teneur serait la suivante : « ¹ La HEFP dispose d'antennes régionales de manière à tenir compte des besoins des cantons et des régions linguistiques. ² Les offres de formation sont dans la mesure du possible dispensées dans les trois principales langues nationales ».

Commentaires complémentaires par article :

Article 5 - Diplômes, certificats et autres titres : un problème de traduction est constaté car les termes *Lehrdiplome* et *Zeugnisse* sont tous deux traduits par le terme *certificats* ce qui crée un non-sens entre les alinéas 1 et 2. Le texte de l'alinéa 2 doit être modifié de la manière suivante : « ² Elle peut délivrer d'autres titres ou attestations ».

Article 13 - Conditions d'engagement selon la LPers : la traduction du terme *Lehrprojekt* à l'alinéa 3 est problématique. Il convient de remplacer le terme de *projets d'enseignement* par celui de *projets pédagogiques*.

Article 32 – Systèmes d'information : la formulation de l'alinéa 1 de cette disposition manque de clarté. (« (...) *qui permettent également* (...) »). Il conviendrait de reprendre la formulation de l'art. 33 al. 1 du projet : « *pour l'accomplissement de ses tâches légales, la HEFP peut traiter des données personnelles des candidats, des étudiants, des auditeurs et des anciens étudiants, y compris des données sensibles et des profils de la personnalité. Ces données sont traitées dans des systèmes d'information* ».

Tout comme l'alinéa 1, l'alinéa 2 n'est pas suffisamment clair. Les destinataires de ces accès en ligne sont à préciser (à tout le moins mentionner que des tiers peuvent y avoir accès), tout en précisant que cet accès est limité et octroyé uniquement si cela est nécessaire pour une bonne exécution de la LHEFP ou pour les tâches légales d'autres entités. Il conviendra de limiter le nombre d'entité pouvant obtenir ces accès directs. Des règles d'accès et de sécurité plus détaillées devront être précisées par la HEFP ou dans une éventuelle ordonnance du Conseil fédéral.

Article 33 – Projets de recherche : des dispositions plus protectrices seraient à prévoir à l'alinéa 4, demandant notamment le consentement des personnes concernées à l'utilisation de leurs données à des fins de recherche.

En vous remerciant d'avance de l'attention portée à la position du Gouvernement vaudois, nous vous prions de croire, Madame, à l'expression de notre parfaite considération.

AU NOM DU CONSEIL D'ETAT

LA PRESIDENTE

LE CHANCELIER

Nuria Gorrite

Vincent Grandjean

Copie par courriel (format PDF et Word)

- christina.baumann@sbfi.admin.ch
- DGES
- OAE



Conseil d'Etat
Staatsrat

CP 478, 1951 Sion

**CANTON DU VALAIS
KANTON WALLIS**

Département fédéral de l'économie, de la formation et de
la recherche (DEFR)
Monsieur Guy Parmelin
Conseiller fédéral
Palais fédéral Est
3003 Berne

Notre réf. SB/DJ

Votre réf.

Date

**Projet de loi sur la Haute école fédérale en formation professionnelle (loi sur la HEFP) :
ouverture de la procédure de consultation**

Monsieur le Conseiller fédéral,

La correspondance du Chef du Département fédéral de l'économie, de la formation et de la recherche (DEFR) du 7 décembre 2018 concernant l'objet cité en référence nous est bien parvenue et a retenu toute notre attention. Nous vous remercions de nous avoir consultés, et, après un examen approfondi, nous vous communiquons ci-après, la prise de position du Gouvernement valaisan.

Nous adhérons au projet de loi sur la Haute école fédérale en formation professionnelle. En effet, la transformation de l'Institut fédéral des hautes études en formation professionnelle IFFP en Haute école fédérale en formation professionnelle doit être saluée. Sous cette nouvelle forme, cette école, faisant partie intégrante du domaine suisse des hautes écoles, sera soumise à la loi sur l'encouragement et la coordination des hautes écoles (LEHE) du 30 septembre 2011.

Le futur mandat de prestations dévolu à la Haute école fédérale en formation professionnelle, qui comprend la formation, la formation continue la recherche appliquée et les services, suscite également notre approbation. Nous soulignons la coopération étroite de la future institution avec les organisations du monde du travail et avec les hautes écoles pédagogiques.

Si ce nouvel établissement aura son siège à Berne, l'implantation régionale nous semble primordiale. Aujourd'hui, le Valais entretient des relations privilégiées avec l'IFFP. Les antennes régionales décentralisées en Suisse romande et italienne doivent être renforcées afin de tenir compte des différences culturelles et de répondre aux besoins du terrain.

En vous remerciant de votre attention, nous vous prions d'agréer, Monsieur le Conseiller fédéral, l'expression de notre parfaite considération.

Au nom du Conseil d'Etat

La Présidente

Le Chancelier

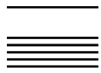
Esther Waeber Kalbermatten

Philipp Spörri

Copie à christina.baumann@sbfi.admin.ch



Place de la Planta, CP 478, 1951 Sion
Tél. 027 606 21 00 · Fax 027 606 21 04



Regierungsrat, Postfach, 6301 Zug

Nur per E-Mail

Eidgenössisches Departement für
Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF)
Herr Bundesrat Guy Parmelin
Bundeshaus Ost
3003 Bern

Zug, 12. März 2019 sa

**Stellungnahme zum Entwurf zum Bundesgesetz über die Eidgenössische Hochschule für
Berufsbildung (EHB-Gesetz)**

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 7. Dezember 2018 haben Sie die Kantonsregierungen im obgenannten Vernehmlassungsverfahren zum Entwurf zum Bundesgesetz über die Eidgenössische Hochschule für Berufsbildung (EHB) zur Stellungnahme eingeladen. Unsere Stellungnahme umfasst die Mitberichte der Direktion für Bildung und Kultur sowie des Amts für Berufsbildung.

Anträge:

Antrag 1

Es ist zu prüfen, ob mit der Formulierung in Art. 8 Abs. 1, wonach die Mitglieder des EHB-Rats «unabhängig» sein müssen, weiterhin die nötige Nähe zwischen dem Institut und den Kantonen als wichtige Partner gewährleistet ist.

Antrag 2

Wir beantragen die Streichung von Art. 48 Abs. 2 des Bundesgesetzes über die Berufsbildung (BBG, SR 412.10) gemäss Entwurf zum EHB-Gesetz und die ausschliessliche Abstützung auf Art. 63a der Bundesverfassung (BV).

Begründungen:

Zu Antrag 1

Es erscheint fraglich, ob mit der Formulierung, wonach die Mitglieder des EHB-Rats «unabhängig» sein müssen, die bis anhin gepflegte Nähe des Instituts zu den wichtigsten Kunden und Partnern, zu denen die Kantone gehören, weiterhin Bestand hat. In Anbetracht der Zuständigkeiten in der Berufsbildung ist es für den Kanton Zug wichtig, in der EHB weiterhin einen Partner zu haben, der in der Berufsbildung verankert ist und auf die Anliegen der Kantone eingeht.

Zu Antrag 2

Wir beantragen die Streichung von Art. 48 Abs. 2 des BBG gemäss Entwurf zum EHB-Gesetz und die ausschliessliche Abstützung auf Art. 63a BV, da dieser in Anbetracht der Tatsache, dass nicht Art. 63 BV, sondern Art. 63a BV die rechtliche Grundlage für die neue Hochschule darstellt, systemfremd ist.

Im Übrigen verweisen wir auf die Stellungnahme der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren vom 24. Januar 2019, die unseres Erachtens schlüssig ist.

Wir danken für die Möglichkeit der Stellungnahme.

Freundliche Grüsse
Regierungsrat des Kantons Zug

Stephan Schleiss
Landammann

Tobias Moser
Landschreiber

Beilage zum RRB:
Stellungnahme der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren vom
24. Januar 2019

Kopie per E-Mail an:

- christina.baumann@sbfi.admin.ch (Word- und PDF-Format)
- Direktion für Bildung und Kultur (info.dbk@zg.ch)
- Amt für Berufsbildung (berufsbildung@zg.ch)
- Eidgenössische Parlamentarier des Kantons Zug



Eidgenössisches Departement für Wirtschaft,
Bildung und Forschung
Staatssekretariat für Bildung
Forschung und Innovation SBF
Abteilung Hochschulen
Einsteinstrasse 2
3003 Bern

20. März 2019 (RRB Nr. 264/2019)

**Entwurf zum Bundesgesetz über die Eidgenössische Hochschule für
Berufsbildung (EHB-Gesetz); Vernehmlassung**

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Mit Schreiben vom 7. Dezember 2018 haben Sie uns eingeladen, zum Entwurf des EHB-Gesetzes Stellung zu nehmen. Wir danken Ihnen für diese Gelegenheit und äussern uns wie folgt:

Das Eidgenössische Hochschulinstitut für Berufsbildung (EHB) ist das Kompetenzzentrum des Bundes für Berufsbildung mit Leistungsauftrag in den Bereichen Aus- und Weiterbildung, Forschung und Entwicklung sowie Dienstleistungen. Seine Angebote in der Aus- und Weiterbildung von Lehrpersonen in der Berufsbildung, von Prüfungsexpertinnen und -experten sowie von weiteren Berufsbildungsverantwortlichen sind anerkannt und namentlich auch für die französisch- und italienischsprachige Schweiz von grosser Bedeutung, da es dort weitgehend als alleiniger Anbieter auftritt. Darüber hinaus erbringt das EHB zentrale Leistungen in der allgemeinen Berufsentwicklung, der Zusammenarbeit mit Bund, Kantonen, Hochschulen und Organisationen der Arbeitswelt sowie im Austausch mit dem Ausland. Es ist aus diesen Gründen grundsätzlich sachgerecht, das EHB künftig in der Hochschullandschaft Schweiz nach Massgabe des Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetzes vom 30. September 2011 (HFKG, SR 414.20) zu verankern. Das vorliegende EHB-Gesetz schafft hierfür die formalrechtlichen Voraussetzungen.



Zwei zentrale Regelungen des neuen EHB-Gesetzes lehnen wir hingegen ab. Dies betrifft vorab die Verankerung des EHB als Hochschule für Berufsbildung und, daran anknüpfend, die Akkreditierung als pädagogische Hochschule. Auch wenn das HFKG keine eigentlichen Kriterien für eine pädagogische Hochschule nennt, muss diesbezüglich der Leistungsauftrag der kantonalen Pädagogischen Hochschulen den massgeblichen Orientierungsrahmen bilden. Das EHB bietet derzeit nur einen Bologna-konformen Studiengang an (Master of Science in Berufsbildung), der seit der Einführung 2007 rund fünf Abschlüsse pro Jahr aufweist. Auch führen weder die bestehenden noch die geplanten Bachelor- oder Masterstudiengänge des EHB zu einem Lehrdiplom. Für eine pädagogische Hochschule ist diese Grundlage deutlich zu schmal. Ferner lässt sich die Finanzierung aus Bundesmitteln mit dem Status einer pädagogischen Hochschule nicht vereinbaren, da gemäss Art. 47 Abs. 2 HFKG solche Hochschulen nur projektgebundene Beiträge des Bundes erhalten. Schliesslich besteht ein weiterer Widerspruch zu Art. 24 HFKG. Nach dieser Bestimmung erfolgt der Regelzugang zur ersten Stufe einer pädagogischen Hochschule über eine gymnasiale Maturität (Abs. 1). Abweichungen davon sind in Abs. 2 für die «Vorstufen- und Primarlehrerbildung» festgelegt. Eine Zulassung mit Berufsmaturität ohne Zusatzqualifikation, wie sie für den Bachelorstudiengang des EHB vorgesehen ist, sieht das HFKG nicht vor. Aus diesen Gründen ist das EHB als «andere eidgenössische Institution des Hochschulbereichs» zu qualifizieren und zu verankern (Art. 2 Abs. 3 HFKG), was im Übrigen auch in dem in den Erläuterungen erwähnten Gutachten eine Stütze findet. Das EHB soll damit weiterhin als Eidgenössisches Hochschulinstitut für Berufsbildung bezeichnet werden. Mit der Verankerung als Hochschulinstitut gemäss HFKG ist dem EHB im Übrigen ausdrücklich Lehr-, Lern- und Forschungsfreiheit zuzugestehen. Diese kann sich an Art. 5 Abs. 3 des ETH-Gesetzes vom 4. Oktober 1991 (SR 414.110) orientieren und ist in Art. 1 des EHB-Gesetzes zu verankern.

Das EHB-Gesetz sieht den Wegfall des Subsidiaritätsprinzips vor, was wir ebenfalls ablehnen. Die im bisher noch geltenden Art. 48 Abs. 2 Bst. a des Berufsbildungsgesetzes vom 13. Dezember 2002 (SR 412.10) enthaltene Formulierung «soweit nicht die Kantone zuständig sind» soll ersatzlos aufgehoben werden. Das erachten wir als sehr problematisch. Gemäss Bildungsverfassung und HFKG kommt im Hochschulbereich der Koordination eine zentrale Bedeutung zu. Das EHB-Gesetz soll deshalb keine Parallelstrukturen schaffen, zumal sich dies ungünstig auf die Berufsbildung als Gesamtsystem auswirkt. Wenn die Kantone über entsprechende Angebote verfügen, haben diese Vorrang. Nur dort, wo keine solchen Angebote vorhanden sind, namentlich in der französisch- und italienischsprachigen Schweiz, kann und soll das EHB tätig werden. Die Pädagogische Hochschule Zürich (PHZH) verfügt über ein umfassendes Ausbildungsangebot im Bereich der Berufsbildung. Sämtliche Studiengänge orientieren sich an den gesetzlichen Vorgaben und Standards des Bundes und sind vom Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation anerkannt. Zudem verfügt die PHZH über vielfältige Angebote für Berufsfachschulen in den Bereichen Forschung&Entwicklung, Weiterbildung, Beratung und Schulentwicklung. Diese Angebote sollen durch das EHB nicht konkurrenziert werden.



Wir beantragen deshalb, dass das Subsidiaritätsprinzip auch im EHB-Gesetz ausdrücklich verankert wird. Art. 3 soll demnach wie folgt lauten:

«¹ Die EHB bietet folgende Bildungsgänge an:

- a. Aus- und Weiterbildungen für Lehrpersonen in der Berufsbildung, für Prüfungsexpertinnen und -experten sowie für weitere Berufsbildungsverantwortliche, *soweit nicht die Kantone zuständig sind.*

b. (...).»

Genehmigen Sie, sehr geehrter Herr Bundesrat,
die Versicherung unserer ausgezeichneten Hochachtung.

Im Namen des Regierungsrates

Der Präsident:

Die Staatsschreiberin:

Dr. Thomas Heiniger

Dr. Kathrin Arioli



CVP Schweiz, Postfach, 3001 Bern

Per Mail: christina.baumann@sbfi.admin.ch

Bern, 29. März 2019

Vernehmlassung zum Bundesgesetz über die Eidgenössische Hochschule für Berufsbildung (EHB-Gesetz)

Sehr geehrte Damen und Herren

Sie haben uns eingeladen, zur obengenannten Vernehmlassung Stellung zu nehmen. Für diese Gelegenheit zur Meinungsäusserung danken wir Ihnen bestens.

Allgemeine Bemerkungen

Grundsätzlich ist die CVP mit der Stossrichtung des Bundesgesetzes über die Eidgenössische Hochschule für Berufsbildung einverstanden. Das schweizerische duale Bildungssystem ist einzigartig und ein grosser Vorteil im internationalen Vergleich. Es trägt zur Chancengleichheit bei und damit zu mehr Wohlstand und Gerechtigkeit. Die CVP setzt sich für die Berufsbildung ein und wehrt sich vehement gegen Bestrebungen, die beiden Pfeiler unseres dualen Systems gegeneinander auszuspielen. Die Berufsbildung soll ihre Stärke der Praxisnähe beibehalten und weiterentwickeln.

Vor diesem Hintergrund fordert die CVP den Bundesrat auf, folgende Fragen in der Botschaft zu erläutern.

- Welche genaue Rolle hat die EHB?
- In erster Linie hat die Institution einen Ausbildungsauftrag von Berufsschullehrpersonen. Ist dafür der Forschungsauftrag nötig und nicht eher hinderlich?
- Welchen konkreten Beitrag leistet die EHB an die Förderung einer praxisnahen qualitativ hochstehenden Berufsbildung in der Schweiz?
- Wie kann die EHB gegenüber den Fachhochschulen abgegrenzt werden?
- Wie können Doppelspurigkeiten vermieden und ausgeschlossen werden?
- Wie kann gewährleistet werden, dass nur Lehrpersonen mit Praxiserfahrung angestellt werden?

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und verbleiben mit freundlichen Grüssen.

CHRISTLICHDEMOKRATISCHE VOLKSPARTEI DER SCHWEIZ

Sig. Gerhard Pfister
Präsident der CVP Schweiz

Sig. Gianna Luzio
Generalsekretärin CVP Schweiz

Berne, le 29 mars 2019/ nr
VL_Loi_HEFP

Par email: christina.bauman@sbfi.admin.ch

Loi fédérale sur la Haute école fédérale en formation professionnelle
Prise de position du PLR.Les Libéraux-Radicaux

Madame,

Nous vous remercions de nous avoir donné la possibilité de nous exprimer dans le cadre de la consultation de l'objet mentionné ci-dessus. Vous trouverez ci-dessous notre position.

PLR.Les Libéraux-Radicaux soutient le projet de loi fédérale sur la Haute école fédérale en formation professionnelle. En vue de l'accréditation en tant que Haute école pédagogique il est important que la HEFP se dote de la base légale adéquate et nécessaire afin de pouvoir mener à bien sa mission. Cependant, il est important que la HEFP détermine clairement quel est son rôle dans le paysage des hautes écoles en Suisse. Une collaboration avec les autres HEP et les Organisation du monde du travail doit pour cela être maintenue et approfondie. Il en va notamment de l'élimination de doublons dans les processus. De manière générale, celle-ci fonctionne déjà très bien. Afin de garantir la force du système de formation duale en Suisse il est notamment nécessaire de garantir la perméabilité entre les différents parcours de formation. L'accès à la HEFP doit donc être possible indépendamment du type de formation suivie.

En vous remerciant de l'attention que vous porterez à nos arguments, nous vous prions d'agréer, Madame, l'expression de nos plus cordiales salutations.

PLR.Les Libéraux-Radicaux
La Présidente

Le Secrétaire général

Petra Gössi
Conseillère nationale

Samuel Lanz



Secrétariat d'Etat à la formation, à la recherche et à l'innovation – SEFRI
Einsteinstrasse 2
CH-3003 Berne

Envoi par courriel : christina.baumann@sbfi.admin.ch

Berne, le 28 mars 2019

Loi fédérale sur la Haute école fédérale en formation professionnelle Procédure de consultation

Monsieur le Conseiller fédéral,
Madame, Monsieur,

Nous vous remercions d'avoir sollicité notre prise de position concernant l'avant-projet de loi fédérale sur la Haute école fédérale en formation professionnelle (HEFP) et de nous avoir transmis les documents y afférents.

Le présent avant-projet vise à clarifier la position de l'Institut suisse pour la pédagogie professionnelle (IFFP) au sein du paysage des hautes écoles. Le Parti socialiste suisse (PS) salue l'objectif du projet, qui consiste à harmoniser les dispositions d'organisation de l'IFFP et les exigences de la Constitution fédérale avec le principe de légalité et les standards du gouvernement d'entreprise de la Confédération. Le principe de légalité prescrit l'ancrage dans une loi au sens formel d'une série de dispositions concernant les entités de la Confédération devenues autonomes. En outre il s'agit également d'inscrire dans la loi les principes directeurs du gouvernement d'entreprise en reprenant le modèle d'acte d'organisation élaboré par l'Office fédéral de la justice et l'Administration fédérale des finances à l'intention des établissements fournissant des prestations à caractère monopolistique. Dorénavant, l'IFFP sera renommé Haute école fédérale en formation professionnelle (HEFP).

Le PS partage l'avis du Conseil fédéral selon lequel l'accréditation de l'IFFP en tant que haute école pédagogique sera bénéfique pour la formation et la formation continue des responsables de la formation professionnelle grâce au développement de la coopération entre les HEP actives dans le domaine. Cela améliorera de plus la qualité et l'efficacité des prestations fournies aux niveaux de l'apprentissage, de la recherche et des services et renforcera globalement le système de formation professionnelle de la Suisse. Cette accréditation permettra les équivalences tout en maintenant les spécificités de l'IFFP, qui se caractérise par sa proximité avec le marché du travail. Ce faisant, l'IFFP sera en mesure de représenter les intérêts particuliers de la formation professionnelle sur un pied d'égalité avec les autres hautes écoles et de contribuer à la prise de décisions en matière de politique des hautes écoles.

Parti socialiste
Suisse

Theaterplatz 4
Case postale · 3011 Berne

Téléphone 031 329 69 69
Téléfax 031 329 69 70

info@pssuisse.ch
www.pssuisse.ch



Ainsi, la mobilité des enseignant-e-s et des chercheurs/euses de l'IFFP s'en trouvera renforcée. Le profil de l'IFFP, sa visibilité, sa crédibilité et sa réputation seront accrus.

Pour ce qui est de la politique du personnel des conditions d'engagement (art. 13 et 14), le PS rejette la possibilité de déroger au principe selon lequel le personnel de la HEFP est soumis à la loi sur le personnel de la Confédération (LPers). Cela affaiblirait considérablement la place d'une partie du personnel de l'HEFP. Les dispositions de la LPers devraient également s'appliquer au personnel engagé sur la base de contrats de durée déterminée. De cette manière, les contrats de durée déterminée qui se succèdent sans interruption sont réputés de durée indéterminée lorsqu'ils ont duré trois ans au lieu des neuf ans actuellement inscrits dans l'avant-projet.

S'agissant du financement de l'HEFP, celui-ci devrait se faire en dehors du cadre de la loi sur la formation professionnelle (LFPr). Ainsi, étant donné que l'art. 63a de la Constitution sert de base au repositionnement de l'IFFP en tant que HEP, il apparaît logique que cela s'accompagne d'un financement adéquat imputé au domaine des hautes écoles dans le message FRI. En effet, si des coûts supplémentaires pouvaient résulter de la transformation de l'institut en une haute école, ceux-ci viendraient grever les subventions versées aux cantons dans le domaine de la formation professionnelle.

En vous remerciant de l'attention que vous porterez à ces quelques lignes, nous vous prions d'agréer, Monsieur le Conseiller fédéral, Madame, Monsieur, l'assurance de notre haute considération.

Parti socialiste
suisse

Christian Levrat
Président

Jacques Tissot
Secrétaire politique

Eidgenössisches Departement für
Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF
Bundeshaus Ost
3003 Bern

E-Mail:
christina.baumann@sbfi.admin.ch

Bern, 29. März 2019

EHB-Gesetz Vernehmlassungsantwort der Schweizerischen Volkspartei (SVP)

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Herzlichen Dank für die Möglichkeit der Stellungnahme.

Die SVP sieht im vorliegenden Gesetzesentwurf zwei Probleme. Zum einen will die SVP Doppelspurigkeiten, konkret eine Konkurrenzierung der Lehrerbildung für Berufsfachschulen, Berufsmaturität, höhere Fachschulen der Kantone und überbetriebliche Kurse von Verbänden verhindern. Wo kantonale Angebote bestehen, hat sich der Bund zurückzunehmen.

Auf der anderen Seite lehnt die SVP die Erteilung von Bachelor- und Mastertitel durch die EHB ab. Das ist nach Ansicht der SVP alleinige Sache der Universitäten.

Art. 5 Lehrdiplome, Zertifikate und weitere Titel

Die SVP beantragt, Art. 5 Abs. 1 wie folgt zu ändern:

Die EHB verleiht Lehrdiplome und Zertifikate sowie ~~Bachelor- und Mastertitel.~~

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Vernehmlassungsantwort.

Mit freundlichen Grüßen

SCHWEIZERISCHE VOLKSPARTEI

Der Parteipräsident

Der Generalsekretär

Handwritten signature of Albert Rösti in blue ink.

Albert Rösti
Nationalrat

Handwritten signature of Emanuel Waeber in black ink.

Emanuel Waeber



SCHWEIZERISCHER ARBEITGEBERVERBAND
UNION PATRONALE SUISSE
UNIONE SVIZZERA DEGLI IMPRENDITORI

Eidg. Departement für Wirtschaft,
Bildung und Forschung WBF
3003 Bern

E-Mail an: christina.baumann@sbfi.admin.ch

Zürich, 20. März 2019 RM/Ub/sm
roland.mueller@arbeitgeber.ch

Entwurf zum Bundesgesetz über die Eidgenössische Hochschule für Berufsbildung (EHB-Gesetz)

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die uns eingeräumte Gelegenheit zur Stellungnahme. Unsere Beurteilung basiert auf einer internen Umfrage bei unseren Mitgliederorganisationen aus den verschiedenen Branchen und Regionen.

Der Schweizerische Arbeitgeberverband ist seit 1908 die Stimme der Arbeitgeber in Wirtschaft, Politik und Öffentlichkeit. Er vereint als Spitzenverband der Schweizer Wirtschaft rund 90 regionale und branchenspezifische Arbeitgeberorganisationen sowie Einzelunternehmen. Insgesamt vertritt er über 100'000 Klein-, Mittel- und Grossunternehmen mit knapp 2 Mio. Arbeitnehmenden aus allen Wirtschaftssektoren. Der SAV setzt sich für eine starke Wirtschaft und den Wohlstand der Schweiz ein. Zur Zukunftssicherung verfügt der Verband über anerkanntes Expertenwissen insbesondere in den Bereichen Arbeitsmarkt, Bildung und Sozialpolitik.

1. Zusammenfassung der Position des Schweizerischen Arbeitgeberverbandes (SAV)

Unsere Position lässt sich wie folgt zusammenfassen:

- **Wir begrüßen die Schaffung einer zeitgemässen und rechtskonformen Grundlage für die EHB.**
- **Die zwingend zu erlangende Akkreditierung der EHB als pädagogische Hochschule erachten wir als sinnvoll und begrüßen diese.**
- **Das Gesetz regelt detailliert den Hochschulbetrieb der EHB. Die weiteren Bildungsangebote, namentlich für Berufsbildnerinnen und -bildner sowie für Prüfungsexpertinnen und -experten werden im Gesetz zu wenig berücksichtigt.**
- **Die Unterstützung der Wirtschaft, speziell der Organisationen der Arbeitswelt, garantieren der EHB Arbeitsmarktnähe und Anwendungsorientierung. Dieser Bereich wird im Gesetz zu wenig berücksichtigt.**
- **Mit dem SBFI und mit der EHB verfügt der Bund über zwei Kompetenzzentren in der Berufsbildung. Das ergibt in gewissen Bereichen Interessenkonflikte und Reibungsverluste. Das Gesetz soll die Koordination der beiden Akteure festhalten.**



SCHWEIZERISCHER ARBEITGEBERVERBAND
UNION PATRONALE SUISSE
UNIONE SVIZZERA DEGLI IMPRENDITORI

2. Grundsätzliche Bemerkungen

Die geplante Eidgenössische Hochschule für Berufsbildung (EHB) reiht sich in die Hochschullandschaft der Schweiz ein. Die Akkreditierung als pädagogische Hochschule erscheint uns für die Lehre und Forschung als passend. Der Fokus auf die bereits heute bei der EHB wichtigen Bereiche der Berufspädagogik, der Berufsentwicklung und der Berufsbildungsforschung muss bestehen bleiben.

Die Akkreditierung der EHB wird bereits antizipiert, obwohl das Verfahren erst noch zu durchlaufen ist. Es erscheint sinnvoll, im bestehenden Text festzuhalten, dass eine Akkreditierung als Pädagogische Hochschule angestrebt wird.

Für die Wirtschaft, insbesondere für die von der Wirtschaft alimentierten Organisationen der Arbeitswelt, ist ein starkes nationales Kompetenzzentrum für die Berufsbildung unverzichtbar. Der SAV begrüsst die Entscheidung, mit einem Gesetz eine solide und rechtskonforme Grundstruktur für dieses Kompetenzzentrum zu schaffen.

Das Kompetenzzentrum soll in drei grundsätzlichen Aufgabenbereichen tätig sein:

- Praxisorientierte Aus- und Weiterbildung von Lehrpersonen in der Berufsbildung
- Berufsentwicklung und Unterstützung von Organisationen der Arbeitswelt, Bund und Kantone bei der Entwicklung und Weiterentwicklung der Beruflichen Grundbildung und der Höheren Berufsbildung
- Anwendungsorientierte Berufsbildungsforschung

Ein wesentlicher Erfolg unserer dualen Berufsbildung ist das Engagement der Wirtschaft für die Berufsbildung. Die Chance, die Einbindung und Zusammenarbeit mit der Wirtschaft konkret im Gesetz zu verankern, wird nicht genutzt. Bei der definitiven Ausgestaltung des Gesetzes erwarten wir hier Anpassungen.

Mit dem vorliegenden Gesetz erfolgt ein starker Fokus auf eine akademische Ausrichtung der EHB. Gerade in der Berufsbildung darf es zu keiner Verakademisierung kommen. Die konsequente Ausrichtung auf die Praxis und die Vernetzung mit der Wirtschaft soll auch im Gesetz verankert werden.

3. Rückmeldungen zu einzelnen Artikeln

Art. 2

Ziffer 1 ergänzen durch:

Mit der EHB schafft der Bund ein Kompetenzzentrum, das durch **anwendungsorientierte** Lehre und Forschung sowie Dienstleistungen zur Entwicklung der **praxisorientierten** Berufspädagogik und der Berufsbildung in der Schweiz beiträgt.

Art. 3

Ziffer 1 a. ergänzen durch:

Praxisorientierte Aus- und Weiterbildungen

Ziffer 3 ergänzen durch:

Sie betreibt **anwendungsorientierte** Berufsbildungsforschung und integriert sie in ihre Lehre.

Ergänzend ist eine Ziffer einzufügen, die auf die in Art. 9 vorgesehene Umsetzung der strategischen Ziele des Bundesrates verweist. Damit soll betont werden, dass die EHB auch als autonome Hochschule der Steuerung der Berufsbildung durch den Bund verpflichtet bleibt.

Art. 4

Ziffer 1 ergänzen durch:

Die EHB arbeitet mit **den anderen** pädagogischen Hochschulen zusammen. **Durch den Aufbau geeigneter Strukturen und Gefässe stellt sie den laufenden Einbezug der Organisationen der Arbeitswelt in ihre Tätigkeit sicher.**

Bemerkung: Die direkte Verbindung zur Arbeitswelt ist das wichtigste Alleinstellungsmerkmal der Berufsbildung. Zugleich hat die Arbeitswelt ein starkes Interesse am Gedeihen der EHB als Ausbildungs- und Forschungsstätte.

Ergänzend ist eine Ziffer einzufügen:

Die EHB koordiniert ihre Tätigkeiten mit dem SBFI.

Bemerkung: Der Titel Art.4 kann demzufolge angepasst werden in Zusammenarbeit und Koordination.

4. Zusammenfassung

Mit ihren vielfältigen Aufgaben und ihrer konsequenten Ausrichtung auf die Berufsbildung wird die EHB notwendigerweise eine Sonderform unter den pädagogischen Hochschulen darstellen. Dies birgt Potential für Konflikte und damit auch für Reibungsverluste. Umso wichtiger ist es, das EHB-Gesetz so zu formulieren, dass die neue Hochschule mit ihren Rechten, Pflichten, Partnern und Grenzen unmissverständlich hervortritt. Dazu gehört, verbindliche Strukturen für den Austausch mit den Organisationen der Arbeitswelt vorzusehen und die Steuerung ihrer Arbeit über strategische Zielsetzungen und Leistungsauftrag klar herauszuarbeiten.

Wir danken Ihnen für die Aufmerksamkeit, welche Sie unseren Bemerkungen entgegenbringen und bitten Sie, unsere Standpunkte zu berücksichtigen.

Mit freundlichen Grüssen

SCHWEIZERISCHER ARBEITGEBERVERBAND

Prof. Dr. Roland A. Müller
Direktor

Eidgenössisches Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF
Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation SBFI
Abteilung Hochschulen
Hochschulpolitik
Frau Christina Baumann
Einsteinstrasse 2
3003 Bern

ausschliesslich per E-Mail an: christine.baumann@sbfi.admin.ch

Zürich, 27. März 2019

Entwurf zum Bundesgesetz über die Eidgenössische Hochschule für Berufsbildung (EHB-Gesetz)

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir bedanken uns für die Möglichkeit, unsere Meinung zum betreffenden Geschäft zu äussern. Wir schliessen uns der Eingabe des Schweizerischen Arbeitgeberverbandes vom 20. März 2019 an. Die dort geäusserten Punkte erachten wir als wichtig, insbesondere die Präzisierungen in den Artikeln 2, 3 und 4. Es ist entscheidend, dass das EHB auch künftig den Einbezug der Organisationen der Arbeitswelt sicherstellt, Lehre und Forschung anwendungsorientiert sind und der Praxisbezug hochgehalten wird.

Es stellt sich aber grundsätzlich die Frage, ob die vorgeschlagene Form des Instituts als pädagogische Hochschule die richtige ist. Selbstverständlich ist dies ein gangbarer Weg. Doch es sind auch andere Organisationsformen möglich, die den Ansprüchen der Wirtschaft, wie sie in der Eingabe des Schweizerischen Arbeitgeberverbandes aufgeführt sind, womöglich besser genügen.

Das EHB ist eine monodisziplinäre Institution. Fachhochschulen weisen hingegen in der Regel mehrere Fachrichtungen aus. Als Fachhochschule wäre das EHB daher sicherlich falsch positioniert. Doch auch pädagogische Hochschulen haben den breiten Auftrag, qualifizierte Lehrerinnen und Lehrer für alle Schulstufen auszubilden. Auch gegen die Form einer pädagogischen Hochschule spricht, dass diese für die Studierenden die gymnasiale Matura voraussetzt. Berufsmaturanden können zwar an einer PH studieren, aber nicht ohne zusätzlichen Anforderungen zu genügen. Am EHB hingegen sollen gerade auch Berufslehrer ausgebildet werden, die eine BMS aber keine gymnasiale Matura vorweisen.

Doch es gäbe eine Organisationsform, die aus unserer Sicht gut für das EHB geeignet wäre: Die Form eines Fachhochschulinstituts. Ein solches kann monodisziplinär sein, auch Forschung ist an einem Fachhochschulinstitut möglich. Solche Institute existieren bereits, sowohl als Uni-Institut (Fern Uni Brig, the Graduate Institute Geneva (IHEID)), aber auch als Fachhochschulinstitut (HWZ). Bei einem Fachhochschulinstitut gilt für die Zugangsberechtigung die Berufsmatura. Zudem kann ein Fachhochschulinstitut nach HFKG akkreditiert werden. Prima vista sollten daher alle Bedürfnisse des EHB durch die Form eines Fachhochschulinstitutes abgedeckt werden.

Wir bitten Sie daher, nochmals eingehend zu prüfen, ob die Organisationsform eines Fachhochschulinstitutes nicht die geeignetere für das EHB wäre.

Wir bedanken uns für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Freundlichen Grüsse
economiesuisse

Monika Rühl
Vorsitzende der Geschäftsleitung

Prof. Dr. Rudolf Minsch
Stv. Vorsitzender der Geschäftsleitung

Gesetz über die Eidgenössische Hochschule für Berufsbildung

Stellungnahme des Kaufmännischen Verbands

Kaufmännischer Verband Schweiz
Hans-Huber-Strasse 4
Postfach 1853
CH-8027 Zürich

Telefon +41 44 283 45 45
info@kfmv.ch
kfmv.ch

26. März 2019

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir bedanken uns für die Möglichkeit, zum Gesetz über die Eidgenössische Hochschule für Berufsbildung Stellung nehmen zu können. Der Kaufmännische Verband ist die grösste schweizerische Berufsorganisation im kaufmännisch-betriebswirtschaftlichen Umfeld und er ist Mitträger von über 20 Berufsbildnern in der Grundbildung und der Höheren Berufsbildung. In der Funktion als Organisation der Arbeitswelt, aber auch als Bildungsanbieter und als nationaler Arbeitnehmerverband ist uns eine arbeitsmarktnahe Berufsbildung ein zentrales Anliegen. Dazu gehört selbstverständlich auch eine Institution wie das EHB als Kompetenzzentrum für Lehre, Forschung und Dienstleistungen in der Berufsbildung.

Wir sind mit der Stossrichtung des Gesetzes einverstanden und stimmen diesem im Grundsatz zu. Insbesondere erachten wir die Positionierung als Pädagogische Hochschule und die Akkreditierung gemäss HFKG als sinnvoll. Die Berufsbildung ist eine Bundesaufgabe und die Aufgabe des EHB ist es wiederum, Pädagogik in der Berufsbildung zu vermitteln, zu entwickeln und dazu zu forschen. In diesem Sinn ist eine "Bundes-PH für Berufsbildung" zwar eine etwas aussergewöhnliche, aber aus unserer Sicht passende Lösung.

Zu den einzelnen Artikeln nehmen wir wie folgt Stellung:

Art. 4, Abs. 1 – Zusammenarbeit

In der Umsetzung ist der Fokus auch weiterhin verstärkt auf die Ausräumung von Doppelspurigkeiten mit den kantonalen Pädagogischen Hochschulen zu setzen, insbesondere dort, wo dies noch nicht geschehen ist (z.B. Zürich). Die Gesetzgeber haben sich zwar für ein nationales Institut ohne Monopolstellung entschieden, dessen Grundsatz wir unterstützen. Jedoch hat die EHB derzeit in weiten Teilen des Landes – im Bereich Lehrerbildung auf den unterschiedlichen Stufen der dualen Berufsbildung – eine Monopolstellung. Dieser Umstand ist im Hinblick auf künftige Entwicklungen auf der Angebotsseite im Auge zu behalten und nach Bedarf kritisch zu hinterfragen.

Art. 6, Abs. 2 – Zulassung

Da sich die Zulassungsbedingungen für das Bachelorstudium nach Art. 24 HFKG richten, ist aus unserer Sicht insbesondere der dortige Abs. 3 zu berücksichtigen. Die Zulassung für Personen ohne gymnasiale Maturität oder Fachmaturität mit pädagogischer Ausrichtung, aber mit "gleichwertiger Vorbildung", muss gesichert und möglichst durch institutionelle Richtlinien festgelegt sein. Die Förderung der Durchlässigkeit für Personen, welche den Berufsbildungsweg eingeschlagen haben, soll gerade für eine Hochschule für Berufsbildung zentral sein. Der EHB-Rat ist diesbezüglich zu beauftragen, ergänzende Zulassungskriterien

zu verabschieden und diese Informationen Studieninteressierten aus der dualen Berufsbildung zugänglich zu machen.

Art. 8, Abs. 1 – EHB-Rat

Die Bezeichnung "unabhängig" für die Mitglieder des EHB-Rates ist unserer Sicht zu unpräzise. Wir regen an, in einem Reglement möglichst klar zu definieren, welche Interessensbindungen nicht vereinbar sind. Gleichzeitig halten wir fest, dass es schwierig sein dürfte, genügend fachkundige und geeignete Personen zu finden, welche völlig unabhängig von anderen Institutionen im Berufsbildungsbereich sind.

Art. 14 – Anstellungsverhältnisse nach Obligationenrecht

Die maximal mögliche Dauer von wiederholt befristeten Arbeitsverträgen über 9 Jahre erachten wir als Arbeitnehmersverband, insbesondere bei den Doktorandinnen und Doktoranden auf wissenschaftlichen Förderstellen, als sehr lange und regen an diese zu reduzieren. Die Anstellungsverhältnisse von Doktorandinnen und Doktoranden sind in der Regel ohnehin durch eine separate Verordnung zu regeln (analog zur ETH). Bei einer Frist von 9 Jahren besteht die Gefahr, dass junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zu lange am gleichen Forschungsprojekt mitarbeiten, was letztlich hinderlich für eine erfolgreiche Forschungslaufbahn ist und Arbeitsunsicherheit für die Betroffenen schafft. Für Angestellte in Projekten (über Drittmittel) dürfte sich die angestrebte Regelung eher eignen, da hier die Projektdauer bereits der limitierende Faktor ist. Bei externen Lehraufträgen macht eine Entfristung jedoch keinen Sinn.

Art. 20 – Drittmittel | Art. 9 EHB-Rat: Aufgaben

Um die wissenschaftliche Unabhängigkeit des EHB zu schützen, ist ein sorgsamer, verantwortungsbewusster und transparenter Umgang mit Drittmitteln zentral. Hierzu benötigt es aus unserer Sicht eine Selbstreglementierung durch das EHB, die vom Bundesrat überwacht werden muss. Diese Aufgabe muss Eingang in das Pflichtenheft des EHB-Rates finden und soll folglich als neuer Punkt unter Art. 9 ergänzt werden.

Wir danken Ihnen herzlich für die wohlwollende Prüfung unserer Anliegen.

Freundliche Grüsse
Kaufmännischer Verband Schweiz



Christian Zünd
CEO



Michael Kraft
Leiter Bildung

Christina Baumann
Secrétariat d'Etat à la formation,
à la recherche et à l'innovation
Einsteinstrasse 2
3003 Berne

christina.baumann@sbfi.admin.ch

Berne, 28 mars 2019

Consultation sur la loi sur la HEFP

Madame, Monsieur,

L'Union syndicale suisse (USS) vous remercie de l'avoir invitée à s'exprimer sur la loi sur la HEFP. Elle vous transmet par la présente sa position.

1 Accréditation comme haute école pédagogique

L'USS salue la décision de positionner l'IFFP dans le paysage des hautes écoles suisses. Le choix de positionnement comme haute école pédagogique découle du fait que l'IFFP se concentre sur une seule thématique, à savoir la formation des enseignant-e-s et des responsables de la formation professionnelle. Par ailleurs, la tertiarisation de la formation des enseignant-e-s de la formation professionnelle contribue à répondre à l'article constitutionnel 61a chiffre 3 qui prévoit une reconnaissance sociale équivalente des filières de formation générale et des voies de formation professionnelle. Enfin, même si cela n'est pas strictement obligatoire, l'IFFP offre un Master of Science en formation professionnelle, et dès septembre 2019, un Bachelor of Science en formation professionnelle au sens de Bologne. L'accréditation de l'IFFP devrait donc contribuer à la mobilité des étudiant-e-s et des enseignant-e-s ainsi qu'à la perméabilité du système de formation.

Il est indispensable pour l'USS qu'après son accréditation, la HEFP conserve sa proximité avec le monde du travail pour former les enseignant-e-s et les responsables de la formation professionnelle afin qu'ils assurent à leur tour un enseignement de qualité aux apprenti-e-s qui leur permette de s'intégrer de manière optimale sur le marché du travail et dans la société.

2 Conditions d'admission

Art. 6 al. 2

Cet alinéa fait référence à l'article 24 de la LEHE. Celui-ci prévoit à son alinéa 1 que « L'admission au premier cycle d'études dans une haute école pédagogique requiert une maturité gymnasiale ». L'alinéa 2 ne s'applique pas ici car il concerne la formation des enseignant-e-s des niveaux préscolaire et primaire. L'alinéa 3 stipule que « Les hautes écoles pédagogiques peuvent prévoir la possibilité d'une admission au premier cycle d'études sur la base d'une formation antérieure jugée équivalente. En

vertu de la convention de coopération, le Conseil des hautes écoles édicte des directives concernant les équivalences afin d'assurer la qualité. ».

Les personnes qui suivront une formation à la HEFP sont susceptibles d'avoir un parcours professionnel avec une formation professionnelle initiale et une maturité professionnelle. Il est nécessaire d'assurer qu'elles ne soient pas entravées lors de l'admission en raison de l'exigence d'une maturité gymnasiale. Les vérifications doivent également porter sur les directives concernant les équivalences édictées par le Conseil des hautes écoles.

3 Conditions d'engagement du personnel

Art. 13 al. 1

Supprimer « pour autant que la présente loi n'en dispose autrement. ». L'USS est d'avis que tout le personnel de la HEFP doit être soumis à la LPers.

Art. 14

L'USS est d'avis que tout le personnel de la HEFP doit être soumis à la LPers. Par conséquent, le contenu de cet article doit être modifié et intégré dans l'article 13 sur les conditions d'engagement selon la LPers.

Art. 14 al. 1 let. a

La HEFP n'étant pas habilitée à délivrer des doctorats, comment se fait-il qu'elle puisse proposer des postes de doctorant-e-s ? Quelle haute école universitaire délivre les doctorats ? Sur quelle base la collaboration est-elle établie ? Comment les postes sont-ils financés ?

Art. 14 al. 2

Cet alinéa stipule qu'au-delà de neuf ans, les contrats de travail sont réputés de durée indéterminée. Cette durée est excessive et devrait être considérablement réduite. En effet, la LPers stipule que «Le contrat de durée déterminée est conclu pour trois ans au plus; au-delà, les rapports de travail sont réputés de durée indéterminée. Les contrats de durée déterminée qui se succèdent sans interruption sont réputés de durée indéterminée lorsqu'ils ont duré trois ans.». Comme indiqué précédemment, l'USS est d'avis que tout le personnel de la HEFP doit être soumis à la LPers.

4 Protection des données

Art. 32

L'USS demande que cet article concernant les systèmes d'information soit soumis au préposé fédéral à la protection des données, qui devrait notamment se pencher sur le traitement des données personnelles (quelles données, à quelles fins, etc.) et la transmission de ces données à des tiers. Les droits des personnes concernées (consultation des données, suppression des données, etc.) doivent également être garantis. L'USS demande la révision de cet article sur la base des recommandations du préposé fédéral à la protection des données.

Art. 33 al. 3

La conservation durant vingt ans de données de recherche liées à des personnes dont l'anonymisation est impossible paraît trop longue. L'USS est d'avis que cet aspect devrait aussi être soumis au préposé fédéral à la protection des données.

5 Remarques de détail

Art. 4 al. 2

Ajouter « ... institutions suisses et étrangères à caractère pédagogique. » comme le rapport explicatif le mentionne.

Art. 8 al. 3

La phrase « Le mandat est de quatre ans au plus. » est en contradiction avec la phrase suivante : « Celui du président est limité à 12 ans, celui des autres membres à huit ans. ». Il s'agit peut-être d'un problème de traduction. Une reformulation est souhaitable, par exemple avec la notion de mandat initial de quatre ans, renouvelable une ou deux fois.

Art. 10 al. 2 let. f

Corriger : « ... à l'exception des personnes visées à l'art. 9, let. e. »

En vous remerciant de bien vouloir prendre note de nos remarques, nous vous prions d'agréer, Madame, Monsieur, nos salutations distinguées.

UNION SYNDICALE SUISSE

Vania Alleva
Vice-présidente

Giorgio Tuti
Vice-président

Laura Perret Ducommun
Première secrétaire adjointe

Eidgenössisches Departement für Wirtschaft,
Bildung und Forschung WBF

per E-Mail: christina.baumann@sbfi.admin.ch

Bern, 29. März 2019 sgv-Da/ds

Vernehmlassungsantwort

Entwurf zum Bundesgesetz über die eidgenössische Hochschule für Berufsbildung (EHB-Gesetz)

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 7. Dezember 2018 haben Sie uns eingeladen zum oben genannten Entwurf Stellung zu nehmen. Für diese Möglichkeit danken wir Ihnen bestens und machen gerne davon Gebrauch. Unsere Ausführungen stützen sich einerseits auf die Eingaben unserer eigenen Mitgliedorganisationen und andererseits auf unsere Aktivitäten im Bildungsbereich und insbesondere als Vertreter der Arbeitgeber- und KMU-Seite in verschiedenen Gremien der schweizerischen Berufsbildung.

Einleitende Bemerkungen

Als grösste Dachorganisation der Schweizer Wirtschaft vertritt der Schweizerische Gewerbeverband sgV über 230 Verbände und gegen 500 000 KMU, was einem Anteil von 99.8 Prozent aller Unternehmen in unserem Land entspricht. Im Interesse der Schweizer KMU setzt sich der grösste Dachverband der Schweizer Wirtschaft für optimale wirtschaftliche und politische Rahmenbedingungen sowie für ein unternehmensfreundliches Umfeld ein.

Bildungsfragen gehören seit jeher zum Kerngeschäft des sgV. Dies betrifft insbesondere sämtliche Bereiche der beruflichen Grundbildung und der höheren Berufsbildung, bei welcher wir unsere Mitgliedorganisationen mit Rat und Tat unterstützen. So ist der Schweizerische Gewerbeverband sgV seit der Gründung des damaligen Schweizerischen Institutes für Berufspädagogik SIBP als Vertreter der KMU Wirtschaft im Institutsrat aktiv gewesen und hat den Wandel zum eidgenössischen Hochschulinstitut für Berufsbildung EHB mitgeprägt. Der sgV setzt sich vor allem dafür ein, dass die Berufsbildung innerhalb des schweizerischen Bildungssystems als gesamtschweizerisches Konzept wahrgenommen und gleichwertig zum akademischen Bereich anerkannt und respektiert wird. Der sgV begrüsst deshalb die Einrichtung einer schweizerischen Berufsbildungsinstitution, die sich als professioneller Dienstleister zugunsten der Organisationen der Arbeitswelt für eine starke schweizerische Berufsbildung, sowohl in der Grundbildung als auch in der höheren Berufsbildung, aber ebenso in der Aus- und Weiterbildung von Berufsbildungsverantwortlichen sowie in der Berufsbildungsforschung einsetzt.

Der Schweizerische Gewerbeverband sgv begrüsst deshalb die Absicht des Bundes, das heutige EHB auf eine neue Gesetzesgrundlage zu stellen, damit es den Status einer Hochschule erlangt. Dies umso mehr, als die Aus- und Weiterbildung sowie die Lehre der Berufsbildungsverantwortlichen unseres Erachtens die Kernaufgabe des EHB war und ist. Hinzu kommt, dass die Berufsbildung auf schweizerischen Konzepten beruht und auch in der Kompetenz des Bundes liegt. Die Abschlüsse in der Berufsbildung sind eidgenössisch geregelt und deshalb ist auch die Ausbildung der dafür benötigten Berufsbildungsverantwortlichen (womit nicht nur Lehrpersonen, sondern insbesondere auch Berufsbildende in Lehrbetrieben, üK-Leitende oder Prüfungsexperten gemeint sind) national zu steuern. Demgegenüber zeichnen sich die heutigen pädagogischen Hochschulen PH durch grosse kantonale Autonomie aus, was im Berufsbildungsbereich bekanntlich nicht immer einfach umzusetzen ist.

Der sgv fordert deshalb, dass trotz der fachlichen und inhaltlichen Nähe zu den pädagogischen Hochschulen eine klare Abgrenzung in Bezug auf Rechte und Aufgaben zwischen den kantonalen Pädagogischen Hochschulen und der Eidgenössischen Hochschule für Berufsbildung zu erfolgen hat. Nach Ansicht des sgv ist das EHB als **eigenständige, d. h. autonome** Eidgenössische Hochschule für Berufsbildung (analog der beiden ETH) zu positionieren. Nur so kann die Anerkennung der Gleichwertigkeit von Berufsbildung und akademischer Bildung, wie sie in der Bundesverfassung verankert ist, auch im Hochschulraum Schweiz sichergestellt werden. Die Berufsbildung braucht auch im Bereich der Berufspädagogik eine starke Stellung und dies kann am besten mit einer autonomen EHB, welche mit der Wirtschaft und den ausbildungs- und prüfungsverantwortlichen Organisationen der Arbeitswelt OdA eng zusammenarbeitet, erhalten bleiben.

Zu einzelnen Artikeln:

Art. 1 Name, Rechtsform, Zuordnung und Sitz

Wie oben erwähnt fordert der sgv, dass die EHB klar als **autonome** Eidgenössische Hochschule zu positionieren ist. Dies ist, analog zum ETH-Gesetz Art. 5, bereits in der Definition der Rechtsform im Gesetz klarzustellen.

Antrag sgv: Art. 1, Abs. 1 ist wie folgt zu ergänzen:

1 Die Eidgenössische Hochschule für Berufsbildung (EHB) ist eine **autonome** öffentlich-rechtliche Anstalt des Bundes mit eigener Rechtspersönlichkeit.

Art. 2 Ziele

Obwohl in den Erläuterungen zur Positionierung der EHB die nationale Steuerung der Aus- und Weiterbildung der Berufsbildungsverantwortlichen als Argumentation für eine nationale Pädagogische Hochschule herbeigezogen wird, fehlt dieses Element in den Zielen des EHB. Andererseits ist es korrekt, wenn dabei auf die Bedürfnisse der Kantone und Sprachregionen Rücksicht genommen wird.

Antrag sgv: Ergänzung des Art. 2

Die EHB strebt eine gesamtschweizerisch einheitliche Ausrichtung der Ausbildung von Berufsbildungsverantwortlichen an. Dabei nimmt sie auf die Bedürfnisse der Kantone und Sprachregionen Rücksicht und arbeitet mit diesen zusammen.

Art. 3 Bildungsangebot sowie weitere Aufgaben und Befugnisse

Zwar wird im Abschnitt «Aufgaben und Ausrichtung» der Erläuterungen die landesweite Abstimmung der Ausbildungsgänge als eine der herausragendsten Leistungen des bisherigen Hochschulinstituts erwähnt, ein entsprechender Auftrag fehlt aber gänzlich sowohl im Gesetzestext als auch in den Erläuterungen.

Antrag sgV: Ergänzung des Art. 3 mit einem neuen Abs. 3

Abs. 3 (neu) Sie koordiniert die Ausbildung der Berufsbildungsverantwortlichen mit dem Ziel einer landesweiten Abstimmung der Ausbildungsgänge.

Abs. 4 (alt 3) Sie betreibt Berufsbildungsforschung

....

Art. 4 Zusammenarbeit

Der sgV begrüsst den im Gesetz und in den Erläuterungen vorgesehenen Einbezug der Organisationen der Arbeitswelt als zentrale Verbundpartner in der Berufsbildung. Allerdings fehlen sowohl im Gesetz, als auch in den Erläuterungen Hinweise zur Bedeutung und Organisation dieser Zusammenarbeit. Da in der Berufsbildung die Betriebe der einzelnen Branchen einen Grossteil der Ausbildungstätigkeit wahrnehmen, ist diese Zusammenarbeit im Gesetz klarer zu formulieren.

Antrag sgV: Änderung und Ergänzung des Art. 4

¹ (neu) *Durch die Schaffung geeigneter Strukturen stellt die EHB den laufenden Einbezug der Organisationen der Arbeitswelt sicher.*

² (neu) *Die EHB koordiniert sich mit den anderen Pädagogischen Hochschulen zur Sicherstellung eines abgestimmten Angebotes.*

³ (alt 2) Sie kann mit weiteren

Art. 6 Zulassung

In den Erläuterungen ist festgehalten, dass der EHB-Rat das heute geltende Studienreglement aktualisieren und in eine Studienverordnung umwandeln wird. Dabei sollen u. a. die Bestimmungen des HFKG für die Pädagogischen Hochschulen gelten. Gerade für den Unterricht an Berufsfachschulen ist es wichtig, auch ausgewiesene Fachleute aus der Praxis (auch ohne akademischen Abschluss) zu haben. Wird nur auf den akademischen Abschluss geachtet, besteht die Gefahr einer Akademisierung und damit auch die Abwendung von der Arbeitsmarktlogik in der Berufsbildung. Dies muss zwingend vermieden werden.

Antrag sgV: Ergänzung in den Erläuterungen zu Art. 6 im obgenannten Sinn.

Wir danken für die Berücksichtigung unserer Anliegen und stehen für weitere Erläuterungen gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

Schweizerischer Gewerbeverband sgV

Hans-Ulrich Bigler
Direktor, Nationalrat

Christine Davatz
Vizedirektorin

Travail.Suisse
Hopfenweg 21, Postfach
3001 Bern
031 370 21 11
weber@travailsuisse.ch

Eidgenössisches Departement für Wirtschaft,
Bildung und Forschung WBF

christina.baumann@sbfi.admin.ch

Bern, 29.03.2019

Entwurf zum Bundesgesetz über die Eidgenössische Hochschule für Berufsbildung (EHB-Gesetz)

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 07. Dezember 2018 haben Sie uns die Vernehmlassungsunterlagen zum Entwurf für ein neues Bundesgesetz über die Eidgenössische Hochschule für Berufsbildung (EHB-Gesetz) zukommen lassen. Gerne nehmen wir als Organisation der Arbeitswelt Stellung dazu.

Grundsätzlich stehen wir dem Entwurf positiv gegenüber. Aus unserer Sicht spielt das EHB und in Zukunft die EHB eine sehr wichtige und unersetzbare Rolle bei der Positionierung und der Entwicklung der Berufsbildung innerhalb der Schweiz und im internationalen Kontext. Wir begrüssen ihre Aufwertung von einem Hochschulinstitut zu einer Hochschule wie auch die Schaffung eines Bachelorstudiengangs. Trotzdem sind einige Fragen gegenüber dem gegenwärtigen Entwurf zu stellen:

1. Die EHB ist eng mit der Berufsbildung verbunden und nimmt auch in Zukunft seine Berechtigung aus dem Art. 48 Berufsbildungsgesetz BBG. Die Berufsbildung ist eingebunden in die Verbundpartnerschaft nach Art. 1 BBG. Die Frage stellt sich daher, wie die Verbundpartner in die Governance des EHB eingebunden sind? Gemäss Art. 3.2 EHB-Gesetz sind die Verbundpartner Empfänger der Leistungen der EHB. Sollten sie über die Governancestrukturen nicht auch mitentscheiden können über diese Leistungen? Müssen sie nicht eingebunden werden in den EHB-Rat? Mindestens muss klar sein, dass der Bundesrat bei der Festlegung der strategischen Ziele für die EHB die anderen Verbundpartner anzuhören hat.

Art. 28 Strategische Ziele

² Der Bundesrat hört vorgängig den EHB-Rat *und die Verbundpartner* an.

2. Zur Berufsbildung gehört nach Berufsbildungsgesetz auch die berufsorientierte Weiterbildung. In Art. 3.2 EHB-Gesetz wird sie neben der beruflichen Grundbildung und der Höheren Berufsbildung nicht erwähnt. Angesichts der (zunehmenden) Bedeutung der berufsorientierten Weiterbildung ist dieser Bildungsbereich auch in das EHB-Gesetz aufzunehmen.

Art. 3 Bildungsangebote sowie weitere Aufgaben und Befugnisse

² Sie engagiert sich für die Berufsentwicklung und unterstützt Bund, Kantone und Organisationen der Arbeitswelt nach Artikel 1 Absatz 1 des Berufsbildungsgesetzes vom 13. Dezember 2002 (BBG) bei der Entwicklung und Weiterentwicklung der beruflichen Grundbildung, ~~und~~ der höheren Berufsbildung *und der berufsorientierten Weiterbildung*.

3. Dass die EHB den pädagogischen Hochschulen zugeordnet wird, ist nachvollziehbar. Sie muss deshalb auch die Zulassungsbedingungen des Art. 24 HFKG berücksichtigen. Dagegen ist nichts einzuwenden. Aber mit der EHB haben wir eine pädagogische Hochschule für die Berufsbildung vor uns. Es sollte daher verständlich sein, dass insbesondere Studienanwärter und -anwärterinnen, die über einen Abschluss der beruflichen Grundbildung und über eine Berufsmaturität oder Höheren Berufsbildung verfügen, einen Zugang zur ersten Studienstufe der Hochschulstudiengänge (Bachelor) erhalten sollten. Das ist grundsätzlich nach Art. 24 HFKG möglich, sollte aber im EHB-Gesetz klar formuliert werden.

Art. 6 Zulassung

² Für den Zugang zur ersten Studienstufe der Hochschulstudiengänge (Bachelor) gelten die Voraussetzungen nach Artikel 24 des HFKG. *Studienanwärter und –anwärterinnen a) mit einem Abschluss der beruflichen Grundbildung und einer Berufsmaturität oder b) mit einem Abschluss der höheren Berufsbildung erfüllen alle Voraussetzungen für den Zugang zur ersten Studienstufe.*

4. Im HFKG und in den Akkreditierungsrichtlinien spielen die Mitwirkungsrechte der Hochschulangehörigen eine wichtige Rolle. Viele Hochschulen tun sich mit diesen Rechten schwer, wie die schon vorliegenden Akkreditierungsentscheide zeigen. Der Art. 12 EHB-Gesetz ist daher griffiger zu formulieren, um Missverständnisse von Anfang an vorzubeugen. Insbesondere muss klar festgehalten werden, dass Rahmenbedingungen für die Mitwirkung geschaffen werden müssen – dazu gehören auch finanzielle Unterstützungen –, die ein unabhängiges Funktionieren ermöglichen.

Art. 12 Mitwirkung

² ~~Die Hochschulangehörigen wirken bei der Meinungsbildung und Entscheidvorbereitung mit, bei Fragen, die für sie von Interesse sind~~ *sind in der Entwicklung des Qualitätssicherungssystems und dessen Umsetzung voll integriert. Das Qualitätssicherungssystem erlaubt sicherzustellen, dass die repräsentativen Gruppen der Hochschulen ein angemessenes Mitwirkungsrecht haben und über Rahmenbedingungen verfügen, die ihnen ein unabhängiges Funktionieren ermöglichen.*

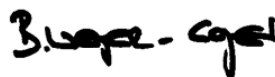
5. Das EHB-Gesetz regelt auch Fragen im Zusammenhang mit dem Personal. Als Arbeitnehmerdachverband weisen wir daraufhin, dass wir davon ausgehen, dass zum Beispiel die Erarbeitung, Verabschiedung und spätere Anpassung der neuen Personalverordnung nicht in die einseitige Zuständigkeit des EHB-Rates fallen (vgl. Art. 9c EHB-Gesetz), sondern in Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern zu erfolgen hat. Die Forderungen diesbezüglich hat unser Mitgliedsverband transfair in seiner Stellungnahme ausformuliert. Wir schliessen uns den Forderungen von transfair vollumfänglich an.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen!

Mit den besten Grüssen



Adrian Wüthrich, NR
Präsident Travail.Suisse



Bruno Weber-Gobet
Leiter Bildungspolitik Travail.Suisse

Eidgenössisches Departement für Wirtschaft, Bildung und
Forschung WBF

Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation SBFI
Abteilung Hochschulen
Einsteinstrasse 2
3003 Bern

Per E-Mail an: christina.baumann@sbfi.admin.ch

Zürich, 29. März 2019

Entwurf zum Bundesgesetz über die Eidgenössische Hochschule für Berufsbildung (EHB-Gesetz) – Stellungnahme im Rahmen der Vernehmlassung

Sehr geehrter Herr Bundesrat Guy Parmelin

Sehr geehrte Damen und Herren

Herzlichen Dank, dass Sie uns die Möglichkeit geben, zum Entwurf des EHB-Gesetzes Stellung zu nehmen.

actionuni der Schweizer Mittelbau findet es notwendig, dass dem neuen Gesetz im 2. Abschnitt noch einen Passus zu Lehr-, Lern- und Forschungsfreiheit (Vgl. [ETH-Gesetz](#) Art. 5 Abs. 3) hinzugefügt wird, um die Autonomie der Eidgenössischen Hochschule für Berufsbildung zu wahren.

Des Weiteren möchten wir für den Art. 3 Abs. 3 eine Umformulierung anregen. Die Pädagogischen Hochschulen sind bereits sehr aktiv in der Berufsbildungsforschung. Es ist daher wichtig, dass zukünftig nicht nur allein das EHB Berufsbildungsforschung betreiben darf, sondern dass nach sinnvollen Synergien mit den bereits bestehen Pädagogischen Hochschulen im Bereich der Berufsbildungsforschung geschaut wird.

Zuletzt scheint es bezüglich Art. 12 geboten, dass die unter Abs. 1 genannten Hochschulangehörigen nicht nur bei der Meinungsbildung und Entscheidungsvorbereitung mitwirken (Abs. 2) können, sondern dass die Hochschulangehörigen das Recht haben, Anträge zu allen Belangen der EHB zu stellen. Diese Belange wären unter anderem:

(1) Budget und zur Planung des EHB sowie zur Schaffung und Aufhebung von Lehr- und Forschungseinheiten

(2) Struktur- und Mitwirkungsfragen

Nur so ist unserer Meinung nach eine wirkliche Partizipation aller Hochschulangehörigen an der EHB möglich.

Mit freundlichen Grüßen

actionuni der Schweizer Mittelbau



Salome Adam

Co-Präsidentin actionuni



EDK | CDIP | CDPE | CDEP |

Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren
Conférence suisse des directeurs cantonaux de l'instruction publique
Conferenza svizzera dei direttori cantonali della pubblica educazione
Conferenza svizra dals directurs chantunals da l'educaziun publica

24. Januar 2019
333-6.3-74104 Sa

Eidgenössisches Departement
für Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF
3003 Bern

Stellungnahme zum Gesetz über die Eidgenössische Hochschule für Berufsbildung (EHB-Gesetz)

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Im Namen des Vorstands danken wir Ihnen für die Möglichkeit, im Rahmen der Anhörung zum Entwurf des Gesetzes über die Eidgenössische Hochschule für Berufsbildung Stellung nehmen zu dürfen.

An seiner Sitzung vom 24. Januar 2019 hat der Vorstand den Gesetzesentwurf besprochen und wie folgt Stellung genommen:

In Anbetracht ihrer Zuständigkeiten in der Berufsbildung ist es für die Kantone wichtig, in der EHB weiterhin einen Partner zu haben, der in der Berufsbildung verankert ist und der auf ihre Anliegen eingeht. Ob dies mit der Bestimmung in Artikel 8 Absatz 1, wonach die Mitglieder des Hochschulrats «unabhängig» sein müssen, gewährleistet ist, erscheint fraglich; die heutige Bestimmung, welche die Ratsmitglieder als Expertinnen und Experten definiert, erlaubt eher die nötige Nähe des Instituts zu den wichtigsten Kunden und Partnern, zu denen die Kantone gehören. Vor allem ist der besonderen Situation Rechnung zu tragen, dass die Studierenden der EHB ihre Ausbildung häufig im Rahmen einer Anstellung in einer kantonalen Berufsschule absolvieren; da die kantonale Schule die berufsbegleitende Ausbildung ermöglicht, muss sie angemessen informiert sein. In diesem Zusammenhang sei erwähnt, dass die Funktion des neuen Bachelor-Angebots der EHB nicht evident ist und dass dessen Bezug zum Master in Berufsbildung unklar bleibt.

Zum neuen EHB-Trägersgesetz bestehen mit einer Ausnahme keine grundsätzlichen Einwände: Aus Sicht des EDK-Vorstands ist mit der auf Art. 63a BV basierenden Errichtung einer neuen Hochschule für Berufsbildung auch eine entsprechende hochschul-adäquate Finanzierung verbunden. Das bedeutet, dass – notabene in Analogie zur ETH – die Finanzierung in der BFI-Botschaft neu dem Hochschulbereich zuzuordnen ist. Der in Art. 48 Abs. 2 des geltenden BBG enthaltene Verweis auf das EHB-Gesetz (siehe Änderung bisherigen Rechts im Rahmen von Art. 35 des Entwurfs zum EHB-Gesetz) ist systemfremd in Anbetracht der Tatsache, dass nicht Art. 63 BV sondern Art. 63a BV die rechtliche Grundlage für die neue Hochschule darstellt. Zudem steht er im Widerspruch zur sachgerechten Finanzierung im Rahmen des Hochschulbereichs. Aus diesem Grund beantragt der Vorstand die Streichung von Art. 48 Abs. 2 des BBG gemäss Entwurf zum EHB-Gesetz und die ausschliessliche Abstützung auf Art. 63a BV.

Wird die Hochschule weiterhin über den Berufsbildungskredit der BFI-Botschaft finanziert, würden allfällige Mehrkosten, welche die Transformation des heutigen Hochschulinstituts in eine Hochschule verursacht, zulasten der Beiträge an die Kantone im Berufsbildungsbereich gehen. (In Ziffer 1.5 der Erläuterungen, Finanzielle und personelle Auswirkungen, wird zwar zugesichert, dass keine Mehrkosten anfallen werden.)

Im Zusammenhang mit der BFI-Botschaft 2021–2024 hat die EDK bereits kommuniziert, dass sie die Richtgrösse von 25% der Kosten der öffentlichen Hand für die Berufsbildung als nicht angemessen

Generalsekretariat | Secrétariat général

Haus der Kantone, Speichergasse 6, Postfach, CH-3001 Bern | T: +41 (0)31 309 51 11, F: +41 (0)31 309 51 50, www.edk.ch, edk@edk.ch

IDES Informationszentrum | Centre d'information | T: +41 (0)31 309 51 00, F: +41 (0)31 309 51 10, ides@edk.ch

erachtet, dies angesichts der Tatsache, dass der Bund die Berufsbildung vollständig reglementiert. Die EDK hat sich bereits anlässlich der letzten Revision des Berufsbildungsgesetzes (BBG) für eine Erhöhung des Richtwerts ausgesprochen, als der Bund neue Aufgaben im Bereich der Höheren Berufsbildung übernahm.

Die erwünschte Partnerschaft mit dem EHB als Hochschule darf nicht dazu führen, dass bei der Finanzierung die oben dargestellte Zuordnung zum Hochschulbereich innerhalb des BFI-Rahmens missachtet wird.

Der Vorstand legt darüber hinaus Wert darauf, dass die EHB in Kantonen, die selber über Ausbildungen für Berufsbildungsverantwortliche im Bereich der beruflichen Grundbildung verfügen, nicht als Anbieterin auftritt. Dies scheint auch mit Blick auf den im HFKG verankerten Koordinationsanspruch im Hochschulbereich angezeigt.

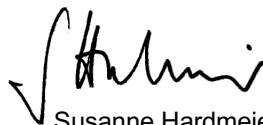
Freundliche Grüsse

Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren

Im Namen des Vorstandes:

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'S. Steiner'.

Silvia Steiner
Präsidentin

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Susanne Hardmeier'.

Susanne Hardmeier
Generalsekretärin



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

EKBV Eidgenössische Kommission für
Berufsbildungsverantwortliche
CFRFP Commission fédérale pour les
responsables de la formation professionnelle
CFRFP Commissione federale per i
responsabili della formazione professionale

Per Mail an

christina.baumann@sbf.admin.ch

Lindau, 20. März 2019

Stellungnahme der EKBV zum «EHB-Gesetz» im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Die Eidgenössische Kommission für Berufsbildungsverantwortliche EKBV dankt für die Möglichkeit zur Stellungnahme zum neuen EHB Gesetz.

Die EKBV setzt sich seit ihrer Gründung im Jahr 2004 für die berufspraxisorientierte Aus- und Weiterbildung der Berufsbildungsverantwortlichen ein. Sie berät das SBFI bei der Anerkennung und Aufsicht von berufspädagogischen Bildungsgängen. Die EKBV nimmt in den letzten Jahren eine zunehmende Akademisierung der Aus- und Weiterbildung von Berufsbildungsverantwortlichen wahr. Die Umwandlung des Eidgenössischen Hochschulinstituts für Berufsbildung in eine Eidgenössische Hochschule für Berufsbildung (EHB) ist unter diesem Blickwinkel mit Sorge zu betrachten. Gerade Dozentinnen und Dozenten von angehenden Berufsbildungsverantwortlichen sollten vermehrt die konkrete Unterrichtspraxis in den Vordergrund stellen und etwas weniger die theoretischen, konzeptionellen Ansätze der Berufspädagogik und der allgemeinen Didaktik.

Als Hochschule wird die EHB Studiengänge mit Bachelor- und Master-Diplomen anbieten. Aufgrund der Zulassungsbedingungen und der Ausbildungslänge sind die Bildungsgänge der Berufsbildungsverantwortlichen nicht äquivalent zu einem Bachelor-Lehrgang. Wir sehen die Gefahr, dass die EHB sich vermehrt auf akademische Abschlüsse fokussiert und damit der Stellenwert der Aus- und Weiterbildung der Berufsbildungsverantwortlichen EHB-intern geschwächt wird.

Besten Dank für Ihre Kenntnisnahme und freundliche Grüsse

Eidgenössische Kommission für
Berufsbildungsverantwortliche EKBV

Ueli Voegeli
Präsident

Staatssekretariat für Bildung,
Forschung und Innovation SBFI
Sekretariat EKBV
Einsteinstrasse 2, 3003 Bern

Belpstrasse 41
3007 Bern

T 031 550 09 09

info@k-hf.ch
www.konferenz-hf.ch

Eidgenössisches Departement
für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF)

Per Mail an: christina.baumann@sbfi.admin.ch

Bern, 29. März 2019

Entwurf zum Bundesgesetz über die Eidgenössische Hochschule für Berufsbildung (EHB-Gesetz)- Vernehmlassung

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zum Entwurf EHB-Gesetz Stellung nehmen zu können und bringen gerne folgende Rückmeldung an.

Allgemeine Bemerkungen

Das vorgeschlagene Gesetz wird im Sinne einer Rollenklärung der EHB grundsätzlich begrüsst.

Wir gehen davon aus, dass die EHB als Institution des Hochschulbereichs und damit Bezügerin von Finanzierungsbeiträgen des Bundes, keine Kosten zu Lasten der Kredite für die Berufsbildung generiert. In der BFI-Botschaft müssen die Kosten für die EHB dem Hochschulbereich zugeordnet werden.

Zudem gehen wir davon aus, dass das EHB-Gesetz sich nicht auf Artikel 63 Abs. 1 BV stützt, da der Bund über das EHB-Gesetz keine Vorschriften zur Berufsbildung erlässt. Ebenso hat die EHB als Anbieterin nicht die Rolle Vorschriften für die Berufsbildung zu generieren. Wir verstehen die EHB als weitere Anbieterin von Bildungsgängen gemäss Art. 5.

Wir erachten daher ausschliesslich Art. 63 a BV als rechtliche Grundlage für das EHB-Gesetz.



Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln

Artikel 3, Abs. 1a. und Artikel 19 Abs.5

Die EHB macht Angebote im Bereich Tertiär A und in der Weiterbildung. Aus- und Weiterbildungen sollen nach Marktpreisen angeboten werden, um bestehende Angebote von anderen Anbietern (pädagogische Hochschulen) nicht zu unterlaufen. Wir fordern als Basis für die Berechnung von Angeboten das Vollkostenprinzip. Transparenz und Kostenwahrheit führen zu effizienten Angeboten.

Artikel 3, Abs. 3

Es gibt bereits viele Institutionen, die Berufsbildungsforschung betreiben (z.B. ETH/KOF). Eine klare Abgrenzung der Aufträge zu den anderen Institutionen im Vollzug wäre wünschenswert.

Artikel 4

Das duale Bildungssystem der Schweiz ist einzigartig und die Basis für den starken Wirtschaftsstandort Schweiz. Dual bedeutet die Verflechtung von betrieblichem und schulischem Lernen. Dies ist dann gewährleistet, wenn die entsprechenden Bildungsanbieter in die Entwicklung der Bildungsprozesse direkt einbezogen werden. Die Wirkung der Ausbildung von Lehrpersonen zeigt sich direkt beim „Abnehmer“, also in den Schulen. Es ist daher eminent wichtig, dass die Zusammenarbeit der EHB mit den Bildungsanbietern in der Berufsbildung festgehalten wird.

Neu: Die EHB arbeitet mit den kantonalen pädagogischen Hochschulen, den Organisationen der Arbeitswelt sowie den Vertretern der Bildungsanbieter der Berufsbildung zusammen.

Artikel 5

In Art. 5 Abs. 1 wird der Umfang des Bildungsangebots hinsichtlich Abschlüsse gelistet. Unklar ist, welche Studiengänge die EHB anbietet. Die kantonalen pädagogischen Hochschulen bieten bereits Studiengänge für Lehrpersonen an. Da der EHB-Rat das Angebot in alleiniger Kompetenz festlegt, empfehlen wir den Einsitz einer Vertretung von pädagogischen Hochschulen, um die Abgrenzung der Angebote bzw. die Koordination der Angebote sicherzustellen.

Als Vertreter der Bildungsanbieter möchten wir als „Abnehmer“ unseren Lehrpersonen klare Ausbildungsprofile empfehlen können. Eine Angebots- und Abschlussverwässerung in der Ausbildung von Lehrpersonen soll vermieden werden.



Artikel 8

Als Vertreter von Bildungsanbietern ist es uns wichtig, dass die EHB auf die Anliegen aus dem schulischen Umfeld eingeht. Der fachkundige und unabhängige EHB-Rat bedarf daher einer Zusammensetzung, die auch die Bedürfnisse und Erkenntnisse aus der Schulpraxis ernst nimmt – unabhängig von deren Trägerschaft. Daher erachten wir die Einbindung von einer Vertretung aus Schulen der Berufsbildung für entscheidend.

Artikel 26 Abs. 2

Neu: Der Bund verrechnet der EHB für die Miete der Liegenschaft einen Betrag auf Basis der Vollkostenrechnung.

Wir bitten Sie um wohlwollende Beachtung unserer Stellungnahme.

Für Rückfragen stehen wir gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

Schweizerische Konferenz der Höheren Fachschulen

Peter Berger
Präsident

Claudia Zürcher
Vize-Präsidentin

Versand per E-Mail

Eidgenössische Departement für
Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF

An: christina.baumann@sbfi.admin.ch

Bern, 28. März 2019

Entwurf zum Bundesgesetz über die Eidgenössische Hochschule für Berufsbildung (EHB-Gesetz)

Sehr geehrter Herr Bundesrat Parmelin,
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit, zum Entwurf zum Bundesgesetz über die Eidgenössische Hochschule für Berufsbildung (EHB-Gesetz) Stellung nehmen zu können.

Die Nationale Dach-Organisation der Arbeitswelt Gesundheit OdASanté vertritt die gesamtschweizerischen Interessen der Gesundheitsbranche in Bildungsfragen.

Zu ihren Mitgliedern zählt sie:

- die nationalen Arbeitgeberverbände H+ Die Spitäler der Schweiz, CURAVIVA Verband Heime und Institutionen Schweiz, die Spitex Schweiz und die Schweizerische Zahnärztesgesellschaft SSO,
- die nationalen Berufsorganisationen SBK Schweizer Berufsverband der Pflegefachfrauen und Pflegefachmänner, den Schweizerischen Verband der medizinisch-technischen und medizinisch-therapeutischen Gesundheitsberufe SVMTT, die Schweizerische Gesellschaft für Sterilgutversorgung SGSV und den Dachverband von chirurgisch und invasiv tätigen Fachgesellschaften und Berufsverbänden FMCH,
- die Schweizerische Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektorinnen und Gesundheitsdirektoren (GDK).
- sowie die kantonalen Organisationen der Arbeitswelt Gesundheit,

Als Träger von 1 EBA Beruf, 2 EFZ Berufen, 8 HF-Berufen, 3 NDS HF Bildungsgänge und 14 eidgenössischen Prüfungen hat OdASanté einen starken Bezug zur beruflichen Grundbildung und höheren Berufsbildung. Sie legt Wert auf eine qualitativ hochstehende und national einheitliche Ausbildung der entsprechenden Berufsbildungsverantwortlichen.



1 Allgemeines

Das heutige EHB als Hochschulinstitut leistet mit der wissenschaftlich fundierten Ausbildung und Weiterbildung der Berufsbildungsverantwortlichen einen wichtigen Beitrag zur Sicherstellung einer starken Berufsbildung. Durch seine Forschungs- und Beratungstätigkeit im Bereich der Berufsentwicklung unterstützt das EHB die OdA in der Sicherstellung einer zielgerichteten und konsistenten Entwicklung der Berufsbildung.

OdASanté begrüsst die Absicht des Bundes, das EHB auf eine solide und rechtlich konforme Basis zu stellen und das bisherige Institut auf das Niveau einer Hochschule zu stellen. Dies umso mehr, als die Ausbildung & Weiterbildung / Lehre der Berufsbildungsverantwortlichen aus unserer Sicht die Kernaufgabe des EHB war und ist.

OdASanté ist der Meinung, dass das EHB als nationale / eidgenössische Hochschule (vergleichbar mit der ETH oder der eidgenössischen Sportschule) zu positionieren ist. Bei den in der Berufsbildung geregelten Berufen handelt es sich um eidgenössische Abschlüsse. Deshalb soll auch die Ausbildung der darin benötigten Berufsbildungsverantwortlichen eidgenössisch gesteuert werden.

Trotz der fachlichen und inhaltlichen Nähe zu den pädagogischen Hochschulen ist eine klare Abgrenzung in Bezug auf Rechte und Aufgaben zwischen den kantonalen PH's und der nationalen PH anzustreben.

2 Rückmeldungen zu den einzelnen Artikeln

2.1 Artikel 1 Name, Rechtsform, Zuordnung und Sitz

OdASanté ist der Meinung, dass die EHB klar als autonome Eidgenössische Hochschule zu positionieren ist. Dies ist, analog zum ETH Gesetz Art.5, bereits in der Definition der Rechtsform im Gesetz Artikel 1 Absatz 1 klarzustellen.

OdASanté beantragt, Artikel 1, Absatz 1 wie folgt zu ergänzen:

¹ Die Eidgenössische Hochschule für Berufsbildung (EHB) ist eine autonome öffentlichrechtliche Anstalt des Bundes mit eigener Rechtspersönlichkeit.

2.2 Artikel 2 Ziele

Obwohl in den Erläuterungen zur Positionierung der EHB die nationale Steuerung der Aus- und Weiterbildung der Berufsbildungsverantwortlichen als Argumentation für eine nationale Pädagogische Hochschule herbeigezogen wird, fehlt dieses Element in den Zielen des EHB.

OdASanté beantragt, Artikel 2 mit einem Absatz wie folgt zu ergänzen:

Die EHB strebt eine gesamtschweizerisch einheitliche Ausrichtung der Ausbildung von Berufsbildungsverantwortlichen an.

Das ausgeführte Ziel ist nur erreichbar, wenn dabei auf die Bedürfnisse der Kantone und Sprachregionen Rücksicht genommen wird.

OdASanté beantragt dementsprechend, die Erläuterungen zu Artikel 2 wie folgt zu ergänzen:

Das Angebot und die Koordinationstätigkeit bei den Lehrgängen sollen weiterhin Rücksicht nehmen auf die Bedürfnisse der Kantone und Sprachregionen und damit eine konsistente Entwicklung in den Regionen ermöglichen.

2.3 Artikel 3 Bildungsangebot sowie weitere Aufgaben und Befugnisse

Zwar wird im Abschnitt „Aufgaben und Ausrichtung“ der Erläuterungen die landesweite Abstimmung der Ausbildungsgänge als eine der herausragendsten Leistung des bisherigen Hochschulinstituts erwähnt, ein entsprechender Auftrag fehlt aber gänzlich sowohl im Gesetzestext als auch in den Erläuterungen.

OdASanté beantragt, Artikel 3 mit folgender Aufgabe zu ergänzen:

Die EHB koordiniert die Ausbildung der Berufsbildungsverantwortlichen mit dem Ziel einer landesweiten Abstimmung der Ausbildungsgänge.

In den Erläuterungen zu Artikel 3 wird berechtigterweise darauf hingewiesen, dass die Berufsbildungsforschung anwendungsorientiert erfolgen soll. Unseres Erachtens ist dies eine zentrale Forderung, um die bedarfsgerechte Weiterentwicklung der Aus- und Weiterbildung der Berufsbildungsverantwortlichen sicherzustellen und muss bereits im Gesetz verankert werden.

OdASanté beantragt dementsprechend, Artikel 3, Absatz 3 wie folgt zu ergänzen:

Sie betreibt anwendungsorientierte Berufsbildungsforschung.

2.4 Artikel 4 Zusammenarbeit

OdASanté begrüsst den im Gesetz und in den Erläuterungen vorgesehenen Einbezug der Organisationen der Arbeitswelt. Allerdings fehlen sowohl im Gesetz, als auch in den Erläuterungen Hinweise zur Bedeutung und Organisation dieser Zusammenarbeit. Da in der Berufsbildung die Betriebe der einzelnen Branchen einen Grossteil der Ausbildungstätigkeit wahrnehmen, ist diese Zusammenarbeit im Gesetz klarer zu formulieren.

OdASanté beantragt, Artikel 4 Absatz wie folgt zu ändern / zu ergänzen:

¹ Durch die Schaffung geeigneter Strukturen stellt die EHB den laufenden Einbezug der Organisationen der Arbeitswelt sicher.

² Die EHB koordiniert sich mit den anderen Pädagogischen Hochschulen zur Sicherstellung eines abgestimmten Angebotes.

³ Sie kann mit weiteren

2.5 Artikel 9 Bst c Organisationreglement

OdASanté erachtet den in den Erläuterungen erwähnten Einbezug von Regelungen zur Wahrung der Interessen der EHB und zur Vermeidung von Interessenkonflikten als sehr wichtig. Dies umso mehr als sich die EHB durch Ihr Aufgabenspektrum auf allen Ebenen der Bildung bewegt (Zertifikats- und Diplomstudiengänge, Weiterbildungen und Hochschulstudiengänge).

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen und stehen Ihnen für weitere Auskünfte gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse



Anne-Geneviève Bütikofer
Präsidentin OdASanté



Urs Sieber
Geschäftsführer OdASanté



SDK – Schweizerische Direktorinnen- und Direktorenkonferenz der Berufsfachschulen

CSD – Conférence suisse des directrices et directeurs d'écoles professionnelles

CSD – Conferenza svizzera delle direttrici e dei direttori delle scuole professionali

Département fédéral
de l'économie, de la formation
et de la recherche DEFR

3003 Berne

22 mars 2019

Réponse à la consultation concernant la loi sur la Haute école fédérale en formation professionnelle (loi sur la HEFP)

Monsieur le Conseiller fédéral,

La CSD vous remercie d'avoir été invitée à se prononcer sur le projet de loi sur la HEFP.

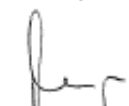
Comme principal employeur des étudiants formés aujourd'hui à l'IFFP, les écoles professionnelles comptent sur une HEFP proche des préoccupations du terrain et en lien étroit avec tous les acteurs de la formation professionnelle. La disposition de l'art. 8, al. 1, qui prévoit que les membres du conseil de la nouvelle haute école doivent être "indépendants", nous semble peu appropriée pour garantir ces liens de proximité ; la terminologie d' "experts" nous semble plus appropriée.

Nous apprécions que la nouvelle base légale permette de satisfaire au principe de légalité et aux règles du gouvernement d'entreprise de la Confédération; nous apprécions aussi que, tout en intégrant les mêmes missions, la loi en consultation permette le positionnement de l'établissement dans l'espace suisse des hautes écoles. Cela permettra à l'IFFP de demain, futur membre à part entière de *swissuniversities*, de mieux représenter les intérêts de la formation professionnelle et de la recherche en formation professionnelle dans le paysage suisse des hautes écoles.

Grâce aux synergies et complémentarités qui pourront être plus aisément développées avec les autres HEP, les ressources mises à disposition par les collectivités publiques seront mieux utilisées et elles permettront à l'ensemble de nos établissements de formation à la pédagogie d'affronter plus sereinement les défis de la société numérique. Pour y parvenir, nous partons du principe que les moyens financiers mis à disposition de la nouvelle HEP nationale spécialisée dans la formation professionnelle ne seront pas réduits, mais plutôt augmentés.

En vous remerciant de l'attention que vous porterez à notre courrier, nous vous prions d'agréer, Monsieur le Conseiller fédéral, l'expression de nos respectueuses salutations.

Georg Berger


Président

Eidg. Departement für Wirtschaft,
Bildung und Forschung WBF

E-Mail an: christina.baumann@sbfi.admin.ch

Bildung

René Will
Ressortleiter

Pfingstweidstrasse 102
Postfach
CH-8037 Zürich
Tel. +41 44 384 48 51
www.swissmem.ch
r.will@swissmem.ch

Zürich, 13. März 2019

Stellungnahme zum Bundesgesetz über die Eidgenössische Hochschule für Berufsbildung (EHB-Gesetz)

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme zum Bundesgesetz über die Eidgenössische Hochschule für Berufsbildung (EHB-Gesetz). Nach eingehender Diskussion der Vernehmlassungsunterlagen innerhalb des Verbandes nehmen wir hiermit gerne Stellung.

Swissmem ist der führende Verband für KMU und Grossfirmen der schweizerischen Maschinen-, Elektro- und Metall-Industrie (MEM-Industrie) und verwandter technologieorientierter Branchen. Swissmem fördert die nationale und die internationale Wettbewerbsfähigkeit ihrer 1'100 Mitgliedsfirmen durch eine wirkungsvolle Interessenvertretung, bedarfsgerechte Dienstleistungen, eine gezielte Vernetzung sowie eine arbeitsmarktgerechte Aus- und Weiterbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der MEM-Industrie.

Die Schweizer MEM-Industrie ist eine facettenreiche und innovative Hightech-Branche, die in sämtlichen Lebens- und Wirtschaftsbereichen leistungsstarke Lösungen anbietet. Sie erwirtschaftet 7,1 Prozent des Bruttoinlandproduktes (2018) und nimmt damit in der schweizerischen Volkswirtschaft eine Schlüsselstellung ein. Die Branche ist mit rund 320'000 Beschäftigten die grösste industrielle Arbeitgeberin der Schweiz und leistet mit Ausfuhren im Wert von 69,7 Milliarden Franken 30 Prozent der gesamten Güterexporte. 60 Prozent der ausgeführten Güter der MEM-Industrie werden in die EU exportiert.

nen-,
dustrie

Swissmem
Die Schweizer Maschi-
Elektro- und Metall-In-

Swissmem setzt sich stark für die Ausbildung Jugendlicher ein und übernimmt die Rolle einer Organisation der Arbeitswelt von sieben beruflichen Grundbildungen. In der formalen Weiterbildung, insbesondere der Höheren Berufsbildung, weist die MEM-Branche ein grosses Spektrum an Entwicklungsmöglichkeiten auf. Swissmem engagiert sich auch hier als Trägerin von drei Berufsprüfungen, zwei höheren Fachprüfungen und sieben Fachrichtungen an höheren Fachschulen. Zusammen mit den Sozialpartnern ist Swissmem ausserdem Trägerin eines Bildungszentrums mit formalen und nichtformalen Weiterbildungsangeboten. Mit der Swissmem Academy leistet die Branche einen wichtigen Beitrag in der nichtformalen Weiterbildung.

Unsere Stellungnahme lässt sich wie folgt zusammenfassen:

- Swissmem unterstützt die Schaffung einer **zeitgemässen und rechtskonformen Grundlage** für die EHB. Ihre umfassenden Leistungen haben einen festen Platz in der Landschaft der schweizerischen Berufsbildung, und als zentrale Ansprechpartnerin für die Organisationen der Arbeitswelt ist sie von grosser Bedeutung.
- Die **Akkreditierung der EHB als pädagogische Hochschule** erachten wir für ihre Lehr- und Forschungstätigkeit als sinnvoll und zielführend und befürworten diese. Im Gegensatz zur Volksschule ist die Berufsbildung national organisiert. Dies erfordert interkantonale einheitliche Standards in der Berufspädagogik. Wie erwarten von einem nationalen Kompetenzzentrum, sprich der EHB, diese praxistauglich festzulegen und umzusetzen.
- Das Gesetz regelt detailliert den Hochschulbetrieb für Lehrpersonen der schulischen Bildung, berücksichtigt jedoch **andere Zielgruppen**, namentlich Berufsbildnerinnen und –bildner sowie Prüfungsexpertinnen und –experten zu wenig. Diese Zielgruppen sind im Gesetz stärker zu berücksichtigen.
- Wir rechnen damit, dass die Überführung in eine pädagogische Hochschule zu Akzeptanzschwierigkeiten bei den **Dienstleistungsbezügern aus der Wirtschaft** (Organisationen der Arbeitswelt sowie Lehrbetriebe) führen wird. Um die Arbeitsmarktnähe und die Anwendungsorientierung in Zukunft sicherzustellen fordern wir deshalb folgende Gegenmassnahmen:
 - Die Wirtschaft, namentlich die Organisationen der Arbeitswelt und die Lehrbetriebe, sollen im Gesetz als Kunde und Partner stärker berücksichtigt und verankert werden.
 - Der Einbezug und die Zusammenarbeit mit der Wirtschaft muss im Gesetz konkreter geregelt werden. Dafür sind verbindliche Strukturen festzulegen.
 - Bildungsangebote der EHB müssen subsidiär sein und dürfen privat organisierte Bildungsangebote nicht durch subventionierte Preise unterbieten.
- Mit dem SBFI und der EHB verfügt der Bund über zwei Kompetenzzentren in der Berufsbildung. Das vorliegende Gesetz geht zu wenig darauf ein, wie sich die **Aufgabenbereiche der beiden Kompetenzzentren** voneinander abgrenzen und wie diese koordiniert werden. Um Reibungsverluste und Angebotslücken zu vermeiden, ist das Gesetz hier zu schärfen.

1 Grundsätzliche Bemerkungen

Nationales Kompetenzzentrum der Berufspädagogik, der Berufsentwicklungsmethodik und der Berufsbildungsforschung

Swissmem ist ein grosser Akteur der Berufsbildung und kennt die Bedeutung der involvierten Berufsbildungsverantwortlichen wie Lehrpersonen, Berufsbildner/-innen und Prüfungsexperten/innen. Zur Wahrnehmung unserer Verantwortung als Organisation der Arbeitswelt in der Berufsbildung sind wir auf anwendungsorientierte Forschungsergebnisse aus der Berufsbildungsforschung angewiesen. Diese dienen als Grundlage einer faktenbasierten Bildungssteuerung, einer nachhaltigen Qualitätssicherung sowie einer zukunftsgerichteten Berufsentwicklung und Berufsdidaktik.

Wir erwarten von der EHB daher, dass sie auch in Ihrer künftigen Organisationsform weiterhin eine breite, arbeitsmarktnahe und eidgenössisch koordinierte Palette von Forschung und Dienstleistungen im Bereich der Berufspädagogik und der Berufsentwicklung gewährleistet. Für die Sicherstellung interkantonal einheitlicher Standards in der Berufsdidaktik sowie zukunftsfähiger Grundlagen für die Berufsentwicklung ist ein starkes nationales Kompetenzzentrum der Berufspädagogik für die Berufsbildung unverzichtbar. Swissmem begrüsst deshalb die Entscheidung, mit einem Gesetz eine solide und rechtskonforme Grundstruktur für ein solches Kompetenzzentrum Berufspädagogik zu schaffen.

Ein Kompetenzzentrum der Berufspädagogik ist eine sinnvolle Ergänzung des Kompetenzzentrums allgemeiner Berufsbildungsfragen, welche durch das SBFI wahrgenommen wird. Im vorliegenden Gesetz wird aus unserer Sicht jedoch zu wenig darauf eingegangen, wie sich die Aufgabenbereiche der beiden Kompetenzzentren voneinander abgrenzen und wie diese koordiniert werden sollen. Wir befürchten Reibungsverluste und Angebotslücken.

Aufgaben des nationalen Kompetenzzentrums

Wir sehen drei grundsätzliche Aufgabenbereiche eines nationalen Kompetenzzentrums.

- Angewandte Berufspädagogik
- Dienstleistungsangebote im Bereich der praktischen Berufsentwicklung
- Angewandte Berufsbildungsforschung

Die angewandte Berufspädagogik umfasst unter anderem die Ausbildung von Lehrpersonen an Berufsfachschulen. Dieser wird im Gesetz genügend Rechnung getragen und der entsprechende Hochschulbetrieb akribisch geregelt. In der Folge erhält das Gesetz eine starke akademische Ausrichtung. Der Auftrag zur Aus- und Weiterbildung aller anderen Berufsbildungsverantwortlichen, explizit zu nennen sind Berufsbildner/-Innen, ÜK-Leiter/-Innen und Prüfungsexperten/-innen, wird im Gesetz nebensächlich behandelt. Die Berufsbildung lebt sehr stark von nebenamtlichen Engagements die oft sogar in Milizarbeit erbracht werden. Dieses Zielpublikum gilt es sowohl in pädagogischen Fragen als auch in der Berufsentwicklung gezielt zu adressieren und abzuholen. Diese Kundenorientierung war in Vergangenheit oft zu wenig ausgeprägt und führte zu wenig Akzeptanz des EHB bei Lehrbetrieben, den Organisationen der Arbeitswelt und letztlich der Wirtschaft. Das neue Gesetz bietet die Chance dies zu verbessern, nutzt diese aber nicht.

Exemplarisch fehlt im Gesetz jeglicher Bezug zu Lehrbetrieben und Berufsbildner/-innen. Auch die Zusammenarbeit mit den Organisationen der Arbeitswelt und den Fachleuten aus der Praxis, z.B. bei den Ausbildungen für Prüfungsexpertinnen und -experten sowie von Berufsbildnerinnen und -bildnern wird nicht berücksichtigt.

Im Falle der EHB ist eine konsequente Praxisausrichtung aller drei Aufgabenbereiche von zentraler Bedeutung. So sind sowohl die Berufspädagogik, als auch die Berufsbildungsforschung anwendungsorientiert auszurichten. Auf dieses Ziel muss auch die Personalpolitik des EHB ausgerichtet werden. So sollen Anforderungsprofile von Lehrpersonen und Forscher einen direkten Bezug zur Berufsbildung verlangen.

Die EHB als pädagogische Hochschule

Die geplante Eidgenössische Hochschule für Berufsbildung (EHB) reiht sich in die Hochschullandschaft der Schweiz ein. Sie soll als Pädagogische Hochschule mit entsprechender Autonomie agieren, zugleich aber zu konkreten Leistungen und den Einbezug diverser Partner verpflichtet werden.

Die Akkreditierung als pädagogische Hochschule erscheint uns für die Lehre und Forschung als passend. Für die Erbringung von praxisnahen Dienstleistungen in der Berufsentwicklung birgt sie jedoch Risiken in der zu erwartenden Akzeptanz bei den Kunden. Um die Arbeitsmarktnähe und die Anwendungsorientierung sicherzustellen sind aus unserer Sicht Gegenmassnahmen notwendig: Erstens sind Organisationen der Arbeitswelt und die Lehrbetriebe im Gesetz als Kunden und Partner stärker zu berücksichtigen und zu verankern. Zweitens soll die Einbindung und Zusammenarbeit mit der Wirtschaft im Gesetz konkreter verankert und festgelegt werden.

2 Rückmeldungen zu den einzelnen Artikeln

Art. 2

Ziffer 1 ergänzen durch: „... ein Kompetenzzentrum, das durch *anwendungsorientierte* Lehre und Forschung sowie Dienstleistungen zur Entwicklung der *praxisorientierten* Berufspädagogik und der Berufsbildung in der Schweiz beiträgt. Die EHB richtet auch ihre Personalpolitik auf diese Ziele aus.“

Art. 3

Ziffer 1 a. ergänzen durch: „*Praxisorientierte* Aus- und Weiterbildungen für Lehrpersonen der *schulischen Bildung* in der Berufsbildung *und bei Bedarf für Berufsbildnerinnen und -bildner*, für Prüfungsexpertinnen und -experten sowie für weitere Berufsbildungsverantwortliche;“

Ziffer 2 ergänzen durch: „Sie engagiert sich für die *Berufsentwicklungsmethodik* und unterstützt...“.

Ziffer 3 ergänzen durch: „Sie betreibt *anwendungsorientierte* Berufsbildungsforschung *und integriert sie in ihre Lehre*“.

Ergänzend ist eine Ziffer einzufügen, die auf die in Art. 9 vorgesehene Umsetzung der strategischen Ziele des Bundesrates verweist. Damit soll betont werden, dass die EHB auch als autonome Hochschule der Steuerung der Berufsbildung durch den Bund verpflichtet bleibt, was die Aus- und Weiterbildung für Berufsbildungsverantwortliche betrifft.

Art. 4

Andere Hochschulgesetze nennen Kooperationen mit anderen Hochschulen und der Wirtschaft in einem Atemzug. Das vorliegende Gesetz behandelt die kantonalen pädagogischen Hochschulen (PH) und Organisationen der Arbeitswelt (OdA) in einer gesonderten Ziffer. Dies liegt dem Erläuternden Bericht zufolge daran, dass diese Partner aufgrund der bestehenden bilateralen Vereinbarungen und der Arbeitsmarktnähe der Berufsbildung von besonderer Bedeutung für die EHB sind. Diese besondere Bedeutung kommt aber im Gesetzestext nicht ausreichend zum Ausdruck und erfährt keine institutionalisierte Umsetzung. Sinnvoller wäre daher die folgende Formulierung:

„Die EHB ergänzt sich mit den anderen pädagogischen Hochschulen. Durch den Aufbau geeigneter Strukturen und Gefässe stellt sie den laufenden Einbezug der Organisationen der Arbeitswelt in ihre Tätigkeit sicher“.

Die direkte Verbindung zur Arbeitswelt ist das wichtigste Alleinstellungsmerkmal der Berufsbildung. Zugleich hat die Arbeitswelt ein starkes Interesse am Gedeihen der EHB als Ausbildungs- und Forschungsstätte. Dies sollte auch im EHB-Gesetz unmissverständlich zum Ausdruck kommen.

Eine sinnvolle Abgrenzung zwischen den Tätigkeiten des SBFI und der EHB, z.B. in der Berufsentwicklung, vermeidet Reibungsverluste. Das Gesetz soll die Koordination dieser beiden Akteure festhalten: *„Die EHB koordiniert ihre Tätigkeiten mit dem SBFI.“*

Mit ihren vielfältigen Aufgaben und ihrer konsequenten Ausrichtung auf die Berufsbildung wird die EHB notwendigerweise eine Sonderform unter den pädagogischen Hochschulen darstellen. Dies birgt Potential für Konflikte und damit Reibungsverluste. Umso wichtiger ist es, das EHB-Gesetz so zu formulieren, dass die neue Hochschule mit ihren Rechten, Pflichten, Partnern und Grenzen unmissverständlich hervortritt. Dazu gehört, verbindliche Strukturen für den Austausch mit den Organisationen der Arbeitswelt vorzusehen, und die Steuerung ihrer Arbeit über strategische Zielsetzungen und Leistungsauftrag klar herauszuarbeiten. Denn nur mit einem klaren Profil wird die EHB ihre wichtige Rolle optimal entfalten können.

Abschliessend bedanken wir uns noch einmal für die Gelegenheit zur Stellungnahme und für die wohlwollende Prüfung unserer Anliegen. Für Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

Stefan Brupbacher
Direktor

René Will
Ressortleiter

swissuniversities

Bundesrat Guy Parmelin
Vorsteher des Eidgenössischen Departements für
Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF
Schwanengasse 2
3003 Bern

elektronischer Versand
christina.baumann@sbfi.admin.ch

3001 Bern, 28. Februar 2019

Prof. Dr. Michael Hengartner
Präsident
T +41 31 335 0740
michael.hengartner@
swissuniversities.ch

swissuniversities
Effingerstrasse 15, Postfach
3001 Bern
www.swissuniversities.ch

Stellungnahme zum Entwurf des Bundesgesetzes über die Eidgenössische Hochschule für Berufsbildung (EHB-Gesetz)

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit, zum Entwurf des Bundesgesetzes über die Eidgenössische Hochschule für Berufsbildung (EHB-Gesetz) Stellung zu nehmen.

swissuniversities begrüsst es, dass die Problematik der derzeit ungenügenden gesetzlichen Abstützung des Kompetenzzentrums für Berufsbildung EHB zum Anlass genommen wird zu versuchen, die genaue Rolle des EHB zu klären. Für die Berufsbildung in der Schweiz ist es wichtig, aktuelle Grundlagen und Systemdaten für die Weiterentwicklung des Berufsbildungssystems verfügbar zu haben. In diesem Zusammenhang kann auch das EHB als Kompetenzzentrum des Bundes für Berufsbildung Arbeiten zur Bewältigung anstehender und künftiger Herausforderungen in der Berufsbildung leisten. Insbesondere dürfte das Engagement für die Berufsentwicklung und die Unterstützung von Bund, Kantonen und Organisationen der Arbeitswelt künftig noch wichtiger werden. Allerdings dürfte der Entwurf des EHB-Gesetzes die genaue Mission des EHB in Abgrenzung zu den kantonalen Hochschulen nur ungenügend adressieren; insbesondere die genaue Aufgabenteilung zwischen den Hochschulen und dem EHB wird nicht ganz deutlich, so dass der Entwurf unseres Erachtens nicht sicherstellt, dass „Doppelspurigkeiten“ zwischen dem EHB und den kantonalen Hochschulen vermieden werden. Wünschenswert wäre es daher, die genaue Mission des EHB fokussierter zu fassen.

Vor dem Hintergrund der Schweizer Hochschullandschaft gemäss HFKG steht swissuniversities der vorgeschlagenen gesetzlichen Verankerung des EHB als Hochschule grundsätzlich kritisch gegenüber.

Über diese eher grundsätzlichen Bemerkungen hinaus nehmen wir in der Folge zu drei spezifischen Aspekten des Entwurfs Stellung: dem Bestreben des EHB, sich als Pädagogische Hochschule akkreditieren zu lassen, dem Verhältnis zwischen dem EHB und den kantonalen Hochschulen, wie es im Gesetzesentwurf zum Ausdruck kommt, sowie dem Aspekt der Autonomie.

1. Das EHB als Pädagogische Hochschule

swissuniversities steht der Schaffung einer eidgenössischen Pädagogischen Hochschule aus folgenden Gründen kritisch gegenüber:

- **Bologna-konforme Bachelor- oder Masterstudiengänge**
Das EHB bietet derzeit einen Bologna-konformen Studiengang an (Master of Science in Berufsbildung), der seit seinem Start im Jahr 2007 rund 5 Abschlüsse pro Jahr aufweist. Im Herbst 2019 soll ein neuer Bachelor-Studiengang starten (Bachelor of Science in Berufsbildung). Weder der Master- noch der geplante Bachelorstudiengang führen zu einem Lehrdiplom. swissuniversities erachtet beides – die geringe Anzahl an Absolvierenden von Bologna-konformen Studiengängen sowie das Fehlen eines Bologna-konformen Studiengangs, der zu einem Lehrdiplom führt – für eine Pädagogische Hochschule als problematisch.
- **Grundbeiträge des Bundes: Widerspruch zum HFKG**
Anders als im Entwurf des EHB-Gesetzes vorgesehen (vgl. Art. 18), können Pädagogische Hochschulen gemäss Art. 47 des HFKG keine Grundbeiträge, sondern lediglich projektgebundene Beiträge erhalten. Art. 18 – und damit die Idee einer durch den Bund finanzierten Pädagogischen Hochschule – steht also im Widerspruch zum HFKG.
- **Zulassung zur ersten Studienstufe: Widerspruch zum HFKG**
Gemäss Art. 24 des HFKG erfolgt der Regelzugang zur ersten Studienstufe einer Pädagogischen Hochschule über eine gymnasiale Maturität (vgl. Abs. 1). Abweichungen davon sind in Abs. 2 für die „Vorstufen- und Primarlehrerausbildung“ definiert. Eine Zulassung mit Berufsmaturität ohne Zusatzqualifikation, wie sie für den Bachelorstudiengang des EHB derzeit möglich ist (gemäss [Webseite](#), Stand: 23.01.2019), sieht das HFKG nicht vor. Die Zulassungsbedingungen für den BSc des EHB widersprechen damit unseres Erachtens Art. 24 des HFKG.

2. Verhältnis EHB – kantonale Hochschulen

- **Aufgabe des Subsidiaritätsprinzips**
Art. 48 Abs. 2 BBG führt unter Buchstabe a. als Aufgabe des EHB die „*Bildung und Weiterbildung von Berufsbildungsverantwortlichen, insbesondere von Lehrkräften, soweit nicht die Kantone zuständig sind*“, auf. Mit der in Art. 35 des Entwurfs des EHB-Gesetzes vorgeschlagenen Anpassung von Art. 48 BBG wird das im BBG verankerte Subsidiaritätsprinzip aufgelöst. Die Ergänzung „soweit nicht die Kantone zuständig sind“ ist aus Sicht von swissuniversities eine zentrale Bestimmung des BBG, die nicht entfallen soll.
- **Proklamation eines Monopols**
Die vorgesehene Streichung des Subsidiaritätsprinzips im BBG geht im Entwurf des EHB-Gesetzes mit der Proklamation eines Monopols einher, das aktuell nicht existiert und aus Sicht von swissuniversities nicht eingeführt werden sollte:
Im Erläuternden Bericht zum EHB-Gesetz steht zu Art. 27: „*Unter Leistungen mit Monopolcharakter werden Leistungen im öffentlichen Interesse, welche für private Anbieter aufgrund der geringen Menge oder der erforderlichen Qualität nicht rentabel sind, verstanden. Vorliegend handelt es sich um die Aufgaben nach Artikel 3 Absätze 1-3 und 5.*“
Bei den erwähnten Aufgaben handelt es sich um 1. das Anbieten von Studiengängen, 2. Berufsentwicklung, 3. Berufsbildungsforschung und 5. weitere Aufgaben im Berufsbildungsbereich von gesamtschweizerischem Interesse.
Aus Sicht von swissuniversities können Aufgaben wie das Anbieten von Hoch-

schulstudiengängen (Aus- und Weiterbildungen) sowie das Betreiben von Forschung in der Berufsbildung nicht Monopolaufgaben des EHB sein. Den kantonalen Hochschulen steht es frei, solche Studiengänge anzubieten und in diesem Bereich Forschung zu betreiben. In der pädagogischen Qualifizierung von Berufsbildungsverantwortlichen haben sich die Pädagogischen Hochschulen auch längst etabliert. Die Anerkennungsreglemente für die Studiengänge der EDK und des SBFI ermöglichen es, gleichwertige Studiengänge an unterschiedlichen Hochschulen anzubieten und durchzuführen. Entsprechende Angebote des EHB dürfen den Wettbewerb nicht verzerren. Auch in der Berufsbildungsforschung sind universitäre Hochschulen, Fachhochschulen wie auch Pädagogische Hochschulen längst erfolgreich aktiv.

Hingegen sollten Dienstleistungen mit Monopolcharakter zugunsten der Organisationen der Arbeitswelt (OdA), der Kantone sowie der Hochschulen, die weder von privaten Anbietern noch von akkreditierten Hochschulen in der erforderlichen Qualität und rentabel angeboten werden können und bei welchen es zu einer Unterversorgung kommen könnte, bei dem EHB gestärkt werden.

3. Autonomie des EHB als Hochschule

Der Gesetzesentwurf verweist zwar in Art. 1 Absatz 2 auf die Autonomie des EHB. Sollte das EHB tatsächlich als Eidgenössische Hochschule neu positioniert werden, müssten ihr jedoch – wie den Eidgenössischen Technischen Hochschulen (ETHZ/EPFL) – explizit die für eine Hochschule notwendige Lehr-, Lern- und Forschungsfreiheit zugestanden werden. Diese sollten gesetzlich verankert werden (vgl. ETH-Gesetz).

Wir danken Ihnen für die Kenntnisnahme unserer Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

Prof. Dr. Michael Hengartner
Präsident swissuniversities

Prof. Dr. Hans-Rudolf Schärer
Vizepräsident swissuniversities,
Präsident Kammer PH



Prise de position du Conseil suisse de la science sur le projet de Loi fédérale sur la Haute école fédérale en formation professionnelle (Loi sur la HEFP)

24.01.2019 / jo

Madame, Monsieur,

Le Conseil suisse de la science (CSS) salue l'initiative de la transformation de l'Institut fédéral des hautes études en formation professionnelle (IFFP) en une haute école pédagogique (HEP) candidate à l'accréditation institutionnelle au sens de la loi fédérale du 30 septembre 2011 sur l'encouragement et la coordination des hautes écoles (LEHE). Cette nouvelle entité favorisera l'harmonisation de la formation des enseignantes et enseignants dans le domaine de la formation professionnelle et contribuera à structurer le paysage institutionnel en la matière au niveau national.

La nouvelle loi paraît répondre aux exigences de la Constitution fédérale s'agissant du principe de légalité et des standards en matière de gouvernement d'entreprise. Toutefois, pour le CSS, la création d'une HEFP doit aussi tenir compte des principes établis par la LEHE. La procédure d'accréditation institutionnelle, qui vise notamment à établir le degré d'adéquation de l'organisation candidate aux standards valables pour l'ensemble des Hautes écoles reconnues, ne saurait remplacer l'existence d'une disposition légale claire en la matière. Raison pour laquelle le CSS recommande de faire figurer dans la loi fondamentale de la future HEFP, et non pas au seul niveau des ordonnances et directives d'application, les précisions suivantes :

- L'autonomie de la HEFP devrait figurer de manière explicite dans la loi : art. 1, al. 1 : « La Haute école fédérale en formation professionnelle (HEFP) est un établissement fédéral autonome de droit public doté de la personnalité juridique. »
- La loi de la HEFP doit garantir la liberté de l'enseignement et de la recherche : art. 1, al. 3 (nouveau) : La liberté d'enseignement, de recherche et de choix des enseignements est garantie.
- La HEFP doit être tenue de veiller à l'examen de la qualité de ses prestations et de mettre en place un système d'assurance de la qualité.
- La nomination du personnel scientifique, en particulier les professeurs, devrait être précisée parmi les compétences du Conseil de la HEFP (art. 9).
- A l'instar des autres HEP au sens de la LEHE (art. 47, al. 2), la HEFP ne bénéficie pas de financement fédéral selon la LEHE au titre de Contributions de base et d'investissements. Toutefois, elle devrait pouvoir recevoir des Contributions liées à des projets (LEHE, art. 59 et sq.) . Ce point devrait être précisé de manière explicite dans l'art. 18 du projet soumis à consultation.

En espérant que cette intervention vous sera utile, je vous adresse, Madame, Monsieur, mes salutations distinguées.

Gerd Folkers
Président du CSS

Departement federal de l'éccnomie,
de la formation et de la recherche
DEFR

Berne, 28 mars 2019

Prise de position :

Loi sur la Haute école fédérale en formation professionnelle (Loi sur la HEFP)

Chère Madame, Cher Monsieur,

Nous vous remercions de nous avoir conviés à participer à cette consultation sur la nouvelle loi sur la HEFP. En tant que faïtière des associations étudiantes de Suisse, l'UNES représente les intérêts matériels et idéologiques des étudiant-e-s des universités, hautes écoles spécialisées, écoles polytechniques et hautes écoles pédagogiques. Nous sommes donc heureux de pouvoir apporter le point de vue des étudiant-e-s à cette nouvelle loi sur la Haute école fédérale en formation professionnelle. Après réflexion, le comité de l'UNES a souhaité s'exprimer plus spécifiquement à propos des articles 12, alinéa 2, article 19, alinéa 2, et article 17, ceux-ci concernant respectivement la participation étudiante, les taxes d'étude ainsi que la problématique des fonds tiers.

Participation estudiantine au sein de la HEFP

Article 12 : Personnes relevant de la haute école et participation

1. Les personnes relevant de la haute école sont :
 - a) Les membres de la direction
 - b) Le personnel scientifique
 - c) Le personnel administratif et le personnel technique
 - d) Les étudiants et les auditeurs
2. **Les personnes relevant de la haute école participent à la formation de l'opinion et à la préparation des décisions pour les questions présentant un intérêt pour elles.**
3. La direction veille à ce que les personnes relevant de la haute école soient amplement informés. Celles-ci peuvent soumettre des propositions à tous les organes.
4. Le conseil de la HEFP règle les modalités dans une ordonnance.

En choisissant de se positionner comme haute école pédagogique au sein du paysage suisse de la formation, la HEFP est soumise à l'Ordonnance du conseil des hautes écoles pour l'accréditation dans le domaine des hautes écoles du 28 mai 2015, (ordonnance d'accréditation LEHE). La HEFP devra ainsi obtenir son d'accréditation d'institution d'ici fin 2022. Or, la LEHE souligne l'importance de la participation estudiantine :

1.3

Le développement du système d'assurance de la qualité et sa mise en œuvre impliquent à tous les niveaux tous les groupes représentatifs de la haute école ou de l'autre institution du domaine des hautes écoles, en particulier les corps étudiant, intermédiaire et professoral et le personnel administratif et technique. Les responsabilités en matière d'assurance de la qualité sont transparentes et assignées clairement.

2.3

Le système d'assurance de la qualité permet de s'assurer que **les groupes représentatifs de la haute école ou de l'autre institution du domaine des hautes écoles ont un droit de participation approprié et disposent des conditions-cadres leurs permettant un fonctionnement indépendant.**

La LEHE prévoit ainsi comme condition d'accréditation d'institution pour les hautes écoles « **un droit de participation approprié des personnes relevant de l'institution** » art 30, al1, let. a) et reconnaît **la promotion de la participation des étudiant-e-s comme une « tâche réputée présenter un intérêt dans le système des Hautes écoles »** art. 59, al 2 let g). Rappelons ici que des étudiant-e-s expert-e-s sont partie prenante des procédures d'accréditation d'institution auxquelles devra se conformer la HEFP d'ici 2022.

En effet, la participation estudiantine représente un gage de qualité pour les hautes écoles puisque les retours et suggestions des étudiant-e-s permettent d'augmenter la qualité de la formation dispensée. La prise en compte du point de vue des étudiant-e-s donne aussi une assise plus large aux décisions de l'école, qui sont ainsi appliquées de manière plus réfléchie et plus satisfaisante¹. Les étudiant-e-s doivent donc être considéré-e-s comme de véritables partenaires pour la haute école. Ils/elles doivent être intégré-e-s dans les commissions relatives aux affaires des étudiant-e-s et avoir un accès adéquat aux documents et informations. Les étudiant-e-s doivent donc être considéré-e-s comme des membres à part entière de ces commissions, ce qui implique un droit de vote.

Pourtant, la formulation de l'article 12 alinéa 2 qui indique que les étudiant-e-s « *participent à la formation de l'opinion et à la préparation des décisions* » implique malheureusement selon nous que les étudiant-e-s de la HEFP seront dépourvu-e-s de tout pouvoir décisionnel réel.

L'UNES demande donc que l'article 12, alinéa 2 soit modifié comme suit : « Les personnes relevant de la haute école *participent à la prise des décisions pour les questions présentant un intérêt pour elles* ».

¹ *Standards de la participation estudiantine dans les hautes écoles spécialisées*, brochure de VSS-UNES-USU, Laurent Tschudin, Christelle Maire, éditée dans le cadre du projet HES 2013-2015.

De plus, l'UNES souhaite rappeler ici quelques standards de la participation estudiantine dans les hautes écoles : la représentation estudiantine est visible sur la page internet de l'école, l'école lui fournit les adresses email du *Verteiler* de l'école ainsi qu'un bureau dans des locaux appropriés. La représentation estudiantine est également autonome dans ses prises de position : elle peut s'exprimer sans en référer préalablement avec la haute école et gère de manière indépendante ses statuts et finances².

Taxes d'études

Article 19 : Emoluments

1 La HEFP perçoit des émoluments pour :

- a) Les formations et les filières d'études
- b) Les formations continues, pour autant que ces services ne soient pas des prestations commerciales au sens de l'art. 27
- c) Les autres services
- d) Les autres activités administratives

2 Les émoluments pour les formations et les filières d'études contribuent à couvrir les coûts et doivent être fixés de manière à ne pas restreindre l'accès aux études.

L'UNES demande que cette précision concernant les émoluments : « **doivent être fixés de manière à ne pas restreindre l'accès aux études** » soit respectée et considérée avec le plus grand sérieux. En vue d'améliorer l'égalité des chances dans l'accès aux formations supérieures, l'UNES s'engage en effet pour la suppression des taxes d'étude, et exige *a minima* que celles-ci demeurent supportables et ne soient pas augmentées. Rappelons que les taxes d'étude ne représentent qu'une petite proportion du budget de la haute école, alors qu'elles peuvent comparativement représenter une part importante du budget d'un étudiant-e.

Des taxes d'étude trop élevées constituent un obstacle à un accès égalitaire à la formation et peuvent représenter une barrière à l'inscription aux hautes écoles. Ainsi, les hausses des taxes au Québec et en Grande-Bretagne ont eu un impact négatif sur le nombre d'inscriptions³. De plus, une enquête menée par l'AGEPoly, l'association estudiantine de l'EPFL, a montré qu'« à partir d'un montant de 1250CHF des taxes semestrielles, 66,5 % de tous les étudiant-e-s, toutes catégories confondues, auraient sérieusement réfléchi à une alternative à l'EPFL »⁴.

Un rapport récent du conseil scientifique de la Suisse démontre malheureusement que la sélectivité sociale est encore bien présente dans le monde suisse de la formation. Dans ces conditions, l'UNES demande que la HEFP veille avec attention à ce que ses taxes d'études ne constituent jamais un obstacle financier pour ses étudiant-e-s. L'accès à la formation doit être une affaire d'intérêt et de compétences, et non pas de porte-monnaie !

² *Idem*

³ *Quelques mythes sur la hausse des taxes d'études*, brochure éditée par la FAE, Fédération des associations étudiant-e-s de l'université de Lausanne, p.2

⁴ *Idem*

Fonds tiers

Article 17 : Financement

La HEFP finance ses activités par les moyens suivants :

- a) Les indemnités octroyées par la Confédération
- b) Les émoluments perçus
- c) Les fonds tiers

L'UNES comprend tout à fait l'intérêt pour la HEFP de collaborer avec des entreprises ou de recevoir des fonds de celle-ci. Cet intérêt est d'autant plus évident que la HEFP se veut un pôle d'excellence en matière de formation professionnelle.

Nous souhaitons cependant rappeler ici l'importance du principe d'indépendance des hautes écoles. Ce principe ne doit jamais être remis en cause par l'acquisition de fonds tiers. La HEFP doit donc veiller à éviter tout conflit d'intérêt dans l'acquisition de ceux-ci. De tels conflits pourraient en effet remettre en question l'autonomie des recherches menées à la HEFP, sur le principe de l'apparence de partialité⁵. L'acquisition non régulée de fonds tiers peut ainsi menacer la qualité des enseignements et des recherches menées au sein de la haute école.

L'UNES demande plus particulièrement que : « **toute forme de participation des donateurs-trices dans les organes de décision et de planification des instituts, des départements ou des facultés soit interdite** (même à titre consultatif). Toute forme de participation des donateurs-trices dans les organes de nomination des professeur-e-s et dans les organes de création des cursus est aussi interdite »⁶.

La haute école doit également communiquer de manière transparente sur les fonds tiers acquis et les étudiant-e-s doivent avoir accès à toutes les informations nécessaires sur ces sujets. L'UNES souhaite aussi que la HEFP respecte le principe de subsidiarité des fonds tiers : « la formation et la science sont des valeurs centrales de nos sociétés et sont donc considérées comme des biens publics. En ceci, elles doivent être financées principalement par des fonds publics »⁷. De plus, nous souhaitons que la HEFP promeuve une répartition équitable des fonds tiers acquis afin de ne pas favoriser outre mesure un domaine d'enseignement ou de recherche au détriment d'autres jugés moins « rentables ».

⁵ *La liberté de la formation et de la recherche en question : le financement des hautes écoles épar des fonds tiers du point de vue des étudiant-e-s*, éditée par VSS-UNES-USU, commission Hopoko, Carl Thomas Bormann, Julian Marbach, Maxime Mellina, Franz Radke, Oriana Schällibaum, adopté à la 162^e assemblée des délégué-e-s de l'UNES à Neuchâtel, p.5-6

⁶ *Ibid*, p.8

⁷ *La liberté de la formation et de la recherche en question : le financement des hautes écoles épar des fonds tiers du point de vue des étudiant-e-s*, éditée par VSS-UNES-USU, op. cit., p.5

L'UNES demande donc que l'article 17 soit complété de la manière suivante : « **La HEFP veille à une gestion transparente des fonds tiers et évite tout conflit d'intérêt. L'autonomie de la recherche et des enseignements de la HEFP doit être garantie.** En particulier **est interdite toute forme de participation des donateurs-trices dans les organes de décision et de planification** des instituts, des départements ou des facultés (même à titre consultatif). **Toute forme de participation des donateurs-trices dans les organes de nomination des professeur-e-s et dans les organes de création des cursus est aussi interdite** ».

Nous espérons que les préoccupations des étudiant-e-s trouvent auprès de vous une oreille attentive et vous remercions encore de nous avoir invité à participer à cette consultation. Nous demeurons volontiers à votre disposition en cas de questions ou de remarques.

Avec nos plus cordiales salutations,

Ludmilla Dorsaz
pour le comité exécutif de l'UNES

Madame Christina Baumann
Département fédéral de l'économie, de la
formation et de la recherche DEFR
Kochergasse 6
3003 Berne

Par courriel :
christina.baumann@sbfi.admin.ch

Paudex, le 19 mars 2019
BM/dma

**Projet de loi sur la Haute école fédérale en formation professionnelle
(Loi sur la HEFP)**

Madame,

Nous avons étudié avec attention le projet de loi sur la Haute école fédérale en formation professionnelle (loi sur la HEFP).

Le projet vise à établir des bases légales suffisantes pour l'intégration de l'actuel Institut fédéral des hautes études en formation professionnelle (IFFP) dans le paysage des hautes écoles.

Un avis de droit Epiney/Kern de 2016, commandé par le Département fédéral de l'économie, de la formation et de la recherche (DEFR) et le Secrétariat d'Etat à la formation, à la recherche et à l'innovation (SEFRI), a relevé les insuffisances légales en particulier quant à l'ancrage de la structure fondamentale de l'organisation, des procédures de base, de l'admission à l'IFFP, des éventuelles mesures disciplinaires, du traitement des données et des profils de la personnalité sensibles, de la perception des taxes, des droits et devoirs du personnel.

Les tâches actuelles de l'IFFP sont analogues à celle des hautes écoles pédagogiques (HEP), et concentrées dans le domaine de la formation professionnelle. Dès lors, son accession au statut de Haute Ecole en tant que HEP est non seulement légitime, mais également souhaitable.

Ce nouveau positionnement n'entraîne pas de conséquences financières, ni pour la Confédération, ni pour les cantons.

Le Centre Patronal est convaincu que l'adéquation entre les besoins des entreprises et le contenu des formations doit être un principe de base. Pour ce faire, la filière de la formation professionnelle doit être davantage valorisée. Cela passe également par le positionnement clair et renforcé des instituts de formation liés à la formation professionnelle.

Considérant ce qui précède, nous approuvons ce projet de loi et saluons le positionnement de l'IFFP comme véritable Haute Ecole, ce qui renforce la formation professionnelle dans son ensemble.

En vous remerciant d'avance de l'attention portée à la présente lettre, nous vous prions de croire, Madame, à l'expression de nos sentiments les meilleurs.

Centre Patronal



Baptiste Müller



Secrétariat général

christina.baumann@sbfi.admin.ch

A l'att. de M. Le Conseiller fédéral
Johann N. Schneider-Ammann

Secrétariat d'Etat à la formation, à la
recherche et à l'innovation (SEFRI)
Division des Hautes écoles
Einstenstrasse 2
3003 Berne

Genève, le 28 mars 2019
FER N°13-2019

Projet de loi sur la Haute école fédérale en formation professionnelle (loi sur la HEFP)

Monsieur le Conseiller fédéral,

Nous nous référons à votre courrier du 7 décembre 2018 relatif à la procédure de consultation susmentionnée, et rappelons que la Fédération des Entreprises Romandes (FER) est une association patronale faîtière romande représentant plus de 45'000 entreprises.

La Fédération des Entreprises Romandes (FER) a pris connaissance avec intérêt de la consultation mentionnée ci-dessous et vous fait part de sa prise de position :

Préambule

Depuis 2007, l'Institut fédéral des hautes études en formation professionnelle (IFPP) est géré conformément aux principes du gouvernement d'entreprise régissant les entités décentralisées de la Confédération.

Dans le cadre de la révision totale du 27 janvier 2016 de l'ordonnance sur l'Institut fédéral des hautes études en formation professionnelle (IFPP), le Conseil fédéral a mandaté le Département fédéral de l'économie, de la formation et de la recherche (DEFR) pour qu'il examine l'opportunité d'élaborer une loi sur l'Institut fédéral des hautes études en formation professionnelle (IFPP). Ce mandat visait, en particulier, à clarifier si les bases légales actuelles relatives à l'Institut fédéral des hautes études en formation professionnelle (IFPP) (art. 48 et 48a *FRPr*) suffiraient pour intégrer celui-ci dans le paysage des hautes écoles.

Les résultats de cette analyse ont démontré que les bases légales actuelles ne satisfont ni aux exigences constitutionnelles du principe de légalité, ni aux exigences de la politique du gouvernement d'entreprise voulue par le Conseil fédéral. Les insuffisances relevées concernent, d'une part, l'ancrage légal de la structure fondamentale de l'organisation, des procédures de base, de l'admission à l'Institut fédéral des hautes études en formation professionnelle (IFFP), des éventuelles mesures disciplinaires, du traitement des données, de la perception des taxes, des droits et devoirs du personnel et, d'autre part, la norme de délégation légale permettant de légiférer.

Principaux changements

Les nouvelles réglementations proposées visent à mettre les dispositions d'organisation de la Haute école fédérale en formation professionnelle (HEFP) en conformité avec le principe constitutionnel de la légalité et les règles du gouvernement d'entreprise.

En lieu et place de l'Institut fédéral des hautes études en formation professionnelle (IFFP), elle serait désormais appelée «*Haute école fédérale en formation professionnelle (HEFP)*».

L'Institut fédéral des hautes études en formation professionnelle (IFFP) est d'ores et déjà géré selon les principes du gouvernement d'entreprise de la Confédération pour les entités décentralisées, mais les dispositions correspondantes sont prévues uniquement au niveau de l'ordonnance.

La Fédération des Entreprises Romandes (FER) soutient ce processus de formalisation permettant d'introduire les adaptations nécessaires à un positionnement adéquat de l'Institut fédéral des hautes études en formation professionnelle (IFFP) dans le paysage des hautes écoles.

Commentaires des articles de loi

Notre Fédération apprécie la présentation de ce projet de loi qui permet d'avoir une vision claire de ces nouvelles adaptations :

1) Etablissement et buts (art 1 et art 2)

La Haute école fédérale en formation professionnelle (HEFP) aurait le statut d'un établissement fédéral de droit public doté d'une personnalité juridique propre.

Aucun changement de stratégie, ni à la mission de base, ni au positionnement de l'Institut fédéral des hautes études en formation professionnelle (IFFP) ne seraient apportés dans cette nouvelle base légale. La Fédération des Entreprises Romandes (FER) tient à souligner cet aspect particulièrement important afin de garantir la mission sur la formation et la formation continue des responsables de la formation professionnelle. L'offre de la Haute école fédérale en formation professionnelle (HEFP) devrait tenir compte des besoins spécifiques des cantons et des régions linguistiques.

2) Offre de formation, autres tâches et collaboration (art 3 et art 4)

La Haute école fédérale en formation professionnelle (HEFP) serait positionnée comme une haute école pédagogique. Nous soutenons cette démarche de recherche essentiellement axée

sur la formation professionnelle dans un cadre de collaboration active avec les hautes écoles pédagogiques cantonales et les organisations du monde du travail.

3) Titres et admissions (art 5 et art 6)

Comme la Haute école fédérale en formation professionnelle (HEFP) entend se faire accréditer en tant que haute école (haute école pédagogique), ses filières de *Bachelor* et de *Master* seraient structurées conformément aux dispositions des directives de Bologne HES et HEP. Notre Fédération encourage également la reconnaissance et la valorisation de ces formations.

4) Organisation (art 7 à 12)

Cela concernerait les organes, le Conseil de la Haute école fédérale en formation professionnelle (HEFP), la direction et ses tâches, l'organe de révision et les personnes relevant de la haute école.

La Fédération des Entreprises Romandes (FER) soutient le devoir de diligence dans l'accomplissement des obligations, ainsi que le secret de fonction. Le Conseil de la Haute école fédérale en formation professionnelle (HEFP) assurerait la conduite stratégique qui comprendrait notamment la représentation de la Haute école fédérale en formation professionnelle (HEFP) envers les organisations du monde du travail.

Concernant la Direction, en tant qu'organe de conduite opérationnelle de la Haute école fédérale en formation professionnelle (HEFP), la Fédération des Entreprises Romandes (FER) n'a pas de remarques particulières à formuler dans ce contexte.

5) Droit du personnel et droits sur les biens matériels (art 13 à 16)

Les conditions d'engagement selon la *LPers* et selon le Code des obligations sont rappelées dans ce projet de loi. La présente disposition permet la prolongation réitérée des conditions de travail déterminées assurant ainsi de pouvoir faire le suivi de certains projets dans la durée. A notre avis, ces nouvelles dispositions permettraient de supporter, de manière optimale, la recherche en formation professionnelle.

L'article 14 mentionne désormais les chargés de cours externe. Notre Fédération soutient ce besoin de la Haute école fédérale en formation professionnelle (HEFP) d'engager des chargés d'enseignement externes de manière flexible et selon les besoins des formations.

L'article 5, al. 1 de l'ordonnance-cadre *LPers* reste applicable pour la Haute école fédérale en formation professionnelle (HEFP), qui peut ainsi continuer à soumettre les auxiliaires et les stagiaires aux dispositions du Code des Obligations.

6) Financement et budget (art 17 à 27)

Les émoluments des formations de base devraient être socialement compatibles et les coûts de formation continue devraient être couverts par les émoluments.

Pour notre Fédération, il est très important que les prestations puissent rester accessibles dans leur mission de soutien à la formation. La Haute école fédérale en formation professionnelle (HEFP) doit être attentive à sa politique de prix et veiller à ne pas offrir des prestations entraînant une charge financière trop importante pour les participants ou les employeurs.

7) Articles 28 à 37

Nous n'avons aucune observation spécifique concernant ces articles.

Conclusion

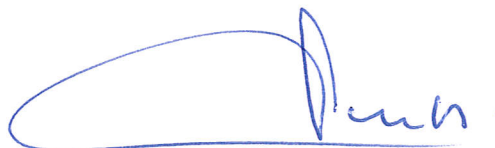
La Fédération des Entreprises Romandes (FER) est favorable à ce projet de loi visant à intégrer le nouveau positionnement de l'Institut fédéral des hautes études en formation professionnelle (IFFP) comme Haute école fédérale en formation professionnelle (HEFP) en accordant une attention particulière aux éléments suivants :

1. La mission de formation continue des responsables de la formation professionnelle doit rester un axe fort des prestations offertes par la Haute école fédérale en formation professionnelle (HEFP).
2. Les liens entre le monde professionnel et académique doivent toujours être maintenus et favorisés par des actions auprès des acteurs des milieux associatifs.
3. Les prestations de la Haute école fédérale en formation professionnelle (HEFP) doivent rester accessibles financièrement afin de permettre à toutes et à tous de poursuivre la mission dans la recherche et la formation des responsables de la formation professionnelle.

Nous vous remercions de l'attention que vous porterez à notre prise de position, et vous prions de croire, Monsieur le Conseiller fédéral, à l'expression de notre parfaite considération.



Blaise Matthey
Secrétaire général



Frank Sobczak
Directeur Formation FER Genève

Eidg. Departement für Wirtschaft,
Bildung und Forschung WBF

E-Mail an: christina.baumann@sbfi.admin.ch

Bern, 14. März 2019 - MSH

**Entwurf zum Bundesgesetz über die Eidgenössische Hochschule für Berufsbildung
(EHB-Gesetz)**

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken für die Möglichkeit, zum Entwurf zum Bundesgesetz über die Eidgenössische Hochschule für Berufsbildung (EHB-Gesetz) Stellung zu nehmen. Als nationaler Arbeitgeberverband, der sich auf allen Stufen der Berufsbildung engagiert, bringt hotelleriesuisse der Ausgestaltung der geplanten Eidgenössischen Hochschule für Berufsbildung grosses Interesse entgegen.

1. Vorbemerkung

hotelleriesuisse ist das Kompetenzzentrum für die Schweizer Beherbergungsbranche und vertritt als Unternehmerverband die Interessen der innovativen und nachhaltigen Beherbergungsbetriebe der Schweiz. Seit 1882 steht hotelleriesuisse gemeinsam mit seinen rund 3'000 Mitgliedern, davon über 2'000 Hotelbetriebe, für eine qualitätsbewusste und vorausschauende Schweizer Beherbergungswirtschaft. Allein die klassische Hotellerie, als standortgebundene Exportbranche und Rückgrat des Tourismus, erwirtschaftet einen jährlichen Umsatz von über 7,5 Mrd. Franken und beschäftigt knapp 80'000 Mitarbeitende. Gemäss Satellitenkonto 2017 erzielt der Tourismus mit einer Nachfrage von 44 Mrd. Franken eine direkte Bruttowertschöpfung von über 18 Mrd. Franken, was einem Anteil von 2,9 Prozent an der gesamtwirtschaftlichen direkten Bruttowertschöpfung der Schweiz entspricht. Der Tourismus gehört zudem zu den fünf wichtigsten Export-branchen der Schweiz. Die Mitgliederbetriebe von hotelleriesuisse verfügen über zwei Drittel des diesbezüglichen Schweizer Bettenangebotes und generieren damit rund drei Viertel der entsprechenden Logiernächte.

Die Bildung für das Gastgewerbe ist ein zentrales Tätigkeitsfeld von hotelleriesuisse. Neben dem Angebot von neun verschiedenen beruflichen Grundbildungsberufen, einige davon in den Schulhotels von hotelleriesuisse, pflegen wir eine enge Beziehung zu den höheren Fachschulen für die Branche. hotelleriesuisse ist Gründerin der Hotelfachschule Thun und Minderheitsaktionärin der Swiss School of Tourism and Hospitality sowie Gründerin der Ecole

Hôtelière de Lausanne (Fachhochschule). Wir sind zudem einer der drei Trägerverbände der Bildungs-OdA Hotel & Gastro *formation*, die u.a. Prüfungsträgerin und Anbieterin diverser Ausbildungen ist, die zu einem eidgenössischen Diplom respektive zu einem eidgenössischen Fachausweis führen. Jedes Jahr gibt es in der Branche ca. 3'200 Lehrabschlüsse, ca. 800 Abschlüsse der höheren Berufsbildung, sowie ca. 600 Hochschulabschlüsse.

2. Anmerkungen zur Ausgangslage in der Branche

Das Gastgewerbe hat mit seinen mit zehn beruflichen Grundbildungsberufen, elf eidg. Prüfungen, einem Bildungsgang HF sowie einem NDS HF einen starken Bezug zur Berufsbildung und kennt die Bedeutung der involvierten Lehrpersonen. Darüber hinaus sind die Beratungs- und Forschungsleistungen des gegenwärtigen EHB, zum Beispiel in Bezug auf Berufsentwicklung, Digitalisierung und Lehrvertragsauflösungen, von grosser und direkter Relevanz für die Branche.

Es ist wichtig für uns, dass die zukünftige Organisation des EHB auch weiterhin eine breite, arbeitsmarktnahe und landesweite Palette von Forschung und Dienstleistung gewährleistet. Für die Gewährleistung einheitlicher Standards in der Berufsausbildung sowie zukunftsfähiger Grundlagen ist ein starkes nationales Kompetenzzentrum für die Berufsbildung unverzichtbar. hotelleriesuisse begrüsst die Entscheidung, mit einem Gesetz eine solide und rechtskonforme Grundstruktur für dieses Kompetenzzentrum zu schaffen. Bei deren Ausgestaltung sehen wir jedoch noch Klärungsbedarf.

3. Anmerkung zu den einzelnen Punkten der Vorlage und des erläuternden Berichts

- Ausgangslage und Positionierung der EHB

Die geplante Eidgenössische Hochschule für Berufsbildung (EHB) reiht sich in die Hochschullandschaft der Schweiz ein und gehört innerhalb dieser Landschaft zu den eidgenössischen Hochschulen. Sie soll als Pädagogische Hochschule mit entsprechender Autonomie agieren, zugleich aber zu konkreten Leistungen und den Einbezug diverser Partner verpflichtet werden.

Innerhalb der hochschulischen Institutionen der Eidgenossenschaft fällt eine grosse Vielfalt an Organisationsformen und rechtlichen Grundlagen auf. Der Entwurf für das künftige EHB-Gesetz weicht vom Bundesgesetz über die Eidgenössischen Technischen Hochschulen ebenso deutlich ab wie von der Departementsverordnung, welche der Eidgenössischen Hochschule für Sport Magglingen zugrunde liegt. Auch im Vergleich zu den rechtlichen Grundlagen der Fachhochschulen und übrigen Pädagogischen Hochschulen liegen auffällige Unterschiede vor, gerade was Typus, Autonomie, Aufgaben und Kooperationen betrifft. Das Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetz (HFKG) verlangt jedoch ausdrücklich eine kohärente schweizerische Hochschulpolitik (Art. 3). Dies wirft Fragen dazu auf, wie die Governance und (Monopol-)Aufträge der EHB sauber geregelt und zugleich faire Entwicklungschancen innerhalb der Hochschullandschaft gewährleistet werden können.

- Art. 1

Analog zu den rechtlichen Grundlagen ist hier auf die Autonomie der EHB einzugehen: *Sie ist innerhalb der Grenzen von Verfassung und Gesetz autonom* (vgl. ETH-Gesetz und Gesetze anderer Pädagogischer Hochschulen).

Die unter Ziffer 7 verlangte Akkreditierung wird vom Gesetz bereits antizipiert, obwohl das Verfahren erst noch zu durchlaufen ist. Gemäss HFKG ist die Akkreditierung zwingend bis 2022 zu erlangen, damit die EHB sich als die Hochschule bezeichnen kann, als die sie im Gesetz bereits erscheint. Widersprüchlicherweise erwähnt das Gesetz aber nicht, dass es sich bei der EHB um eine Pädagogische Hochschule handeln soll. Der Hochschultypus ist jedoch eine grundlegende Information, die den Gesetzen anderer Hochschulen klar zu entnehmen ist. Zudem hat sie für die Einschätzung des Gesetzes im Rahmen der vorliegenden Vernehmlassung Relevanz.

Da die Akkreditierung der EHB dem Schweizerischen Akkreditierungsrat obliegt, stellt sich die Frage, wie dieser wesentliche Aspekt in das Gesetz integriert werden kann. Es erscheint sinnvoll, im bestehenden Text festzuhalten, dass *eine Akkreditierung als Pädagogische Hochschule angestrebt* wird. Alternativ ist die erfolgreiche Akkreditierung abzuwarten, bevor das Gesetz unter Nennung des korrekten Hochschultyps erlassen wird.

- Art. 2

Ziffer 1 ergänzen durch: „... ein Kompetenzzentrum, das durch *anwendungsorientierte* Lehre und Forschung sowie Dienstleitungen zur Entwicklung der Berufspädagogik und der Berufsbildung in der Schweiz beiträgt“.

Im Einklang mit den im Erläuternden Bericht definierten Zielen ergänzen durch eine weitere Ziffer mit dem Inhalt: „*In seinen Tätigkeiten berücksichtigt die EHB die Bedürfnisse der Kantone und Sprachregionen in der Berufsbildung.*“

Ausserdem fehlt eine Ziffer zum Engagement der EHB im internationalen Austausch zur Berufsbildung. Das gegenwärtige EHB spielt hier eine wichtige Rolle als Ansprechpartnerin, die sich inhaltlich vom Aufbau von Kooperationen unterscheidet, wie sie in Art. 4 auftreten. Dieser Auftrag ist im Gesetz explizit festzuhalten.

- Art. 3

Ziffer 3 ergänzen durch: „Sie betreibt *anwendungsorientierte* Berufsbildungsforschung und integriert sie in ihre Lehre“.

Ergänzend ist eine Ziffer einzufügen, die auf die in Art. 9 vorgesehene Umsetzung der strategischen Ziele des Bundesrates verweist. Damit soll betont werden, dass die EHB auch als autonome Hochschule der Steuerung der Berufsbildung durch den Bund verpflichtet bleibt, was die Aus- und Weiterbildung für Berufsbildungsverantwortliche betrifft. Hier ist auch transparent zu regeln, welche allfälligen Kompetenzen in Hinblick auf die EHB vom Bundesrat an das SBFI übertragen werden. Hier hat es in der Vergangenheit Unklarheiten gegeben, die es im Gesetz auszuräumen gilt.

- Art. 4

Andere Hochschulgesetze nennen Kooperationen mit anderen Hochschulen und der Wirtschaft in einem Atemzug. Das vorliegende Gesetz behandelt die kantonalen pädagogischen Hochschulen (PH) und Organisationen der Arbeitswelt (OdA) in einer gesonderten Ziffer. Dies liegt dem Erläuternden Bericht zufolge daran, dass diese Partner aufgrund der bestehenden bilateralen Vereinbarungen und der Arbeitsmarktnähe der Berufsbildung von besonderer Bedeutung für die EHB sind. Diese besondere Bedeutung kommt aber im Gesetzestext nicht ausreichend zum Ausdruck und erfährt keine institutionalisierte Umsetzung. Sinnvoller wäre

daher die folgende Formulierung: „Die EHB ergänzt sich mit den anderen pädagogischen Hochschulen. Durch den Aufbau geeigneter Strukturen und Gefässe stellt sie den laufenden Einbezug der Organisationen der Arbeitswelt in ihre Ausbildungs- und Forschungstätigkeit sicher“.

Die direkte Verbindung der Arbeitswelt ist das wichtigste Alleinstellungsmerkmal der Berufsbildung. Zugleich hat die Arbeitswelt ein starkes Interesse am Gedeihen der EHB als Ausbildungs- und Forschungsstätte. Dies sollte auch im EHB-Gesetz unmissverständlich zum Ausdruck kommen.

- Art. 5

Bei der Anerkennung der Bildungsgänge für Berufsbildungsverantwortliche ergibt sich aus dem Gesetz das Problem, dass sowohl Bildungsanbieterin (EHB) als auch Anerkennungsinstanz (SBFI) demselben Departement (WBF) unterstehen. Dies birgt einen Interessenkonflikt und benachteiligt ggf. andere Anbieter.

- Art. 36

Die EHB ist als nationales Kompetenzzentrum für die Berufsbildung unverzichtbar. Entsprechend muss sie auch befähigt sein, leistungsstarkes Personal an sich zu binden. Dazu muss die berufliche Vorsorge transparent geregelt sein.

4. Zusammenfassung

hotelleriesuisse unterstützt die Schaffung einer zeitgemässen und rechtskonformen Grundstruktur für die EHB. Ihre umfassenden Leistungen haben einen festen Platz in der Landschaft der schweizerischen Berufsbildung, und als zentrale Ansprechpartnerin für die Organisationen der Arbeitswelt ist sie von grosser Bedeutung.

Wie in unseren vorangegangenen Bemerkungen aufgezeigt fehlt es dem vorliegenden Gesetzesentwurf noch an Klarheit und Schärfe, insbesondere was die Art der Hochschule sowie ihre Steuerung im Spannungsfeld zwischen Forschungsautonomie und Dienstleistungsauftrag betrifft. Die EHB wird wegen ihrer sehr vielfältigen Aufgaben, ihrer konsequenten Ausrichtung auf die Berufsbildung und ihrer Zugehörigkeit zur Eidgenossenschaft notwendigerweise eine Sonderform unter den schweizerischen (Pädagogischen) Hochschulen darstellen. Dies birgt Potential für Konflikte und damit Reibungsverluste. Umso wichtiger ist es, das EHB-Gesetz so zu formulieren, dass die neue Hochschule mit ihren Rechten, Pflichten, Partnern und Grenzen unmissverständlich hervortritt. Dazu gehört, verbindliche Strukturen für den Austausch mit den Organisationen der Arbeitswelt vorzusehen, und die Steuerung ihrer Arbeit über strategische Zielsetzungen und Leistungsauftrag klarer herauszuarbeiten. Denn nur mit einem klaren Profil wird die EHB ihre wichtige Rolle optimal entfalten können.

Wir danken Ihnen für die Kenntnissnahme und die wohlwollende Prüfung unserer Position. Für weitere Fragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

Claude Meier
Direktor

Dr. Ueli Schneider
Leiter Bildung
Mitglied der Geschäftsleitung

Kontakt: Miriam Shergold
Verantwortliche Bildungspolitik
miriam.shergold@hotelleriesuisse.ch
031 370 42 61

Secrétariat d'Etat à la Formation, à la Recherche et à l'Innovation (SEFRI)

Berne, le 29 mars 2019

Prise de position sur le projet de loi sur la Haute école fédérale en formation professionnelle (Loi sur la HEFP)

Madame, Monsieur,

La Coalition Education ONG est reconnaissante de pouvoir s'exprimer sur le projet de loi sur la Haute école fédérale en formation professionnelle (Loi sur la HEFP). La Coalition Education ONG met en réseau les organisations de la société civile engagées en faveur de l'éducation, en particulier dans des domaines tels que la jeunesse, l'environnement, le développement, la santé et les droits humains. Elle renforce leur poids et leur donne une présence commune, afin de militer pour une meilleure prise en compte du développement durable dans les politiques éducatives. C'est dans cette optique que nous avons examiné les documents relatifs au projet de loi sur la HEFP et que nous formulons les commentaires et recommandations suivants.

❖ Nouvelle base juridique (Art.1)

La Coalition Education ONG salue le changement de forme juridique de l'IFFP qui, désormais régit par la LEHE, devient de facto une haute école (la HEFP) et sera soumise au système d'assurance de la qualité, ainsi qu'aux standards d'accréditation, parmi lesquels notamment le devoir de prendre en compte le développement durable dans ses missions et activités: *"La haute école ou l'autre institution du domaine des hautes écoles prend en compte un développement économiquement, socialement et écologiquement durable dans l'accomplissement de ses tâches. Le système d'assurance de la qualité permet de s'assurer qu'elle se fixe des objectifs en la matière et les met en œuvre."*(Standard 2.4, AAQ¹)

En tant que propriétaire et autorité de tutelle de la HEFP, la Confédération attend de celle-ci qu'elle intègre la RSE (développement durable, éthique et diversité) dans ses principes de gestion selon l'économie d'entreprise (Art. 1 al. 3 du projet de loi HEFP), ainsi que les lignes directrices de l'OCDE (2016), de l'Agenda2030 (annexe II.b.) et qu'elle ait un comportement exemplaire sur le plan social et écologique.

Recommandation d'ajout: Dans la mesure où il est mentionné à l'art.1 al.3 que la gestion de la HEFP doit être assumée selon les principes de l'économie d'entreprise et compte tenu de la responsabilité de la Confédération en tant que propriétaire et autorité de tutelle de garantir un modèle de bonne gouvernance, qui prend à bras-

¹http://aaq.ch/fr/download/akkreditierung_alle%20/programmakkreditierung/programmakkreditierung_nach_hfkg/AAQ_Programmak-21102016_FR.pdf

le-corps les conséquences sociales et écologiques de l'activité pour un réseau complexe de parties prenantes, il est nécessaire de modifier l'art.1 al. 3 de la nouvelle loi de la façon suivante:

Art.1 al.3 : Elle est gérée selon les principes de l'économie d'entreprise **et applique une politique de RSE (développement durable, éthique et diversité) exemplaire.**

❖ **Contribution au développement durable par l'Education en vue du Développement Durable (EDD)² et coopération avec les autres HEP (Art. 2)**

En tant que nouvelle haute école, il est attendu de la HEFP qu'elle apporte une réelle contribution au développement durable en Suisse; qu'elle développe une stratégie pour le développement durable et la mette en oeuvre dans son fonctionnement et dans ses missions, notamment d'enseignement et de recherche. Pour ce faire elle doit formuler ses propres objectifs, établir des mesures et les évaluer de façon régulière.

La profession enseignante et d'autres professions du domaine de la formation sont des professions sociales ; la transmission critique et constructive de valeurs sociales aux nouvelles générations est une des tâches essentielles des enseignantes et enseignants. C'est la raison pour laquelle ces derniers doivent être particulièrement sensibilisés aux questions ayant trait à l'éducation au développement durable (EDD), telles que l'éducation à la citoyenneté mondiale, la formation à l'environnement, la formation politique (éducation à la démocratie et aux droits humains), la promotion de la santé et la formation économique ([Plan d'action de la stratégie pour le développement durable du Conseil fédéral suisse 2016-2019](#)). L'examen des enjeux politiques actuels fait partie intégrante de la formation à l'enseignement. C'est seulement ainsi que les enseignantes et enseignants seront en mesure de répondre aux défis professionnels actuels, comme le traitement approprié des enfants de réfugiés ou de requérants d'asile. L'éducation à la démocratie et aux droits humains contribue de manière substantielle à la cohésion sociale et à l'intégration scolaire, car elle renforce la conscience éthique des enseignantes et enseignants. Il ne s'agit cependant pas de créer de nouvelles disciplines scolaires, mais plutôt d'intégrer les contenus et les sujets précités dans l'enseignement mono- ou transdisciplinaire.

La Suisse a réaffirmé à plusieurs reprises l'importance de l'Education au Développement Durable (EDD) pour faire face aux défis du développement durable en Suisse et à l'étranger et s'est engagée à l'encourager de façon efficace notamment à travers les différentes normes et conventions de droit international en la matière:

- la **Déclaration de Rio 1992 (engagement pour une « éducation en vue du développement durable » (EDD) : chapitre 36 de l'Agenda 21) ;**

² « L'Education en vue du Développement Durable (EDD) consiste à enseigner les connaissances, les compétences, les valeurs et les attitudes nécessaires au développement durable. Il s'agit d'intégrer les questions de développement durable dans l'enseignement et l'apprentissage. Les individus sont encouragés à se percevoir comme des acteurs responsables qui relèvent des défis, respectent la diversité et contribuent à créer un monde plus durable » (UNESCO: <https://fr.unesco.org/themes/%C3%A9ducation-au-d%C3%A9veloppement-durable>).

- le **Sommet de Johannesburg 2002** (intégration du développement durable à tous les niveaux du système éducatif : **art. 121 du Plan de mise en oeuvre du Sommet de Johannesburg**) ;
- la **Conférence des Nations Unies sur le développement durable (Rio+20)** : paragraphe 233 de *L'Avenir que nous voulons*)
- l'**objectif n°1 d'Aichi** pour la Biodiversité (2010)
- le **Programme d'action global pour l'EDD** est adopté en 2013 par la Conférence générale de l'UNESCO pour assurer le suivi de la Décennie des Nations Unies pour l'éducation au service du développement durable.
- les Objectifs de Développement Durable (**Agenda 2030, ODD 4.7**).

En matière de coopération interuniversitaire, le développement de la coopération entre la HEFP et les HEP doit apporter une plus-value à la formation et à la formation continue des responsables de la formation professionnelle tout en améliorant la qualité et l'efficacité des prestations fournies aux niveaux de l'apprentissage, de la recherche et des services et en renforçant globalement le système de formation professionnelle de la Suisse. Nous nous réjouissons par conséquent que la HEFP soit en mesure de rejoindre la Chambre HEP de Swissuniversities et collabore avec les autres HEP, notamment en matière de renforcement de la formation politique, écologique, sociale, culturelle, technologique et économique dans un contexte de développement durable, selon le [mandat social des hautes écoles pédagogiques et la stratégie 2017-2020 de la Chambre HEP](#).

Recommandation d'ajout: Compte tenu de l'importance stratégique du développement durable pour la Suisse et l'ensemble du domaine FRI, ainsi que du rôle de la future HEFP en tant qu'institution d'enseignement supérieur de droit public, il serait nécessaire d'intégrer la mission d'Education au Développement Durable dans ses buts de la façon suivante:

Art.2 Buts

al. 1. La HEFP est un centre de compétences fédéral qui contribue au développement de la pédagogie professionnelle et de la formation professionnelle en Suisse par son enseignement, ses activités de recherche et les services qu'elle fournit.

al.2 (nouveau): En tant qu'haute école en formation professionnelle, la HEFP contribue au développement durable en Suisse par sa mission d'Education au Développement Durable et forme des citoyennes et citoyens responsables et conscients des enjeux du développement durable.

al. 3. (anciennement al. 2) Pour réaliser ces buts, elle accomplit les tâches visées à l'art. 3.

❖ Fonds de tiers (art. 20)

La formation et la science sont des valeurs centrales de nos sociétés, et sont donc considérées comme des biens publics. En ceci, elles doivent être financées principalement par des fonds publics, afin de garantir la liberté de la recherche et des enseignements. Le recours à du financement de tiers doit faire l'objet d'un examen attentif, dans la mesure où celui-ci est souvent assorti d'un cadre et de conditions. Les financements tiers (surtout publics) sont par exemple souvent limités dans le temps et sont majoritairement liés à des projets, ayant des conséquences indirectes parfois pernicieuses : Cette situation renforce ainsi particulièrement la précarité de la majeure

partie des membres du corps intermédiaire, qui sont alors contraints de construire leurs carrières de postes temporaires en postes temporaires. Par conséquent des principes de base sont à respecter lors de la sollicitation et du recours à des fonds de tiers:

- le respect de l'indépendance
- le devoir de diligence
- le devoir de transparence

Garantir l'indépendance: Les enveloppes budgétaires provenant des fonds tiers doivent faire l'objet d'une surveillance similaire aux budgets fonctionnels provenant des fonds publics. De plus, l'accès et la participation des étudiant-e-s aux organes de contrôle doivent être garantis³. Le financement des hautes écoles, s'il est assuré de manière indépendante par des institutions publiques ou privées, a dans tous les cas une influence sur les décisions stratégiques de celle-ci. Pour cette raison, il est important que l'indépendance et l'autonomie des hautes écoles ainsi que la liberté académique de l'enseignement et de la recherche soient garantis.

Devoir de diligence: Il est important, avant l'acquisition de fonds tiers privés par une institution et pour un projet de recherche, d'examiner les positions d'intérêts des donateurs/trice-s : un financement n'est alors pas admis si les donateurs/trices - même s'ils/elles ne le font pas intentionnellement – ont un possible intérêt à veiller à ce que les résultats des recherches aillent dans un sens plutôt qu'un autre.

Devoir de transparence: Selon le principe de la transparence, les actions des hautes écoles doivent être accessibles, compréhensibles et transparentes. La publication des finances des hautes écoles doit permettre à chaque personne qui le souhaite de former une opinion éclairée sur les enseignements et les recherches d'une institution et par là même de construire un avis critique et motivé sur les directions stratégiques de ces institutions publiques.

Recommandation d'ajout: Compte tenu du risque que représente le recours à des fonds de tiers pour financer les activités de recherche et d'enseignement pour l'indépendance et l'intégrité de la haute école, il est nécessaire que le financement par des tiers fasse l'objet d'un examen systématique selon les principes éthiques de l'indépendance, de la diligence et de la transparence et s'insère dans la politique RSE et la bonne gouvernance de la HEFP. Il serait par conséquent nécessaire de faire de ces principes des conditions au sens de la loi et d'adapter celle-ci de la façon suivante:

Art. 20 Fonds de tiers

Nouvel alinéa: Le recours à des fonds de tiers doit, selon le principe de diligence, faire l'objet d'un examen systématique, afin de vérifier le respect de l'indépendance, et garantir la transparence quant à l'origine et à l'utilisation de ces fonds.

❖ Rapport de gestion intégrant l'environnement et la durabilité (Art.21)

Selon le principe de bonne gouvernance et de gestion responsable des deniers publics exigé par la Confédération auprès des diverses entités dont elle est propriétaire et autorité de tutelle⁴, il est attendu des hautes écoles qu'elles possèdent une gestion intégrée de l'environnement et de la durabilité, afin de faire un suivi

³ Prise de position de l'Union des Etudiant-e-s de Suisses (UNES) sur les fonds de tiers : https://www.vss-unes.ch/wp-content/uploads/2016/04/VSS_Drittmittel_Positionspapier_161115.pdf

⁴ https://www.are.admin.ch/dam/are/de/dokumente/nachhaltige_entwicklung/publikationen/corporate-social-responsibility-csr-der-bund-als-beschaffer.pdf.download.pdf/corporate-social-responsibility-csr-der-bund-als-beschaffer.pdf

efficace et de rendre compte des progrès réalisés. Le standard d'accréditation 2.4 de l'AAQ contrôle également que les aspects liés à l'environnement et durabilité fasse l'objet d'un rapport de la part de la haute école, Par conséquent il nous paraît nécessaire de modifier l'art.21 relatif au rapport de gestion comme suit:

Recommandation d'ajout:

Art. 21 Rapport de gestion

Alinéa 4: Le rapport de gestion intègre les aspects liés à l'environnement et la durabilité.

La Coalition Education ONG est d'avance reconnaissante de la prise en compte de ses commentaires et suggestions d'ajouts ou de modifications.

Restant à disposition en cas de question, nous vous prions d'agréer, Madame, Monsieur, l'expression de nos salutations distinguées.

La Coalition Education ONG

Alliance Sud Arbeitsgemeinschaft Swissaid – Fastenopfer – Brot für alle – Helvetas – Caritas – Heks | Amnesty International | Arbeitskreis Tourismus und Entwicklung | Bildungswerkstatt Bergwald | Dachverband Offene Kinder- und Jugendarbeit Schweiz DOJ | Greenpeace | Helvetas Swiss Intercooperation | humanrights.ch | Incomindios Schweiz | Intermundo Dachverband für Jugendaustausch | Kinderlobby Schweiz | Netzwerk Kinderrechte Schweiz | Peace Brigades International PBI | Pro Juventute | Pro Natura | Public Health Schweiz | Schweizerische Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände SAJV – CSAJ | Schweizerische Flüchtlingshilfe SFH | Schweizerische Herzstiftung | Stiftung Kinderdorf Pestalozzi | Stiftung myclimate | Stiftung SILVIVA | Union der Schülerorganisationen der Schweiz und des Fürstentums Liechtenstein USO-UCE-UCS | Verband der Schweizer Studierendenschaften VSS | WWF Schweiz

Bildungscoalition NGO | Postgasse 15 | Postfach 817 | 3000 Bern 8

www.bildungscoalition.ch | info@bildungscoalition.ch | 031 306 20 22

Kontakt: corinne.geiser@publica.ch
Telefon: +41 58 485 22 46

per E-Mail

Frau
Christina Baumann
christina.baumann@sbfi.admin.ch
Postfach
PLZ Ort



Bern, 29. März 2019

Vernehmlassungsverfahren - Entwurf zum Bundesgesetz über die Eidgenössische Hochschule für Berufsbildung (EHB-Gesetz)

Sehr geehrte Frau Baumann

Gerne nutzen wir die Gelegenheit zur Stellungnahme zu dem im Betreff genannten Vorentwurf zum EHB-Gesetz. Dabei beschränken wir uns auf die im Rahmen der beruflichen Vorsorge interessierenden Aspekte.

Dem Vernehmlassungsentwurf und erläuterndem Gericht zufolge wird gegenwärtig geprüft, ob die Eidgenössische Hochschule für Berufsbildung EHB nicht mehr, wie aktuell das Eidgenössische Hochschulinstitut EHB, gestützt auf Artikel (Art. 32d Abs. 1 BPG) mit einem eigenen Vorsorgewerk PUBLICA angeschlossen sein soll, sondern sich in Anwendung von Artikel 32d Absatz 2^{bis} BPG dem gemeinschaftlichen Vorsorgewerk Bund anschliessen muss. Sollten die Abklärungen zu diesem Ergebnis führen, müsste das bestehende Vorsorgewerk EHB totalliquidiert werden. Von diesem Entscheid wären sowohl PUBLICA als Vorsorgeeinrichtung als auch die paritätischen Organe der Vorsorgewerke EHB (das totalliquidiert würde) und Bund (in das das liquidierte Vorsorgewerk überführt würde) betroffen. Diese Gremien bzw. Organe müssten in den Prozess einbezogen werden. Sollte dagegen entschieden werden, dass die EHB weiterhin ein eigenes Vorsorgewerk bildet, müsste der Wortlaut von Artikel 15 VE-EHB-Gesetz geändert werden.

Weil die für diesen Entscheid erforderlichen Informationen im Rahmen der Botschaft zum EHB-Gesetz vorliegen werden, ersuchen wir darum, im Rahmen der Ämterkonsultation zum Gesetzesentwurf/Botschaft zur Stellungnahme eingeladen zu werden.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unseres Anliegens.

Freundliche Grüsse
Pensionskasse des Bundes PUBLICA

Dieter Stohler
Direktor

Corinne Geiser, Fürsprecherin
Leiterin Strategischer Rechtsdienst

SCHWEIZERISCHER ARBEITGEBERVERBAND

Hegibachstrasse 47
Postfach
8032 Zürich

Elektronisch zugestellt an:
maeder@arbeitgeber.ch

ORT/DATUM Zürich, 26. Februar 2019
ZUSTÄNDIG Chantal Volz
DIREKTWAHL 043 244 73 40
E-MAIL chantal.volz@suissetec.ch

Stellungnahme „Kreisschreiben Nr. 14 / 2018

Vernehmlassung zum Bundesgesetz über die Eidgenössische Hochschule für Berufsbildung (EHB-Gesetz)“

Sehr geehrte Damen und Herren

suissetec ist als Organisation der Arbeitswelt zuständig für elf Berufe in der beruflichen Grundbildung und zwölf Abschlüsse in der Höheren Berufsbildung. Bei der Revision von Berufen hat suissetec wiederholt mit der EHB (neu: Eidgenössische Hochschule für Berufsbildung) zusammengearbeitet. Aus diesen Grund nehmen wir gerne zum neuen „EHB-Gesetz“ Stellung.

Aus inhaltlichen Gründen ist eine Stellungnahme in summarischer Form ausreichend.

suissetec begrüsst die Neuregelung der bisherigen EHB-Verordnung auf Gesetzes-Ebene. Die Neuregelung ist in weiten Teilen eine Überführung der bisherigen Bestimmungen. Zudem werden mit dem „EHB-Gesetz“ bisherige Bestimmungslücken geschlossen. Die EHB wird als Institution gestärkt, dies ist im Interesse der Berufsbildung.

Die wenigen Neuerungen sind inhaltlich gut nachvollziehbar und entsprechen der Funktion der EHB als eidgenössische Hochschule mit unterschiedlichen Sparten und Aufgaben. Z. B. ermöglicht die in Zukunft mögliche Abweichung vom Bundespersonalgesetz eine flexiblere Stellenbesetzung bei projekt- und drittmittelfinanzierten Forschungsstellen. Diese Anpassung verschafft der EHB mit anderen Forschungsinstitutionen vergleichbare Bedingungen und wird sich voraussichtlich langfristig positiv auf die Qualität der Berufsbildungsforschung auswirken.

Das neue Bundesgesetz ist aus unserer Sicht die nötige Grundlage für eine nationale, professionell geführte Hochschule im Berufsbildungsbereich.

**WIR, DIE
GEBÄUDETECHNIKER.**

**NOI, I TECNICI
DELLA COSTRUZIONE.**

**NOUS, LES
TECHNICIENS DU BÂTIMENT.**

Freundliche Grüsse

Schweizerisch-Liechtensteinischer Gebäudetechnikverband (suissetec)



Hans-Peter Kaufmann
Direktor



Chantal Volz
Leiterin Höhere Berufsbildung

Par Mail à : christina.baumann@sbfi.admin.ch

Berne, 1er avril 2019

Projet de loi sur la Haute école fédérale en formation professionnelle

Madame, Monsieur,

En tant que partenaire social de l'Institut fédéral des hautes études en formation professionnelle, nous prenons aujourd'hui position quant au projet de loi sur la Haute école fédérale en formation professionnelle.

Même si dans l'ensemble, nous approuvons le contenu du projet, nous aurions quand même ces quelques remarques importantes à formuler concernant le personnel de l'IFFP, future HEFP:

Art. 9 : Conseil de la HEFP : tâches

- 1) Lorsque que l'ordonnance du 10 novembre 2015 sur le personnel de l'IFFP sera adaptée aux nouvelles dispositions légales, les partenaires sociaux devront être consultés. Dans la nouvelle loi sur la HEFP, il est stipulé (art.9, lettre c) que le Conseil de la HEFP édicte une ordonnance sur le personnel. L'ordonnance sur le personnel définit les conditions d'engagement des collaborateurs de l'IFFP, future HEFP, et a donc une signification centrale pour ceux-ci. Son édicton ou adaptation ne doit pas être une compétence unilatérale du Conseil de la HEFP mais doit être fait en collaboration avec les partenaires sociaux. Dans l'ordonnance actuelle sur le personnel de l'IFFP, il est stipulé que le conseil de l'IFFP (art. 11c, lettre c) édicte l'ordonnance sur le personnel de l'IFFP après consultation des partenaires sociaux. Dans l'adaptation de l'ordonnance aux nouvelles dispositions légales, nous insistons sur le fait que cette consultation auprès des partenaires sociaux doit être maintenue et demandons d'intégrer dans le rapport explicatif cet élément. En ce

sens, la prise en compte des intérêts des collaborateurs pour l'adaptation de l'ordonnance sur le personnel est assurée.

- 2) Dans l'ordonnance actuelle sur le personnel de l'IFFP, il est stipulé, (art. 11c, lettre r), que le Conseil de l'IFFP établit et signe avec les partenaires sociaux un plan social éventuel au sens de l'art. 31, al. 4, de la loi du 24 mars 2000 sur le personnel de la Confédération. Dans la nouvelle loi sur la HEFP, il n'est pas question de plan social. Nous savons que la loi a une portée plus générale que l'ordonnance mais aimerions nous assurer que cet article concernant le plan social dans l'ordonnance actuelle sur le personnel de l'IFFP sera maintenu dans l'ordonnance adaptée aux nouvelles dispositions légales. Un plan social est un instrument très important du partenariat social.

Art. 13: Conditions d'engagement selon la LPers

L'alinéa 3 représente une nouveauté : les rapports de travail de durée déterminée (CDD) pour les employés engagés dans des projets d'enseignement ou de recherche et les personnes participants à des projets financés par des tiers peuvent être renouvelés pendant neuf ans au plus et être résiliés selon la procédure ordinaire. Nous comprenons que le milieu de l'enseignement et de la recherche ainsi que le financement de tiers poussent à cette pratique. Cependant, en tant qu'association du personnel, nous tenons à indiquer qu'il s'agit ici d'une détérioration des conditions de travail pour le personnel. Nous tenons à ce que nos partenaires sociaux favorisent les contrats à durée indéterminée afin de garantir des conditions de travail équitables et sûres aux collaborateurs. C'est pourquoi nous insistons sur le fait que les CDD ne doivent pas devenir la norme au sein de la HEFP mais rester une exception. En outre, un prolongement des CDD au-delà de neuf ans n'est pas concevable.

Art. 14 : Conditions d'engagement selon le droit des obligations

Ici, la Loi sur la HEFP (art. 14., al. 1) prévoit que le personnel peut être soumis au code des obligations (CO), même si cela est déjà le cas pour certains doctorants et post-doctorants. Le fait que toutes les personnes qui travaillent dans des projets financés par des fonds de tiers puissent être engagées selon le CO est une modification importante qui n'est pas à l'avantage du personnel. Encore une fois, nous comprenons que certaines situations spécifiques à la recherche amènent à choisir ce type de contrat de travail. Cependant, en tant que représentants du personnel, nous insistons à nouveau sur la plus-value que peut retirer la HEFP en engageant du personnel à durée indéterminée. Il est à l'avantage de l'école d'engager des personnes avec ce genre de contrat (qualité du travail, confiance dans

l'employeur). De même, à l'al. 2, nous insistons sur le fait qu'après une durée totale de neuf ans, pour les catégories de personnel citées à l'al. 1, le contrat doit bien être réputé de durée indéterminée et qu'il ne serait pas concevable que celui-ci soit encore prolongé en CDD.

transfair a pris note que l'ordonnance actuelle sur le personnel sera adaptée au besoin dans la perspective de l'entrée en vigueur de la présente loi. Comme il est stipulé à l'art. 11c lettre c, les partenaires sociaux devront être consultés.

De façon générale, nous comparons l'IFFP, future HEFP, avec les Ecoles polytechniques fédérales (EPF) et souhaiterions mener le même partenariat social avec ces deux entités. Nous espérons pouvoir développer un partenariat social de qualité et de plus en plus approfondi avec l'IFFP, future HEFP. transfair estime notamment que de véritables négociations salariales devraient avoir lieu et non pas simplement une consultation des partenaires sociaux sur les mesures salariales.

Nous vous remercions d'avance pour l'attention portée à nos remarques.

Avec nos meilleures salutations

transfair – Le syndicat



Matthias Humbel
Responsable branche Administration publique



Albane Bochatay
Collaboratrice scientifique



Secrétariat d'Etat à la Formation, à la Recherche et à l'Innovation (SEFRI)

Zürich, le 28 mars 2019

Prise de position sur le projet de loi sur la Haute école fédérale en formation professionnelle (Loi sur la HEFP)

Madame, Monsieur,

Le WWF est reconnaissant de pouvoir s'exprimer sur le projet de loi sur la Haute école fédérale en formation professionnelle (Loi sur la HEFP). Convaincu de l'importance stratégique de la prise en compte de la durabilité dans le fonctionnement et les missions des hautes écoles, le WWF collabore activement avec l'ensemble des hautes écoles suisses, afin de soutenir et diffuser les bonnes pratiques en la matière, et s'engage au niveau politique pour un ancrage de la durabilité à tous les niveaux. C'est dans cette optique que nous avons examiné les documents relatifs au projet de loi sur la HEFP et que nous formulons les commentaires et recommandations suivants.

❖ Nouvelle base juridique (Art.1)

Le WWF salue le changement de forme juridique de l'IFFP qui, désormais régit par la LEHE, devient de facto une haute école (la HEFP) et sera soumise au système d'assurance de la qualité, ainsi qu'aux standards d'accréditation, parmi lesquels notamment le devoir de prendre en compte le développement durable dans ses missions et activités: *"La haute école ou l'autre institution du domaine des hautes écoles prend en compte un développement économiquement, socialement et écologiquement durable dans l'accomplissement de ses tâches. Le système d'assurance de la qualité permet de s'assurer qu'elle se fixe des objectifs en la matière et les met en œuvre."*(Standard 2.4, AAQ¹)

En tant que propriétaire et autorité de tutelle de la HEFP, la Confédération attend de celle-ci qu'elle intègre la RSE (développement durable, éthique et diversité) dans ses principes de gestion selon l'économie d'entreprise (Art. 1 al. 3 du projet de loi HEFP), ainsi que les lignes directrices de l'OCDE (2016), de l'Agenda2030 (annexe II.b.) et qu'elle ait un comportement exemplaire sur le plan social et écologique.

¹http://aaq.ch/fr/download/akkreditierung_alle%20/programmakkreditierung/programmakkreditierung_nach_hfkg/AAQ_Programmak-21102016_FR.pdf

Recommandation d'ajout: Dans la mesure où il est mentionné à l'art.1 al.3 que la gestion de la HEFP doit être assumée selon les principes de l'économie d'entreprise et compte tenu de la responsabilité de la Confédération en tant que propriétaire et autorité de tutelle de garantir un modèle de bonne gouvernance, qui prend à bras-le-corps les conséquences sociales et écologiques de l'activité pour un réseau complexe de parties prenantes, il est nécessaire de modifier l'art.1 al. 3 de la nouvelle loi de la façon suivante:

Art.1 al.3 : Elle est gérée selon les principes de l'économie d'entreprise **et applique une politique de RSE (développement durable, éthique et diversité) exemplaire.**

❖ **Contribution au développement durable par l'Education en vue du Développement Durable (EDD)² et coopération avec les autres HEP (Art. 2)**

En tant que nouvelle haute école, il est attendu de la HEFP qu'elle apporte une réelle contribution au développement durable en Suisse; qu'elle développe une stratégie pour le développement durable et la mette en oeuvre dans son fonctionnement et dans ses missions, notamment d'enseignement et de recherche. Pour ce faire elle doit formuler ses propres objectifs, établir des mesures et les évaluer de façon régulière.

La profession enseignante et d'autres professions du domaine de la formation sont des professions sociales ; la transmission critique et constructive de valeurs sociales aux nouvelles générations est une des tâches essentielles des enseignantes et enseignants. C'est la raison pour laquelle ces derniers doivent être particulièrement sensibilisés aux questions ayant trait à l'éducation au développement durable (EDD), telles que l'éducation à la citoyenneté mondiale, la formation à l'environnement, la formation politique (éducation à la démocratie et aux droits humains), la promotion de la santé et la formation économique ([Plan d'action de la stratégie pour le développement durable du Conseil fédéral suisse 2016–2019](#)). L'examen des enjeux politiques actuels fait partie intégrante de la formation à l'enseignement. C'est seulement ainsi que les enseignantes et enseignants seront en mesure de répondre aux défis professionnels actuels, comme le traitement approprié des enfants de réfugiés ou de requérants d'asile. L'éducation à la démocratie et aux droits humains contribue de manière substantielle à la cohésion sociale et à l'intégration scolaire, car elle renforce la conscience éthique des enseignantes et enseignants. Il ne s'agit cependant pas de créer de nouvelles disciplines scolaires, mais plutôt d'intégrer les contenus et les sujets précités dans l'enseignement mono- ou transdisciplinaire.

La Suisse a réaffirmé à plusieurs reprises l'importance de l'Education au Développement Durable (EDD) pour faire face aux défis du développement durable en Suisse et à l'étranger et s'est engagée à l'encourager de façon efficace notamment à travers les différentes normes et conventions de droit international en la matière:

² « L'Education en vue du Développement Durable (EDD) consiste à enseigner les connaissances, les compétences, les valeurs et les attitudes nécessaires au développement durable. Il s'agit d'intégrer les questions de développement durable dans l'enseignement et l'apprentissage. Les individus sont encouragés à se percevoir comme des acteurs responsables qui relèvent des défis, respectent la diversité et contribuent à créer un monde plus durable » (UNESCO: <https://fr.unesco.org/themes/%C3%A9ducation-au-d%C3%A9veloppement-durable>).

- la **Déclaration de Rio 1992 (engagement pour une « éducation en vue du développement durable » (EDD) : chapitre 36 de l'Agenda 21) ;**
- le **Sommet de Johannesburg 2002** (intégration du développement durable à tous les niveaux du système éducatif : **art. 121 du Plan de mise en oeuvre du Sommet de Johannesburg**) ;
- la **Conférence des Nations Unies sur le développement durable (Rio+20) : paragraphe 233 de L'Avenir que nous voulons)**
- l'**objectif n°1 d'Aïchi** pour la Biodiversité (2010)
- le **Programme d'action global pour l'EDD** est adopté en 2013 par la Conférence générale de l'UNESCO pour assurer le suivi de la Décennie des Nations Unies pour l'éducation au service du développement durable.
- les Objectifs de Développement Durable (**Agenda 2030, ODD 4.7**).

En matière de coopération interuniversitaire, le développement de la coopération entre la HEFP et les HEP doit apporter une plus-value à la formation et à la formation continue des responsables de la formation professionnelle tout en améliorant la qualité et l'efficacité des prestations fournies aux niveaux de l'apprentissage, de la recherche et des services et en renforçant globalement le système de formation professionnelle de la Suisse. Nous nous réjouissons par conséquent que la HEFP soit en mesure de rejoindre la Chambre HEP de Swissuniversities et collabore avec les autres HEP, notamment en matière de renforcement de la formation politique, écologique, sociale, culturelle, technologique et économique dans un contexte de développement durable, selon le [mandat social des hautes écoles pédagogiques et la stratégie 2017-2020 de la Chambre HEP](#).

Recommandation d'ajout: Compte tenu de l'importance stratégique du développement durable pour la Suisse et l'ensemble du domaine FRI, ainsi que du rôle de la future HEFP en tant qu'institution d'enseignement supérieur de droit public, il serait nécessaire d'intégrer la mission d'Education au Développement Durable dans ses buts de la façon suivante:

Art.2 Buts

al. 1. La HEFP est un centre de compétences fédéral qui contribue au développement de la pédagogie professionnelle et de la formation professionnelle en Suisse par son enseignement, ses activités de recherche et les services qu'elle fournit.

al.2 (nouveau): En tant qu'haute école en formation professionnelle, la HEFP contribue au développement durable en Suisse par sa mission d'Education au Développement Durable et forme des citoyennes et citoyens responsables et conscients des enjeux du développement durable.

al. 3. (anciennement al. 2) Pour réaliser ces buts, elle accomplit les tâches visées à l'art. 3.

❖ Fonds de tiers (art. 20)

La formation et la science sont des valeurs centrales de nos sociétés, et sont donc considérées comme des biens publics. En ceci, elles doivent être financées principalement par des fonds publics, afin de garantir la liberté de la recherche et des enseignements. Le recours à du financement de tiers doit faire l'objet d'un examen attentif, dans la mesure où celui-ci est souvent assorti d'un cadre et de conditions. Les financements tiers (surtout publics) sont par exemple souvent limités dans le temps et

sont majoritairement liés à des projets, ayant des conséquences indirectes parfois pernicieuses : Cette situation renforce ainsi particulièrement la précarité de la majeure partie des membres du corps intermédiaire, qui sont alors contraints de construire leurs carrières de postes temporaires en postes temporaires. Par conséquent des principes de base sont à respecter lors de la sollicitation et du recours à des fonds de tiers:

- le respect de l'indépendance
- le devoir de diligence
- le devoir de transparence

Garantir l'indépendance: Les enveloppes budgétaires provenant des fonds tiers doivent faire l'objet d'une surveillance similaire aux budgets fonctionnels provenant des fonds publics. De plus, l'accès et la participation des étudiant-e-s aux organes de contrôle doivent être garantis³. Le financement des hautes écoles, s'il est assuré de manière indépendante par des institutions publiques ou privées, a dans tous les cas une influence sur les décisions stratégiques de celle-ci. Pour cette raison, il est important que l'indépendance et l'autonomie des hautes écoles ainsi que la liberté académique de l'enseignement et de la recherche soient garantis.

Devoir de diligence: Il est important, avant l'acquisition de fonds tiers privés par une institution et pour un projet de recherche, d'examiner les positions d'intérêts des donateurs/trice-s : un financement n'est alors pas admis si les donateurs/trices - même s'ils/elles ne le font pas intentionnellement – ont un possible intérêt à veiller à ce que les résultats des recherches aillent dans un sens plutôt qu'un autre.

Devoir de transparence: Selon le principe de la transparence, les actions des hautes écoles doivent être accessibles, compréhensibles et transparentes. La publication des finances des hautes écoles doit permettre à chaque personne qui le souhaite de former une opinion éclairée sur les enseignements et les recherches d'une institution et par là même de construire un avis critique et motivé sur les directions stratégiques de ces institutions publiques.

Recommandation d'ajout: Compte tenu du risque que représente le recours à des fonds de tiers pour financer les activités de recherche et d'enseignement pour l'indépendance et l'intégrité de la haute école, il est nécessaire que le financement par des tiers fasse l'objet d'un examen systématique selon les principes éthiques de l'indépendance, de la diligence et de la transparence et s'insère dans la politique RSE et la bonne gouvernance de la HEFP. Il serait par conséquent nécessaire de faire de ces principes des conditions au sens de la loi et d'adapter celle-ci de la façon suivante:

Art. 20 Fonds de tiers

Nouvel alinéa: Le recours à des fonds de tiers doit, selon le principe de diligence, faire l'objet d'un examen systématique, afin de vérifier le respect de l'indépendance, et garantir la transparence quant à l'origine et à l'utilisation de ces fonds.

❖ Rapport de gestion intégrant l'environnement et la durabilité (Art.21)

Selon le principe de bonne gouvernance et de gestion responsable des deniers publics exigé par la Confédération auprès des diverses entités dont elle est

³ Prise de position de l'Union des Etudiant-e-s de Suisses (UNES) sur les fonds de tiers : https://www.vss-unes.ch/wp-content/uploads/2016/04/VSS_Drittmittel_Positionspapier_161115.pdf

propriétaire et autorité de tutelle⁴, il est attendu des hautes écoles qu'elles possèdent une gestion intégrée de l'environnement et de la durabilité, afin de faire un suivi efficace et de rendre compte des progrès réalisés. Le standard d'accréditation 2.4 de l'AAQ contrôle également que les aspects liés à l'environnement et durabilité fasse l'objet d'un rapport de la part de la haute école, Par conséquent il nous paraît nécessaire de modifier l'art.21 relatif au rapport de gestion comme suit:

Recommandation d'ajout:

Art. 21 Rapport de gestion

Alinéa 4: Le rapport de gestion intègre les aspects liés à l'environnement et la durabilité.

Le WWF est d'avance reconnaissant de la prise en compte de ses commentaires et des diverses suggestions d'ajouts ou de modifications.

Restant à disposition en cas de question, nous vous prions d'agréer, Madame, Monsieur, l'expression de nos salutations distinguées.

Pour le WWF

Léo Gilliard



WWF Schweiz

Hohlstrasse 110

Postfach
8010 Zürich

Léo Gilliard

☐ Responsable de la politique de formation
Responsable hautes écoles

Telefon +41 44 297 21 21

Direkt +41 44 297 23 65

Mobil

E-mail Leo.Gilliard@wwf.ch

Internet <https://www.wwf.ch/fr/hautes-ecoles>

⁴ https://www.are.admin.ch/dam/are/de/dokumente/nachhaltige_entwicklung/publikationen/corporate-social-responsibility-csr-der-bund-als-beschaffer.pdf.download.pdf/corporate-social-responsibility-csr-der-bund-als-beschaffer.pdf